

Arbeiterkampf

Jahrg. 2 Nr. 18 Mai '72
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
Betrieb 30Pf.
Laden 50Pf.

Arbeitsunfälle

An jedem Werktag verunglücken allein in der gewerblichen Wirtschaft durchschnittlich 10 000 Arbeiter und Angestellte. Jeder 30. Unfall hat mit einer Erwerbsminderung von über 20 % schwere und schwerste Folgen. 15 Arbeiter zahlen täglich an ihrem Arbeitsplatz mit dem Leben.
Mit mehr als 2,5 Millionen Betriebsunfällen im Jahr ist die Unfallrate im kapitalistischen Westdeutschland doppelt so hoch wie im Gesamtdeutschland der Weimarer Republik (1828: 1,4 Mill. Unfälle) und liegt sogar wesentlich über der des faschistischen „Großdeutschlands" mit der auf Hochtouren laufenden Rüstungsproduktion 1938 (ca. 2 Mill. Unfälle).
Die Folgen: Heute leben in der Bundesrepublik 420 000 Körperbehinderte, die im kapitalistischen Produktionsprozeß mit der Verkrüppelung ihres Körpers gezahlt haben. Hinzu kommen 170 000 durch Berufskrankheiten dauernd Geschädigte. Bei jährlich 270 000 Frührentnern erreicht nur ein Drittel aller Lohnabhängigen in der gewerblichen Wirtschaft die gesetzliche Altersgrenze von 65 Jahren. Die „flexible" Altersgrenze, von der Regierung und Gewerkschaftsführer gerade im Moment in höchsten Tönen schwärmen, ist für die Arbeiterklasse längst traurige Wirklichkeit. So ist es dazu gekommen, daß trotz allem technischen Fortschritt und neuen Erkenntnissen der Medizin die durchschnittliche Lebenserwartung der Lohnabhängigen von Jahr zu Jahr weiter sinkt.

Am 15. März letzten Jahres krochen 7 Werftarbeiter in die leer gepumpten Backbordtanks der „SEVEN STARS", die im Trockendock „Elbe 17" der Hamburger Werft Blohm & Voss zur Reparatur lag. Als die Kollegen ihre Schweißgeräte in Gang setzten, explodierte das restliche Gasgemisch im Tank: 4 Schweißer und 1 Werksfeuermann waren sofort tot, die beiden weiteren starben später im Krankenhaus an den schweren Verletzungen.
Im Jahr zuvor hatte es zwei ähnliche Unfälle auf der gleichen Werft gegeben: Im Mai eine Gasexplosion auf dem Zerstörer „Bayern", 1 Toter und 1 Schwerverletzter; im November eine Gasexplosion auf der „Torinita", 3 Schwerverletzte.
Offiziell traf die Werft in keinem Fall irgendeine Schuld. Der bürgerlichen Presse konnte man entnehmen, daß es „das blind zuschlagende Schicksal" (Bild, MoPo) war, das die Kollegen getroffen hatte.
Ähnlich sehen die offiziellen Unfallgründe aus. Als Unfallursache rangiert hier an erster Stelle die Kategorie „menschliches Versagen":
• Bei der Firma Grau-Bremse in Frankfurt/Hockenheim berührte der Turmdrehkran eine 20 000-Volt-Stromleitung und verursachte einen Kurzschluß mit Lichtbogen. Der unter dem Kran arbeitende Schmied Alois W. reagierte blitzschnell und griff nach dem Anschlußstecker des Krans am Stromverteilerkasten der Baustelle, um ihn herauszuziehen. Da der gußeiserne Stecker unter Hochspannung stand, brach er sofort tödlich zusammen. Die folgende Untersuchung des Gewerbeaufsichtsamtes Mannheim ergab eine „Fehlreaktion" und stufte den Unfall in die Kategorie „menschliches Versagen ein.
• Mit einem Strick ließ sich der Arbeiter Michael W. des IBM-Werkes Sindelfingen in einen 4 m tiefen Behälter von einem Kollegen abseilen, um den Behälter zu reinigen. Als das Seil ein wenig zu kurz war, ließ W. es von seinem Kollegen kappen. Er stürzte mit dem Gesicht auf den Boden des Behälters, der mit giftigem Kupferhydroxyd-Schlamm bedeckt war. Einige Tage darauf starb er im Krankenhaus an einem Lungenödem. Offizielle Unfallkategorie der Gewerbeaufsicht: „Menschliches Versagen".
• In den Zeppelin-Metallwerken Friedrichshafen kuppelte ein jugoslawischer Arbeiter einen Eisenbahnwaggon an einen Mobilkran. Als der Kran anschob, rutschte der als Kuppelstange benutzte lose Stempel ab, der jugoslawische Arbeiter wurde zwischen Kran und Waggon zerquetscht. Gewerbeaufsicht: Es war „menschliches Versagen". (Aus Spiegel 13/70).
• Im April 1971, so berichtete die Frankfurter Rundschau am 30.6.71, wurde ein 15jähriger türkischer Arbeiter beim Reinigen einer Karussel-Drehbank von der Maschine erfaßt und so schwer gequetscht, daß er kurz darauf starb. Ursache nach der Unternehmensleitung: „Menschliches Versagen". Auch hier bestätigte die Gewerbeaufsicht, es seien weder technische Mängel festgestellt worden, noch habe die Firma gegen Unfallverhütungs-Vorschriften verstoßen.

Weder "Schicksalsschläge" noch "menschliches Versagen"

Dies sind Arbeitsunfälle, über die ausnahmsweise auch in der bürgerlichen Presse berichtet wurde. Das ist – im Gegensatz etwa zu Verkehrsunfällen, selten der Fall, so daß den Arbeitern eines größeren Betriebes meistens nicht einmal Anzahl und Schwere der Arbeitsunfälle im eigenen Betrieb bekannt sind. Aus gutem Grund: Eine umfassende Berichter-

Forts. nächste Seite

Vietnam: Das Volk wird siegen!



Den Kampf bis zum Sieg führen

Der Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die US-Imperialisten hat ein neues Stadium erreicht. Unter Führung der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams befinden sich über 80 % des Landes in der Hand des Volkes. Getragen durch das in langen Kämpfen erworbene Vertrauen und die allseitige Unterstützung der Massen der Bauern und anderen Werktätigen sowie durch die Hilfe Chinas und der Sowjetunion ist die Volksbefreiungsarmee zu einem untrennbaren Teil des Volkes und zu seiner stärksten militärischen und politischen Macht geworden. Andererseits haben die US-Imperialisten den größten Teil ihrer Bodenkampftruppen abgezogen. Auf Grund dieses veränderten Kräfteverhältnisses zwischen dem Volk und den Imperialisten mit ihrer Marionettenregierung konnte die Volksbefreiungsarmee zu einer großen Offensive gegen die südvietnamesischen Söldnertruppen übergehen.
Wahrscheinlich ist dies noch nicht die letzte Schlacht in dem nun schon über 100 Jahre dauernden Befreiungskampf des vietnamesichen Volkes. Doch ihre Erfolge schaffen eine erneut verbesserte Ausgangssituation für den endgültigen Sieg von Demokratie und Sozialismus nicht nur in Vietnam.

Die Offensive begann am 30. März. Unter schwerem Beschuß verließen die südvietnamesischen Soldaten und ihre amerikanischen „Berater" in wilder Flucht ihre Stützpunkte südlich des 17. Breitengrades. Ungehindert rückte die Volksbefreiungsarmee, ausgerüstet mit Panzern und schweren Waffen, nach Süden vor. In den folgenden Tagen begann auch im Zentralen Hochland und im Süden des Landes der Angriff von Armeeinheiten und Guerillatruppen. Das vietnamesische Volk versetzte dem amerikanischen Imperialismus und seinen Saigoner Marionetten einen neuen schweren Schlag.
Seit dem Beginn des Widerstandes gegen den amerikanischen Imperialismus im Jahre 1959 ist die Macht des Volkes ständig gewachsen. Während anfangs die Guerillagruppen nur schlecht bewaffnet und den südvietnamesischen Truppen militärisch unterlegen waren, ist das Verhältnis heute umgekehrt. Während anfangs die US- und südvietnamesischen Truppen in der Offensive waren, sind sie heute in der Defensive. Die US-Soldaten meutern, desertieren oder flüchten in den Haschischrausch. Die vietnamesischen Söldner laufen zu Zehntausenden über.

200 Milliarden Dollar hat die USA dieser Krieg schon gekostet. Die sowjetische und chinesische Hilfe betrug nur ein Zehntel dieser Summe. Von den 17 Millionen Einwohnern Südvietnams sind mindestens 5 Millionen durch die verbrecherischen Terroraktionen der US-Truppen zu Flüchtlingen gemacht worden. Millionenhöhe erreicht auch die Zahl der Getöteten oder Verstümmelten. Auf großen Teilen des Landes wurde für unabsehbare Zeit jeder Pflanzenwuchs vernichtet. Tausende Dörfer wurden zerstört.

Schon die Tet-Offensive 1968 hatte die US-Imperialisten überzeugt, daß sie diesen Krieg nicht gewinnen konnten. Nachdem sie immer mehr Soldaten und Waffen nach Vietnam geschickt hatten, begannen sie ihre Truppen wieder abzuziehen. Jede ihrer Maßnahmen hatte nur eine Stärkung der Befreiungsfront zur Folge. Obwohl sie auf dieses kleine Land mehr als dreimal soviel Bomben warfen wie im ganzen 2. Weltkrieg, wuchs die Widerstandskraft der Bevölkerung. Obwohl sie das im friedlichen Aufbau befindliche Nordvietnam mit ihrer schrecklichen Luftkriegsmaschinerie überzogen, hat die Solidarität und gegenseitige Hilfe zwischen beiden Teilen des Landes nur zugenommen.

Dies ist letztlich darin begründet, daß der US-Imperialismus die reaktionärste, verfaulteste und verbrecherischste Kraft im Weltmaßstab darstellt, während die gesellschaftliche Entwicklung der Menschheit auf die Errichtung des Sozialismus in der ganzen Welt, die Beendigung der Ausbeutung der unterdrückten Völker und einen dauerhaften Frieden zielt.

Vietnam ist das Beispiel dafür, daß es beim heutigen Kräfteverhältnis in der Welt auch einem kleinen Land möglich ist, sich gegen den US-Imperialismus zu erheben und ihn in einem langdauernden Volkskrieg schrittweise zu besiegen. Trotz seiner furchtbaren Machtmittel wird der Imperialismus schließlich untergehen.

Vietnam und der Kolonialismus

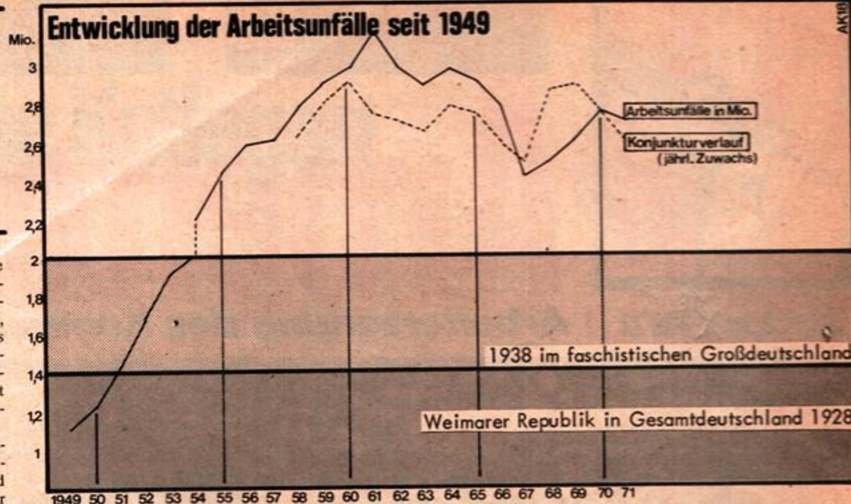
Bevor es von den französischen und amerikanischen Imperialisten erobert und zerstört wurde, war Vietnam das am weitesten entwickelte Land Ostasiens.

Die Kolonialisierung Vietnams begann im Jahre 1860. Das vietnamesische Volk wehrte sich verzweifelt und es dauerte 24 Jahre bis

Forts. Seite 3

ARBEITS-UNFÄLLE

Forts. von Seite 1



stattung über die Arbeitsunfälle in Westdeutschland würde ein ganz anderes Bild der „freien Marktwirtschaft" abgeben, als es die Schreiberlinge der bürgerlichen Presse zu zeichnen haben. Dabei stellen die Kapitalisten und ihre Vertreter in der Regierung durchaus selbst fest, daß die Unfälle im Betrieb Rekordhöhen erreicht haben. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Nölling: „Die westdeutschen Fabriken produzieren nicht nur Rekorde an Output und Produktivität, sondern auch Höchstzahlen an Unfällen am Arbeitsplatz." (Spiegel 40/71) Und Arbeitsminister Arendt im Unfall-Verhütungsbericht der Bundesregierung Anfang 1971: „Es ist unbestreitbar, daß seit drei Jahren die Unfallkurve wieder nach oben zeigt."

Das heißt natürlich nicht, daß die Kapitalisten und ihre Vertreter in der Regierung beginnen, sich um das Wohl der Arbeiterklasse zu sorgen. Was diesen Leuten Kopfschmerzen bereitet, sind die Folgelasten der ständig anwachsenden Betriebsunfälle, die auch die Kapitalisten selbst treffen. So rechnet der Arendt-Bericht vor, daß allein im Jahr 1970 5,4 Milliarden DM aus der gesetzlichen Unfallversicherung für die Unfallopfer aufgebracht werden mußten. Weiter heißt es im Bericht – bezeichnenderweise für diese Motive – über die Unfallfolgen:

„Gesamtwirtschaftlich gesehen verringern sich sowohl Quantität als auch Qualität des Faktors Arbeit und bewirken somit eine dauerhafte Minderung des Sozialprodukts. An diesen Verlusten ist auch der Staat durch ein geringeres Steueraufkommen beteiligt."

(In diesem Zusammenhang ist auch der neue Gesetzentwurf der SPD/FDP-Regierung zu sehen, der den Ausbau des sicherheitstechnischen und werksärztlichen Dienstes in den Betrieben vorsieht. Wir werden darauf in einem Artikel des nächsten AK, der den ungeheuer angewachsenen Krankenstand der Lohnabhängigen untersucht, eingehen.) In den Augen der Kapitalisten sind es natürlich auch die „unordentlichen", „nachlässigen" und „leichtsinnigen" Arbeiter selbst, die die anwachsenden Unfälle zu verantworten haben.

So führte das Deutsche Industrieinstitut 1961 in seinem „Unternehmerbrief" angesichts steigender Arbeitsunfälle aus: „Persönliche Mängel verursachten 77 % der von der Gewerbeaufsicht näher untersuchten 64 295 Arbeitsunfälle.

. . . Besonders stark trugen die 10 287 Fälle von Unordnung, Nachlässigkeit und Nichtbeachtung der Verhaltensvorschriften zur Unfallhäufigkeit bei. Weitere 18 827 Unfälle beruhten auf Unachtsamkeit, Leichtsinn und Unfug . . . Es stimmt also nicht, wenn von den Gewerkschaften vielfach behauptet wird, die Unfälle nähmen durch das gesteigerte Arbeitstempo zu." (zit. nach Kuczynski, Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 7b) Und der inzwischen gestorbene ehemalige VW-Chef Nordhoff führte auf einem „Arbeitsschutz-Kongreß" aus, „daß es bei aller Narrensicherheit doch immer wieder einen Supernarren gibt, der trotz alledem zu seinem Unfall kommt." (Spiegel 13/70) Was von „Unfallkategorien" wie „menschliches Versagen oder „blinder Schicksalsschlag" zu halten ist, wird an den oben aufgezählten Unfällen deutlich; wenn man etwas genauer untersucht:

– Der tödlich verunglückte junge Türke z.B. mußte entgegen den Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzes in Wechselschicht arbeiten, hatte keine Ruhepause von mehr als 60 Minuten, wie sie bei einer Arbeitszeit von mehr als 6 Stunden gesetzlich vorgeschrieben ist, war nicht über Gefahren und Sicherheitsbestimmungen unterrichtet . . .

– Der in den giftigen Schlamm gestürzte Arbeiter mußte aus Zeitmangel das Seil kappen lassen und hatte von der Gefährlichkeit seiner Reinigungsarbeiten gar keine Ahnung . . .

– Oder die Gasexplosionen auf der Werft, die sich sämtlichst durch gründliche Untersuchungen vor den Schweißarbeiten hätten vermeiden lassen, ebenso der Tod des Jugoslawen, wenn er eine technisch einwandfreie Kupplungsstange zur Verfügung gehabt hätte . . .

„Großdeutschland" eingeholt

Die Entwicklung der gemeldeten Arbeitsunfälle in Westdeutschland läßt sich in zwei Etappen einteilen.

(Siehe Grafik oben)

In der ersten Etappe ist die Unfallzahl von Jahr zu Jahr ohne Ausnahme gestiegen. In dieser Zeit ist, wie die Genossen des KB Bremen in der „Wahrheit" (Nr. 3) ausführen, „das sogenannte ‚deutsche Wirtschaftswunder' buchstäblich über die Leichen der Kollegen hinweggestiegen." So übertraf die Unfallzahl des wesentlich kleineren Westdeutschlands schon 1951 die Unfälle des Deutschlands der Weimarer Zeit. (Im Hochkonjunkturjahr 1928 ca. 1,4 Mill. Unfälle) Drei Jahre später wurden die Unfallzahlen des faschistischen „Großdeutschlands" mit seiner 1938 auf Hochtouren laufenden Rüstungsproduktion überholt. (2 Mill. Unfälle) Mit über 3 Mill. Unfällen wurde schließlich 1961 der bisherige „Rekord" erreicht.

Die zweite Etappe beginnt mit Anfang der 60iger Jahre. Seit dieser Zeit schwankt die Unfallhäufigkeit zwischen 2,5 und 3 Mill. im Jahr, wobei sich eine ungefähre Übereinstimmung mit dem Konjunkturverlauf (gestrichelte Linie) ergibt. Dabei ging die Unfallzahl bis zum Krisenjahr 1966 zunächst erheblich zurück. Dies ist ein Ergebnis der ersten Rationalisierungswelle des Kapitals zu Anfang der 60iger Jahre, die zum einen den Anteil der unmittelbaren körperlichen Arbeit am Produktionsprozeß durch Maschineneinsatz verringerte und andererseits so insgesamt eine Verschiebung der Arbeiter von gefahrvollen zu weniger gefährlichen Wirtschaftsbereichen mit sich brachte. So nahm seit dieser Zeit der Angestellten-Anteil der Arbeiterklasse erheblich zu, während sich z.B. die Zahl der besonders gefährdeten Bergarbeiter um die Hälfte verringerte.

Seit der Krise 66/67 setzte dann die 2. Rationalisierungswelle des Kapitals ein, die sich nach Ausschöpfung der technischen und maschinellen Möglichkeiten vor allem auf die Arbeitsbedingungen der arbeitenden Menschen konzentrierte: Neue Akkord- und Prämiensysteme, Abbau von Erholungspausen, kürzere Vorgabezeiten etc. waren das Ergebnis. Seitdem befingen sich die Unfälle trotz anhaltender Zunahme des Angestellten-Anteils im weiteren Vormarsch. Über diese Tendenz kann auch der geringfügige Rückgang im letzten Jahr nicht hinwegtäuschen, da einmal im Konjunkturabschwung durch höhere Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Überstundenabbau die Unfallgefährdung abnimmt, andererseits aus Angst um den Arbeitsplatz leichtere Unfälle nicht anzeigt, sondern am Arbeitsplatz „ausgeheilt" werden. So hat nach einem Bericht der Frankf. Rundschau v. 11.4.72 die Zahl der tödlichen Unfälle im letzten Jahr sogar um mehr als 10 % zugenommen!

Akkord = Mord

Um 1400 Prozent hat sich in den letzten hundert Jahren die durchschnittliche Produktivität eines Fabrikarbeiters erhöht (Spiegel 16/72). Allein die Rationalisierungsmaßnahmen seit Anfang der 60iger Jahre haben bis heute fast eine Verdoppelung der Arbeitsleistung pro Stunde gebracht. Dementsprechend ist trotz teilweiser Abnahme schwerer körperlicher Arbeit der nervliche und psychische Druck am Arbeitsplatz derartig gestiegen, daß der Organismus der arbeitenden Menschen noch mehr belastet ist. So berichtete der Mülheimer Arbeitsmediziner Hettinger, daß schon die mittlere Belastung an den Arbeitsplätzen beispielsweise der Metall- und Stahlarbeiter „nahe an der zumutbaren Dauerleistungsgrenze" liege. So habe er bei mehr als einem Drittel der Beschäftigten „ganz eindeutig eine mehr oder weniger große Überlastungstendenz in ihrem Kreislaufsystem aufgewiesen." (Spiegel 16/72)

Nach einer schon vor über 10 Jahren durchgeführten Untersuchung des Max-Planck-Institutes für Arbeiterphysiologie in 13 westdeutschen Gießereien waren etwa 15–20 % aller Gießereiarbeiter täglich unzumutbar überlastet, so daß sie mit Sicherheit vorzeitig invalidisiert werden müßten. (Kuczynski, s.o.) Daß auch die Verkürzung der Arbeitszeit sich voll zu Lasten der Arbeiterklasse niedergeschlagen hat, mußte sogar der bürgerliche Arbeitswissenschaftler Otto Graf 1961 in der „Neuen Ruhr-Zeitung" zugeben: „Diese Verkürzung ist, um auf dieselbe Produktion . . . zu kommen, . . . durch ein erhöhtes Arbeitstempo unter Verzicht auf notwendige und wünschenswerte Erholungsgelegenheiten aufgefangen worden und nur zu einem kleineren Teil durch Rationalisierungsmaßnahmen, die ohne vermehrte Anstrengungen der Arbeiter zustandekamen." (Kuczynski, s.o.) So haben insbesondere die neuen Arbeitsplatzbewertungsverfahren die Arbeitsplätze für die Kapitalisten noch einträglicher gemacht, häufig ohne auch nur die kleinste Erleichterung durch Veränderungen am Arbeitsplatz selbst zu schaffen. So unterteilt das amerikanische MTM-Verfahren z.B. den Arbeitsablauf mittels Zeitlupenaufnahmen in „wirksame Bewegungen" (Greifen), „verzögernde" (Überlegen) und „unwirksame" (z.B. etwas wieder aufheben). Indem nun höhere, durch MTM errechnete Normen angesetzt werden, sollen die „verzögernden" und „unwirksamen" Bewegungen, die ja gerade für den Arbeiter im Akkordstreß eine kleine Entspannung bringen, völlig ausgeschaltet werden. So muß sich der Arbeiter, will er die Zeiten schaffen, völlig auf den Arbeitsvorgang konzentrieren. Daß unter diesen Arbeitsbedingungen Unfallrekorde auf der Tagesordnung stehen, nimmt nicht Wunder. Betroffen sind vor allem Akkordarbeiter, die in Ermüdungszeiten, etwa gegen Ende der Arbeitszeit, bei Überstunden oder gegen Ende der Arbeitswoche einfach nicht mehr die Kraft aufbringen, auf alle möglichen auf sie dauernd zukommende Gefahren noch zu achten. Ebenso gibt es laufend Unfälle bei dem Versuch, Störungen oder kleinere Reparaturen bei laufenden Maschinen vorzunehmen. Hierzu sind die meisten Akkordarbeiter häufig entgegen Unfallverhütungsbestimmungen schon deswegen gezwungen, weil das Anhalten der Maschinen durch Zeitpausen den Akkord und damit den Lohn drückt. Immer wieder geraten so Arme und Beine zwischen laufende Maschinen. Dementsprechend rangieren in der Statistik der verletzten Körperteile die Hände an erster Stelle, insgesamt machen Verletzungen und Verstümmelungen der Gliedmaße 4/5 aller Arbeitsunfälle aus. Unerfahrene Arbeiter, z.B. Jungarbeiter oder ausländische Arbeiter, müssen mit noch wesentlich höherem Blutzoll „Lehrgeld" zahlen. So werden 70 % aller Unfallgeschädigten vor dem 25. Lebensjahr getroffen. Und die Unfallrate der ausländischen Kollegen liegt doppelt so hoch, was weiterhin damit zusammenhängt, daß diesen Arbeitern besonders körperlich schwere Arbeitsplätze zugewiesen werden, auf denen die Unfallrate sowieso noch höher ist. So passierten z.B. in den 50iger Jahren bei der besonders schweren Arbeit im Bergbau über 15 % aller Unfälle, obwohl der Anteil der Bergbauarbeiter an allen Arbeitern der gewerblichen Wirtschaft nur 5 % betrug.

10 Mill. t Rohstahl kosten 44 Arbeiterleben

Insgesamt ist die Unfallrate in dieser Zeit derartig angestiegen, daß Westdeutschland unter den imperialistischen Staaten die höchsten Unfallraten aufweist. „Noch nie und in keinem Land war die Zahl der Betriebsunfälle so hoch wie bei uns", schrieb die Neue Ruhr-Zeitung 1961. Und die Zeitung der IG Metall berichtete im gleichen Jahr: „Wenn in den USA 10 Mill t. Rohstahl produziert werden, dann verunglücken dabei 8 Menschen – in der Bundesrepublik kommen auf die gleiche Menge Stahl 44 tödliche Unfälle. Mit einem Rekord an Toten bezahlt die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie ihre Produktionsrekorde." (zit. nach Kuczynski, s.o.) In den letzten Jahren erreichten so nur noch ein Drittel aller Arbeiter die gesetzliche Altersgrenze, mußten im Schnitt Jahr für Jahr 270 000 „frühinvalidisiert" werden, sank die statistische Lebenserwartung der Arbeiter von Jahr zu Jahr. Dagegen brauchten sich die westdeutschen Unternehmer um die Folgen ihres „Produktionsrekordes" schon deswegen nicht sorgen, da für sie mit dem anwachsenden Strom ausländischer Arbeiter genug Reserve da war.

Es ist bezeichnend für den Charakter der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, daß Gesundheit und Leben der arbeitenden Menschen, der Produzenten also, durch staatlichen Zwang und Gesetze geschützt werden müssen. Diese Gesetze hat die Arbeiterklasse zunächst in England, dann mit der weiteren Entwicklung in den anderen kapitalistischen Staaten im jahrzehntelangem Kampf um die gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages, besonders für Frauen und Kinder, um Unfallschutz und Gewerbeordnung usw. durchgesetzt. Dabei standen diese Gesetze zwar dem Interesse des einzelnen Kapitalisten, seine Arbeiter solange auszuquetschen, „solange noch eine Muskel, eine Sehne, ein Tropfen Bluts auszubeuten war" (F. Engels: Die engl. Zehnstundenbill), entgegen. Sie lagen andererseits insofern aber auch durchaus im Interesse der gesamten Kapitalistenklasse, als daß nur so die physische Existenz der Arbeiterklasse gesichert werden konnte, die im Frühkapitalismus durch die Ausmergelung der Arbeiter bis zu den äußersten Grenzen und ständig sinkende Lebenserwartung bedrohliches Ausmaß angenommen hatte.

Papier-Gesetz als Unfallschutz

Doch mit Gesetzen, die Kapitalisten zu etwas verpflichten, hat es seine besondere Bewandnis. Während Rechte und Gesetze, die dem Arbeiter Zwang auflegen, bis ins kleinste Detail festgelegt sind und ihre Übertretung sofort unnachsichtige Strafen zur Folge hat, sind die Gesetze, die Kapitalisten zu etwas verpflichten, großzügig, und lassen dem einzelnen zunächst einmal erheblichen „Ermessensspielraum." So verpflichtet z.B. § 120 a der Gewerbeordnung die Unternehmer nicht, die „Arbeitsräume, Betriebsvorrichtun-



Betriebsunfälle

gen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten, zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit" geschützt sind, sondern nur, daß sie „soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet", und was für eine „Natur" der Betrieb hat, bestimmt „natürlich" der Unternehmer!

Das zweite ist, daß Gesetze gegen die Unternehmer zwar auf dem Papier stehen, aber gleichzeitig die Einhaltung dieser Gesetze nicht kontrolliert wird. Auch das ist in Westdeutschland der Fall. So gibt es zwar Unfallverhütungsvorschriften, Gewerbeordnungen, Jugendarbeitsschutzgesetz etc., aber diese schon an sich völlig ungenügenden Gesetze sind eine Farce, da sie mit dem vorgesehenen Kontrollapparat überhaupt nicht annähernd kontrolliert werden können! So sprechen Unfallforscher in Westdeutschland vom „Dilemma der Aufsichtsdienste", denn 1,5 Mill. westdeutscher Betriebe müssen von 738 technischen Aufsichtsbeamten „überprüft" werden. Da bleibt, statistisch berechnet, für jeden Betrieb 1/2 Stunde! In Hamburg z.B. gibt es sowenig Aufsichtsbeamte, daß für einen Betrieb wie die Werft B + V, auf der es im Jahresdurchschnitt allein ca. 10 tödliche Unfälle gibt, nur ein Besuch im Jahr – für wenige Stunden – übrigbleibt. (Außer der „Ursachenforschung", wenn was passiert war.) Über die Bremer Verhältnisse berichten die KB-Genossen in der „Wahrheit" Nr. 3: „Die Gewerbeaufsicht in Bremen besteht aus gerade 2 Dutzend Personen. Wie „scharf" die Kontrolle des Unfall- und Gesundheitsschutzes durchgeführt wird, ist daraus ersichtlich, daß es z.B. 1968 nur zu einer einzigen Strafanzeige gegen einen Betrieb gekommen ist." In den meisten Fällen von offensichtlichen Verstößen werden nur „Mängelrügen" ausgesprochen, die wie Schall und Rauch verhallen. So überprüften die Gewerbeaufsichtsämter in Baden-Würtemberg 1970 in einer landesweiten Aktion 4400 Baubuden. Nur bei 1 700 gab es keine Beanstandungen. Als ein Jahr später wieder eine



und der "Kampf" dagegen

derartige Aktion überraschend durchgeführt wurde, waren von 5 800 nur noch 1 000 einwandfrei nach den Bestimmungen! Bei den 1968 350.000 nur überprüften Betrieben, (das ist knapp 1/4!) wurden weit über eine Million Beanstandungen festgestellt. Welche Gefahren das für die Arbeiter mit sich bringt, wurde nach einem Großbrand im Hamb. Hafen deutlich. Es fehlten bei 138 von 322 Großlägern und Hallen die gesetzlich vorgeschriebenen Fluchtwege bei Feuer.

Natürlich gibt es auch keine systematische Unfallursachenforschung. Der IGM-Unfallexperte Laubrecht: „Es ist im Zeitalter der Datenverarbeitung einfach kurios, daß man nicht erfahren kann, wieviel tödliche Unfälle mit Gabelstaplern eines bestimmten Typs verursacht worden sind." (Spiegel 40/71)

1969 kündigte die SPD-Regierung an ihrem Programm an: „Die wachsenden Möglichkeiten des technischen Fortschritts müssen für den Schutz der Gesundheit des Menschen eingesetzt werden . . . Die Erkenntnisse der modernen Arbeitsmedizin müssen überall zu Gunsten des Arbeitnehmers angewandt werden." Wie sehr diesen Leuten tatsächlich die Gesundheit „ihrer Arbeitnehmer" am Herzen liegt, kann man daran sehen, das das Fach Arbeitsmedizin in der Forschung personell und finanziell schwächer ausgestattet ist, als z.B. Archäologie. Wo es um Leben und Gesundheit von Millionen Lohnabhängigen geht, da liegt der Etat für Arbeitsmedizin und betriebliche Unfallursachenforschung des Bundesarbeitsministeriums 1972 bei ganzen 800000 DM. Das ist genau der 500. Teil dessen, was allein Innenminister Genscher bis 1973 an zusätzlichen Mitteln bekommt (400 Mill.), weil angeblich die „innere Sicherheit" der BRD durch den „Linksradikalismus" gefährdet ist!

Fortsetzung folgt im ARBEITERKAMPF 19

Forts. von Seite 1

Das Volk wird siegen !

Frankreich das gesamte Gebiet erobert hatte.

Durch Anbau von Reis und Kautschuk im Süden und die Ausbeutung der Bodenschätze im Norden wurde Vietnam zur profitabelsten Kolonie Frankreichs. Es lieferte die für den Aufbau des Kapitalismus nötigen Rohstoffe und war Absatzmarkt für die fertigen Waren. Die Entwicklung einer eigenen vietnamesischen Industrie wurde deshalb verhindert, alle Profite wurden in voller Höhe aus dem Land abgezogen. So geriet Vietnam in völlige Abhängigkeit vom französischen Imperialismus.

Durch drückende Steuern wurde die Landwirtschaft ausgebeutet und die freien Bauern ruiniert. Im Süden besaßen schließlich 0,4% der Familien 44% des Bodens, 61% hatten kein Land und mußten sich als Fronarbeiter verkaufen. Der Menschenhandel mit Plantagenarbeitern blühte. Nur 2-3% waren in der Industrie beschäftigt.

Das Kennzeichen einer solchen kolonialen Gesellschaftsstruktur ist es, daß die Interessengegensätze zwischen Bauern, Arbeitern, Mittelschicht (Händler, Handwerker, Beamte) und der schwachen einheimischen Bourgeoisie – also von ca. 95% der Bevölkerung – zurücktreten hinter dem Gegensatz zu den Imperialisten und dem Teil der Bevölkerung (Großgrundbesitzer, hohe Beamte und Militärs), der sie unterstützt.

Durch die übermächtige Herrschaft der imperialistischen Profitinteressen ist jede Rückkehr zu den alten Gesellschaftsstrukturen unmöglich. Nur im Kampf für Demokratie gegen ausländischen Imperialismus und einheimischen Feudalismus ist für das gesamte Volk eine Befreiung aus Unterdrückung, Ausbeutung und Elend möglich. Die Ziele der Arbeiter und Bauern sind national und demokratisch: die Unabhängigkeit des Landes und „das Land denen, die es bebauen". Sie lassen sich nur verwirklichen, wenn gleichzeitig der Kampf gegen eine entstehende einheimische Ausbeuterklasse, d.h. für den Sozialismus, geführt wird.

Der Befreiungskampf gegen die französischen und japanischen Imperialisten

Die einheimische Bourgeoisie, eine zahlenmäßig geringe Schicht, war der Träger der ersten Befreiungsbestrebungen, die um 1910 begannen. Einerseits wollte sie mit den Kolonialherren politisch gleichgestellt sein, andererseits konnte sie sich nicht auf die Massen des Volkes stützen, da ihre Interessen darin bestanden, die Imperialisten in der Unterdrückung des Volkes abzulösen. Da außerdem die Kolonialisierung die Entwicklung einer stärkeren Bourgeoisie verhindert hatte, war sie nicht in der Lage, eine bürgerlich-demokratische Revolution durchzuführen.

Nach dem 1. Weltkrieg hatten sich die Bedingungen verändert: In der Sowjetunion war der erste sozialistische Staat errichtet worden und die Kriegsindustrialisierung der Kolonie hatte eine Arbeiterklasse herausgebildet. In Vietnam entstanden



Die Front ist überall

revolutionäre Massenorganisationen, die konsequent die Interessen der Arbeiter und Bauern vertraten. Nun wurde der Kampf zwischen den Menschen in den Kolonien und den ausländischen Imperialisten als Klassenkampf begriffen und geführt.

Der Einfluß des Aufbaus der Sowjetunion auf die unterdrückten Völker kann nicht unterschätzt werden. Lenin, dessen Schriften nun in aller Welt studiert wurden, hatte den 1. Weltkrieg als Krieg zwischen den imperialistischen Staaten um die Aufteilung der abhängigen Länder erklärt. Der ganze Verrat der sogenannten „sozialistischen" Länder Parteien der imperialistischen Länder wurde aufgedeckt und verurteilt, die diesen Krieg im Interesse der Imperialisten und um damit „ihrer" Bourgeoisie zu helfen, fremde Länder zu berauben, als „Vaterlandsverteidigung" bezeichnet und unterstützt hatten.

„Zum Eckstein der gesamten Politik der Kommunistischen Internationale in der nationalen und kolonialen Frage muß die gegenseitige Annäherung der Proletarier und werktätigen Massen aller Nationen und aller Länder zum gemeinsamen revolutionären Kampf für den Sturz der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie gemacht werden". (Lenin)

Die 3. Kommunistische Internationale (Komintern) setzte diese Politik in die Praxis um. Auch der Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes wurde von ihr angeleitet und unterstützt. 1930 wurde die Kommunistische Partei Vietnams gegründet.

Während des 2. Weltkriegs besetzte Japan große Teile von Ostasien, unter anderem 1940 auch Vietnam. Damit bot sich die Gelegenheit, die Widersprüche zwischen den französischen und japanischen Imperialisten auszunutzen. Während die Japaner die gesamte französische Kolonialverwaltung zerschlugen, sammelte und organisierte die Kommunistische Partei alle antiimperialistischen Kräfte und baute auf dem Land revolutionäre Stützpunkte auf. Als die Japaner kapitulierten, waren bereits große Teile Vietnams unter der Kontrolle des Volkes. Innerhalb von 14 Tagen wurde das Land durch einen allgemeinen Aufstand befreit und den Volkskomitees unterstellt.

Die Regierung der Nationalen Einheitsfront (Viet Minh) wurde mit 80% der Stimmen gewählt. Sie verabschiedete eine Verfassung, die eine 40-Stunden-Woche, bezahlten Urlaub, Sozialversicherung und Schulpflicht vorsah. Mit der Agrarreform war schon in den revolutionären Stützpunkten begonnen worden. Ausländische Plantagen und Fabriken wurden enteignet.

Doch die Leiden des vietnamesischen Volkes hatten noch kein Ende gefunden. Die Imperialisten kehrten zurück, um „Ruhe und Ordnung zu garantieren". Es handelte sich um die „Ruhe und Ordnung" der kolonialistischen Ausbeutung. Die Viet Minh Regierung wurde mit Waffengewalt gestürzt, der darauffolgende Generalstreik blutig unterdrückt.

Die französichen Generale meinten, die Rückeroberung des gesamten Gebietes werde „ein Spaziergang" sein. Sie dachten, wo keine Armee sei, sei auch kein ernstzunehmender Gegner. Doch die Situation hatte

Forts. nächste Seite

Forts. von Seite 3

sich inzwischen gewandelt. Unter der Führung der Kommunistischen Partei war es zum ersten Mal gelungen, die ausländische Unterdrükkung für kurze Zeit abzuschütteln und Unabhängigkeit, Gerechtigkeit und Demokratie zu erreichen. Auf Grund dieser konkreten Erfahrung unterstützte die Masse der Bauern und anderen Werktätigen mit allen Mitteln ihre Partei und baute ihre Volksarmee auf. Die vorläufige Niederlage war deshalb in Wirklichkeit ein teilweiser Sieg.

Der revolutionäre Volkskrieg

Die Untrennbare Verbindung der Massen mit ihren Kämpfern machte das vietnamisische Volk unbesiegbar. In jedem Dorf entstanden örtliche Partisaneneinheiten. Jede Bewegung der feindlichen Truppen war bekannt. Man wich ihnen aus wenn sie zu stark waren, lockte sie in Hinterhalte und griff sie dann mit vielfacher Überlegenheit an. Die erbeuteten Waffen dienten dazu, weitere Teile des Volkes zu bewaffnen. Terrormaßnahmen der Besatzer verstärkten nur den Willen des Volkes zu siegen.

„Diese Armee ist dadurch stark, daß alle, die ihr beigetreten sind, bewußte Disziplin halten; sie haben sich vereinigt und kämpfen nicht um der Privatinteressen einer Minderzahl oder einer kleinen Gruppe willen, sondern für die Interessen der breiten Volksmassen und für die Interessen der gesamten Nation". (Mao Tse-Tung)

Nach einer gewissen Zeit des Kampfes waren die Kräfte des vietnamesischen Volkes gewaltig gewachsen. In falscher Einschätzung des Kräfteverhältnisses wollten nun die französischen Imperialisten 1954 eine Entscheidungsschlacht provozieren. Sie konzentrierten ihre Kräfte in der Dschungelfestung Dien Bien Phu und im Delta des Roten Flusses. Doch sie hatten sich endgültig verrechnet. Durch gleichzeitige Angriffe hielt die Volksarmee Entsatztruppen auf, eröffnete eine zweite Front und kesselte die Festung ein. Nach 55 Tagen war Dien Bien Phu erstürmt und völlig vernichtet. 16000 französische Soldaten wurden getötet oder außer Gefecht gesetzt. Die französischen Imperialisten hatten, trotz massiver amerikanischer Unterstützung, den Kolonialkrieg verloren.

„Der Sieg von Dien Bien Phu wird in die Geschichte des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker eingehen. Er gab ihnen Vertrauen in ihre Stärke und lehrte die Imperialisten das Fürchten."

Die US-Imperialisten brechen den Friedensvertrag

Der in Genf ausgehandelte Friedensvertrag bestimmte, daß Vietnam am 17. Breitengrad vorläufig geteilt wurde. Die Volksstreitkräfte sollten in den nördlichen, die französischen Besatzungstruppen in den südlichen Teil abgezogen werden. Allgemeine freie Wahlen innerhalb einer Frist von zwei Jahren sollten dann zur Wiedervereinigung Vietnams führen. Die Einfuhr von Waffen, Truppen, Kriegsmaterial und die Errichtung von Militärstützpunkten war untersagt.

Bis lange nach seinem Bruch durch die USA hat sich die Viet Minh genauestens an diesen Vertrag gehalten. Die USA-Imperialisten jedoch hatten längst andere Pläne.

Ein Ergebnis des 2. Weltkrieges war die vorherrschende Rolle der USA in Südostasien. Die französischen Truppen waren nur ihre Statthalter und der Kolonialkrieg wurde mehr und mehr von den USA finanziert. Nach dem Sieg der Revolution in China 1949 verstärkte sich das amerikanische Interesse an Vietnam. Es sollte das letzte Glied in der Einkreisungskette um China und die Sowjetunion werden.

Zunächst wurde, wie die NATO im Westen, das imperialistische Bündnis der SEATO im Osten gegründet, das den aggressiven US-Interessen dienen sollte. Die SEATO bestimmte gegenseitige Hilfe aller Mitglieder im Fall einer „kommunistischen Aggression". Außerdem wurde in Südvietnam das Regime Ngo Dinh Diem eingesetzt. Es sollte mit amerikanischer Unterstützung das Volk an der freien Entscheidung für die Viet Minh hindern und die amerikanische Herrschaft auf unbegrenzte Zeit sichern. Mit der frechen Behauptung, daß die Abhaltung von Wahlen unter den in Nord(!)vietnam herrschenden Verhältnissen unmöglich sei, wurde der Friedensvertrag endgültig gebrochen.

Die Demokratische Republik Vietnam

Die Lage in Nordvietnam war zunächst schlecht. Die abziehenden französischen Truppen hatten Verwaltungsunterlagen mitgenommen, Bergwerke unter Wasser gesetzt, Hafenanlagen gesprengt. Durch Reislieferungen auf Kosten der Sowjetunion konnte eine Hungersnot verhindert werden. Trotz der großen Schwierigkeiten ging die gesellschaftliche Umgestaltung und der Wiederaufbau schnell voran. Noch während des Krieges war die Landreform fortgeführt worden. 1958 begann dann die Kollektivierung der Landwirtschaft, die zu einem erhöhten Lebensstandard der Bauern bei gleichzeitig jährlich um 4% steigender Produktion führte. 1963 waren 88% aller Bauernfamilien Mitglied einer Kooperative. Mit chinesischer und sowjetischer Hilfe wurde die Industrie wieder in Gang gesetzt und dann planmäßig entwickelt. Nachdem die Menschen in Nordvietnam ihre politischen und sozialen Rechte erkämpft hatten, verbesserte sich nun ständig ihr Leben.

Das Volk Südvietnams leistet Widerstand

In Südvietnam dagegen vergrößerte sich das Elend der Massen immer mehr. Die landwirtschaftliche Produktion pro Kopf ging in den von den Imperialisten kontrollierten Gebieten fast auf die Hälfte zurück. Es mußte Reis eingeführt werden. Dagegen stieg die Kautschukproduktion für die ausländischen Monopole um 50% und erreichte 60% der Ausfuhr.

Alle demokratischen Rechte (Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit, freie Wahl des Wohnsitzes) wurden aufgehoben, jeder „Verdächtige" konnte ohne Urteil festgehalten werden. Für „Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates" wurden Todesurteile verhängt.

Teilweise seit 1945 hatten die Bauern das Land der geflohenen Großgrundbesitzer in Besitz genommen und selbst verwaltet. Nun kamen diese mit Unterstützung der Regierung zurück und verlangten die Pacht für die vergangenen Jahre. Die Forderungen wurden mit Hilfe der Armee eingetrieben. 50-75% der Ernte sollten jährlich an die Feudalherren abgeliefert werden. Daraufhin begannen die Massen, den Widerstand neu zu organisieren.

1960 wurde die Nationale Befreiungsfront Südvietnams (FNL) gegründet. Sie umfaßte alle Gruppen, die sich gegen das Regime des amerikanischen Imperialismus richteten und forderte die Einsetzung einer Volksregierung und die Wiederherstellung der demokratischen Rechte. Schon 1961 waren 3/4 der ländlichen Gebiete wieder in der Hand des Volkes.

Noch während die Kämpfe im Gange sind, werden in den befreiten Gebieten alle nötigen Reformen durchgeführt. Das Land der Großgrundbesitzer wird verteilt, die Bodennutzung verbessert, Schulen und Krankenhäuser werden eingerichtet und eine eigene Verwaltung wird aufgebaut. Die Steuern betragen nicht mehr als 10% des Einkommens. So liegt der Kampf der Volksarmee im ureigensten Interesse der Bevölkerung. Die Kämpfer bewegen sich im Volk „wie der Fisch im Wasser".

Blutiger Terror

Vietnam war für den US-Imperialismus zum Testfall geworden. Ein Sieg des vietnamesischen Volkes mußte zu einem Machtverlust der Imperialisten auch in anderen Teilen der Welt führen und den Klassenkampf in den USA beeinflussen. Zielstrebig begannen sie deshalb, den Krieg zu „eskalieren". Um „den Feind seiner Bevölkerung zu berauben" wurden alle Mittel des Terrors angewandt:

+ Strategische Dörfer:
Die Bauern werden zu Tausenden von den Feldern geholt und müssen in Zwangsarbeit neue befestigte und bewachte Dörfer anlegen. Die alten Dörfer werden niedergebrannt.

+ free fire zones:
Nach Vertreibung der Bevölkerung und Zerstörung von Hütten und Vorräten wird in diesen Zonen ohne Anruf auf alles geschossen, was sich bewegt.

+ Vorbeugende Luftangriffe, Stör- und Sperrfeuer, Flächenbombardements, Napalm:
Diese Luft- und Artillerieangriffe treffen die unvorbereitete und ungeschützte Zivilbevölkerung.

+ Chemische Ernte- und Waldvernichtung:

Mit chemischen Pflanzengiften wurde insgesamt eine Fläche von 20.000 qkm, d.h. 6 % der Gesamtfläche Vietnams, besprüht. Nahrung für über eine Million Menschen wurde vernichtet. Die Gifte rufen Krebs und Mißbildungen bei Neugeborenen hervor. Die Waldgebiete werden nie mehr neu wachsen.

Alle Terrormittel wurden gezielt gegen die befreiten Gebiete und insbesondere gegen die Zivilbevölkerung, Krankenhäuser und Schulen eingesetzt. In der Provinz um My Lai wurden z.B. auf diese Weise 70 % aller Dörfer zerstört. Die Folge war jedoch nur, daß sich die Zahl der Flüchtlinge erhöhte und daß die FNL immer mehr Freunde und die Imperialisten noch mehr Feinde gewannen.

Um 1963/64 trat eine gewisse Wende in der Vietnampolitik des US-Imperialismus ein, markiert durch den Sturz Diems und die Ermordung Kennedys. Da die bisherigen Maßnahmen keinen Erfolg gehabt hatten, wurden die amerikanischen Bodentruppen verstärkt und griffen nun in die Kämpfe direkt ein. Gegenüber Nordvietnam ging man von Sabotageaktionen zum offenen Bombenkrieg über.

Das Volk wird siegen

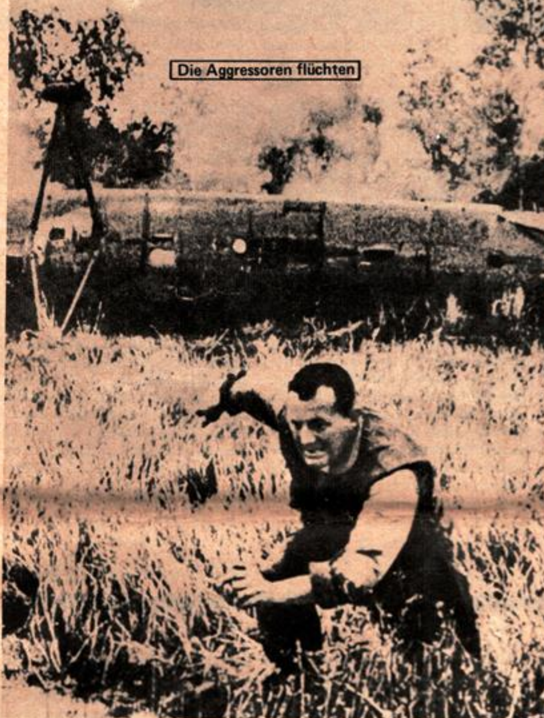
Als die amerikanischen Soldaten nach Südvietnam kamen, hatten die FNL längst alle strategisch wichtigen Stellungen besetzt. Die Taktiken der US-Armee schlugen fehl und es gelang ihr nicht, ihre isolierten Stützpunkte auszudehnen. So mußten die amerikanischen Truppen nach den Bedingungen der Volksarmee Krieg führen. Nirgens waren sie sicher, von allen Seiten wurden sie angegriffen. Die Amerikaner haben in Vietnam kein Hinterland, die Front ist überall, denn das ganze Volk ist die Armee.

Die Imperialisten versuchten, ihr Dilemma durch die Entsendung weiterer Truppen zu lösen. Bis 1968 stieg ihre Zahl auf 543.000. Die Bombenangriffe auf Nordvietnam wurden weiter verstärkt.

Doch die Tet-Offensive der Nationalen Befreiungsfront zeigte, daß sich trotzdem das Kräfteverhältnis weiter zugunsten der FNL verändert hatte. Der US-Imperialismus mußte seine Hoffnung aufgeben, in Vietnam zu siegen.

Die „Vietnamisierung" und der Abzug der amerikanischen Truppen sind das Eingeständnis dieser Niederlage. Das Ziel des US-Imperialismus ist es jetzt, einen Sieg der FNL zu verhindern.

Ho Chi Minh sagte Ende 1966: *„Wir lieben den Frieden zutiefst, den wirklichen Frieden in Unabhängigkeit und Freiheit. Wir sind entschlossen, bis zum Äußersten gegen die amerikanischen Aggressoren zu kämpfen, welche Opfer immer dieser Kampf fordert. Unsere Sache ist gerecht. Wir haben die brüderliche Hilfe der sozialistischen Länder und die aktive Unterstützung der Völker der Welt. Wir werden siegen."*



Die Aggressoren flüchten



Sie lachen über die Niederlage des Papiertigers



Ausrüstung der Bereitschaftspolizei der Bundesländer

In einer Umfrage im Juni vergangenen Jahres will das Meinungsforschungsinstitut in Allensbach festgestellt haben, daß 69 % der Bevölkerung sich von Verbrechern und zunehmender Gewalttätigkeit bedroht fühlen. Über die Hälfte der Bevölkerung soll der Umfrage zufolge mehr Polizisten und mehr „Taten für Sicherheit und Ordnung" für notwendig halten. („Zeit-Magazin", 10.9.71)

Wenn man auch gegenüber derartigen „Meinungsumfragen" skeptisch sein sollte, wollen wir annehmen, daß das Ergebnis ungefähr mit der Meinung in der Bevölkerung übereinstimmt. Dies wäre absolut kein Wunder. Presse, Funk und Fernsehen haben mit dem Schreckgespenst „wachsende Kriminalität" und „politischer Radikalismus" die Bevölkerung immer mehr in Unsicherheit gejagt. Nach den groß aufgemachten Schlagzeilen wie „Welle der Gewalt" und ähnlichem zu urteilen, müßte man geradezu panische Angst haben, überhaupt noch auf die Straße zu gehen oder seine Kinder zur Schule zu schicken – ja, selbst in seinen „eigenen vier Wänden" kann man sich angeblich nicht mehr sicher fühlen vor Kriminellen und Terroristen.

Aber wie sieht es tatsächlich aus mit der „wachsenden Kriminalität"? Genauere Zahlen liegen uns leider nur über Hamburg vor. Aber da Hamburg als eines der Zentren der Gewalttätigkeit gilt, ist eine exemplarische Beweisführung daran schon einigermaßen zulässig.

Die Kriminalstatistik des Kriminalamts Hamburg vom 17.1.72 verzeichnete einen Rückgang der allgemeinen Kriminalität um 0,5 % von 133.969 Straftaten im Jahr 1970 auf 133.253 Straftaten 1971. Diese Zahlen sind allerdings schon „frisiert". Die „Hamburger Morgenpost" schreibt dazu am 20.1.72:

„Ein Randergebnis der zum ersten Mal bis ins Detail aufgeschlüsselten polizeilichen Kriminalstatistik, die nebenbei schwer verständliche Bescheidenheit aufweist: Weil in den Betrugszahlen (12.150) auch die 5.104 schlichten Fahrgeldhinterziehungen mit aufgeführt wurden – das sind 42 Prozent aller Betrugsfälle – kommt das Kriminalamt Hamburg nur auf eine Kriminalitäts-Rückläufquote von 0,5 % statt 4,5 %."

Die Statistik betont besonders den häufigen Schußwaffengebrauch und die Zunahme von Gewaltverbrechen. Dazu der Halbjahresbericht der staatlichen Presse Hamburg für 1971:

„In der Öffentlichkeit besteht in der Regel die Auffassung, daß in diesem Jahr eine erhebliche Zunahme der Gewaltkriminalität zu verzeichnen sei. Diese Meinungsbildung ist mit ziemlicher Sicherheit auf die Tendenz der „veröffentlichten Meinung" zurückzuführen. Tatsächlich aber läßt die Entwicklung der Kriminalität diesen Schluß nicht zu. Die Zahl der vollendeten Tötungsdelikte ist zurückgegangen. Auch die Anzahl der gefährlichen und schweren Körperverletzungen ist rückläufig. Die Tendenz bei leichten vorsätzlichen Körperverletzungen ist mit einem Rückgang um 12,3 % bemerkenswert. Der Rückgang der Widerstandsfälle um 22,2% paßt in dieses Bild. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß auf dem Sektor der Raubkriminalität eine steigende Tendenz zu verzeichnen ist."

Was heißt das?

Es ist eine einfache Lüge, wenn in der Presse von zunehmender Unsicherheit auf den Straßen, zunehmenden Sittlichkeitsverbrechen usw. gejammert wird. Delikte solcher Art sind gegenwärtig zurückgegangen. Zugenommen hat die Anzahl schwerer Eigentumsdelikte mit Waffengebrauch, also Bank- und Geldtransportüberfälle. Hierfür sind die Ursachen aber nicht im „Menschen an sich" zu suchen, dem nur härtere Strafen angedroht werden müssen, damit er sich mehr zusammennehme. Hierfür ist die Ursache die zunehmende Zerrüttung des auf Privateigentum aufgebauten Herrschaftssystems. Wo Klassenkampf dem unterdrückten und ausgebeuteten Menschen nicht als Ausweg aus seiner Lage erscheint, versucht er sich als Einzelner im kriminellen Coup die Mittel zu verschaffen, seinem Los zu entkommen, sich durch Einrichtung eines „besseren Lebens" zu „befreien". Hiergegen ist ein „schärferes Vorgehen der Polizei" unwirksam. Dies führt lediglich zu besserer Vorbereitung und Bewaffnung des Bankräubers. In den Großstädten der USA ist die Raubkriminalität gemessen an der Bevölkerungszahl zehnmal so hoch wie in Hamburg, obwohl die amerikanische Polizei bekanntlich noch viel brutaler vorgeht als die westdeutsche. Nachdem deutlich geworden ist, daß auch die BRD-Polizei in der letzten Zeit immer hemmungsloser schießt (siehe unseren nachfolgenden Artikel), sorgen aber auch „kleine Einbrecher" durch Mitführung von Waffen für ihren eigenen Schutz besser vor.

Progromstimmung gegen links

Immer mehr wird der „politische Radikalismus" für die „Eskalation der Gewalt" verantwortlich gemacht. Der „politische Radikalismus" wird als „kriminell" bezeichnet und mit den „gewöhnlichen Verbrechen" in einen Topf geschmissen. In Wahrheit sei er aber noch gefährlicher, wie Chefredakteur Kremp in der „Welt" vom 21.1.72 meinte:

„Wir haben es primär nicht mit Kriminalität zu tun, sondern mit etwas ungleich Gefährlicherem: mit einer extremistischen Ideologie, die unter Umständen jede verbrecherische Handlung zu rechtfertigen, zu legitimieren bereit ist."

In der „Welt" vom 15. Januar machte Kremp den „Linksradikalismus" – denn der ist gemeint, wenn von „politischem Radikalismus" die Rede ist – sogar für angebliche Zunahme der „gewöhnlichen Kriminalität" verantwortlich:

„Während der Räuber Einbruch oder Überfall plant und ausführt, wird um ihn herum der Eigentumsbegriff, besonders die Kumulation von Eigentum, der Reichtum, das Eigentum an Produktionsmitteln, das Kapital, kritisiert, diffamiert, inkriminiert. Dieser Geist – es ist der Geist einer Epoche – übt Einfluß aus. Bankräuber sind in der Regel keine Revolutionäre. Aber sie merken durchaus, wenn ihre Betätigung auf einmal sozialrelevant und nicht mehr nur kriminell eingeschätzt wird."

Kremp stellt die Tatsachen völlig auf den Kopf. Der Räuber, der zu seiner persönlichen Bereicherung eine Bank überfällt, findet seine „Beeinflussung" nicht durch den „Geist unserer Epoche", als welcher der Kommunismus gemeint ist, sondern durch die Ideologie des Kapitals. Er tut das im kleinen, was die Kapitalisten im großen und natürlich mit weitaus galanteren und leiseren Mitteln tun: **widerrechtliche private Aneignung der von der Gesellschaft geschaffenen Produkte.**

Der Münchner Polizeipräsident Schreiber beläßt es nicht nur dabei, die „Eskalation der Gewalt" den „Linksradikalen" zuzuschreiben. Schreiber erfindet eine neue „Kollektivschuld" der ganzen „Gesellschaft". Letztlich beabsichtigt er damit, eine Pogromstimmung gegen die „linken Gewaltprediger" zu schaffen, eine Volksaufhetzung, die zu nichts anderem als einer neuen Lynchjustiz „im Namen der Gesellschaft" führen kann:

„Neben der allgemeinen Brutalisierung unseres Lebens, für die es zahlreiche und bekannte Gründe gibt, spielt zweifellos ein Umstand eine entscheidende Rolle: der Umstand nämlich, daß sich unsere Gesellschaft nicht geschlossen zu einer Verurteilung der Gewalt bereit findet. Mehr noch: die Gewalt wird in der Bundesrepublik teilweise sogar massiv verherrlicht, besonders dann, wenn sie politisch motiviert wird."

(„Bild am Sonntag", 5.3.72)

Die Erklärung von Schreiber ist obendrein äußerst zynisch. Denn vor allem ist es der Staat, der ein Gewaltmonopol darstellt, das stän-

Forts. nächste Seite

Eskalation der Gewalt?

Forts. von Seite 5

dig weiter ausgebaut wird und immer mehr zum Einsatz kommt. Und dieser Staat befindet sich in den Händen der Bourgeoisie. Imperialistische Raubkriege, Niederschlagung von Aufständen und Streiks, Polizeieinsatz gegen Demonstrationen und Besetzungen, Verfolgung und Ermordung von sozialistischen Revolutionären, Unterdrückung der politischen Bewegungsfreiheit im Betrieb, mörderische Arbeitshetze und Akkordschinderei, schlechte und teure Wohnverhältnisse für die Arbeiterfamilien, arbeiterfeindliche Gesetzgebung, zunehmende Brutalität des Polizeiapparats auch gegen „kleine Ganoven" – das ist die politisch motivierte Gewalt der Bourgeoisie zur Aufrechterhaltung ihrer Ausbeuterherrschaft.

„Bild", 4.8.71

Kriminelle!

Sie wollen große Politik betreiben. Sie wollen die Fahrpreise abschaffen. Sie tun so, als wollten sie dem Bürger helfen — diese jungen Anarchisten aus dem linken Bomber-Lager. Und nachts werfen sie Molotow-Cocktails, um die Verkehrsmittel eben dieser Bürger zu zerstören. Kein Wunder, daß die Hamburger diesen Radikalinskis nicht folgen. Denn die Hamburger wissen: Die Null-Tarif-Bomber verdienen nur eine Bezeichnung: Kriminelle! Ernst Lütcke

Nach der Fahrpreiserhöhung des Hamburger Verkehrsverbundes am 1.8.71 wurden einige Anschläge auf das Stromnetz der U-Bahn verübt, die zumeist entdeckt werden konnten, bevor sie wirksam wurden. Täter hat die Polizei nie fassen können. Dennoch wurde sofort die Linke beschuldigt, weil es vor dem 1.8. Protestdemonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhung von dieser Seite gegeben hat.

Wenn sich dagegen jemand zur Wehr setzt, so hebt die ganze reaktionäre Presse ein fürchterliches Geschrei an: Sie sind Anhänger der Gewalt! Sie verherrlichen die Gewalt! Sie richten den Staat zugrunde!

Was wird diesen Bütteln des Kapitals erst der Schreck in die Knochen fahren, wenn sich die Mehrheit der Arbeiter gegen seine Ausbeuter und Unterdrücker erhebt! Heute sind es noch kleine Zirkel, in denen sich erst ein sehr geringer Teil der bewußtesten Arbeiter und einige sozialistische Intellektuelle zusammengeschlossen haben. Gegenwärtig stellen diese noch gar keine Gefahr für die Kapitalherrschaft dar.

Nützt es den werktätigen Massen, „die Gewalt" zu verurteilen? Die Bourgeoisie läßt sich dadurch in der Ausübung ihrer Gewalt nicht beeindrucken. Sie wird gerade dann, wenn sie auf nur geringen Widerstand unter den Arbeitern hoffen kann, zu noch größerer Auspressung und Entrechtung der Arbeiter schreiten. Das ist zur Zeit der Fall. Aber die Arbeiter und ihre Verbündeten werden angesichts ihrer sozialen und politischen Lage auch in der Bundesrepublik letztlich keine andere Wahl haben, als der reaktionären Gewalt des kapitalistischen Staats die revolutionäre Gewalt des proletarischen Klassenkampfs entgegenzusetzen. Deswegen verherrlichen sie nicht „die Gewalt", sondern sie tun nur das, was zu ihrer eigenen Befreiung unbedingt notwendig ist, ohne das es keine Befreiung von der Herrschaft des Kapitals geben wird.

Spaltung der Arbeiterklasse

Vor einem solchen Aufschwung der sozialistischen Bewegung unter den Arbeitern will das Kapital sich schützen. Durch die Propagandakampagne über die „zunehmende Gewalttätigkeit", die der gegenwärtigen Situation in Westdeutschland überhaupt nicht entspricht, will der Staat eine bürgerliche Front gegen die ersten Ansätze einer neuen kommunistischen Orgänisierung innerhalb der Arbeiterklasse aufreißen. Die Arbeiter und die anderen Werktätigen sollen gegen ihre eigenen Interessen nach Abschaffung der Herrschaft des Kapitals mobilisiert werden. Über die Demagogie, die Kommunisten seien für die „Eskalation der Gewalt" verantwortlich, hinaus, scheinen der Bourgeoisie aber auch noch andere Lügen sehr geeignet, um die Arbeiter gegeneinander auszuspielen und aufeinander loszuhetzen. Ein besonders beliebtes Mittel ist es ihr gegenwärtig, die ausländischen Arbeiter und ihre Organisationen in der Bundesrepublik als „sicherheitsgefährdend", „gewalttätig" und „kriminell" zu beschimpfen (diesem Thema werden wir uns in einer der nächsten Ausgaben des ARBEITERKAMPF noch besonders zuwenden). Die Arbeiter sollen ihren Feind in den eigenen Reihen und nicht auf der anderen Seite der Klassenfront suchen. Die heutige Propaganda der bürgerlichen Presse in dieser Richtung trägt bereits wieder unverkennbar faschistische Züge.

Ausbau des Staatsapparats

Weiterhin schafft sich das Kapital durch eine solche Pressekampagne die Legitimation für den weiteren Ausbau seines Herrschaftsapparats zu holen:

Die westdeutsche Polizei ist bereits die einzige in Europa, die über Explosivwaffen und in den Pionierzügen der Bereitschaftspolizei sogar über Sprengmittel verfügt („Zeit-Magazin", 10.9.71). Nach einem Plan des nordrhein-westfälischen Innenministers Weyer sollen in NRW jetzt 500 Scharfschützen ausgebildet und bereitgestellt werden: bei jedem Polizeipräsidium 15 – 20, bei jeder Polizeidirektion 10 und bei jeder Oberkreisdirektion je nach Größe 4 – 10. Polizeipräsident Schreiber will jeden 5. Polizeibeamten Münchens in der „variablen Handhabung" von mehreren Waffen (einschließlich MP) mit „Übergang zum Hüft- und Weaver-Schuß" ausbilden lassen. Eine Spezialeinheit der baden-württembergischen Kripo soll zur Schießausbildung nach FBI-Methodik in die USA reisen. Bereits Anfang des Jahres hat eine dreimonatige Sonderschulung der ersten 24 Beamten in Freiburg stattgefunden. Was dort gelernt wurde, führte einer der Beamten am 2. März bei der Erschießung des Genossen Thomas Weisbecker in Augsburg vor.

1969 wurden im Bundestag Pläne zur Vorbeugehaft diskutiert, die dann aber wegen zu starker Erinnerung an die Nazi-Zeit zunächst wieder in die Schubladen verschwanden. Jetzt werden diese Pläne unter der neuen (und wie man meint: weniger „anrüchigen") Vokabel „Haftgrund der Wiederholungsgefahr" wieder aufgetischt. Der CDU-Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz will die umbenannte Vorbeugehaft angeblich deshalb einführen, „um dem immer stärker werdenden Rockerunwesen mit Nachdruck entgegentreten zu können", Wie der „Spiegel" am 27. September 1971 allerdings feststellte, sind „in den vergangenen zwölf Monaten... Rokker-Aktivitäten deutlich zurückgegangen". Der neue Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, CDU-Benda, ist da schon aufrichtiger. Er kündigte an, daß Delikte wie „Landfriedensbruch" und „verfassungsfeindliche Sabotage" unter den „Haftgrund der Wiederholungsgefahr" fallen sollen: „Es besteht die Gefahr, daß radikale und fanatisierte Terrorgruppen aus politischen Motiven diese Straftaten künftig serienmäßig begehen werden." („Spiegel", 27.9.71). Benda sagt auch offen, daß dazu nicht einmal Beweise vorliegen müssen: „Mir genügt der dringende Verdacht, daß er (der „Täter"; AK-Red.) mindestens zwei Straftaten begangen hat, plus die dringende Gefahr, daß es zu einer Wiederholung kommen wird." („Spiegel", 6.9.71).



Einen solchen „dringenden Verdacht" und „dringende Gefahr" können Leute wie Benda sehr leicht konstruieren. Solche Fähigkeiten liegen in ihrem Amt.

Die Verschärfung auch des übrigen Haftrechts, Verschärfung der Grenzkontrollen, Ausbau des Bundesgrenzschutz, massenhafte Hausdurchsuchungen, stärkere Telefonkontrollen, Notstandsübungen der Polizei (siehe letzte Ausgabe des AK), usw. sind weitere Maßnahmen, die in der Öffentlichkeit mit der „wachsenden Kriminalität" und dem „linksradikalen Terror" begründet werden.

Das sind die Perspektiven, die die Bourgeoisie der werktätigen Bevölkerung mit ihrer augenblicklichen Kampagne gegen die „zunehmende Gewalttätigkeit" bietet!

Immer zielstrebiger arbeitet die Bourgeoisie auf den Einsatz von Militär gegen streikende und demonstrierende Arbeiter hin, der 1968 in den Notstandsgesetzen juristisch „abgesichert" wurde.

Der Bonner Oberregierungsrat Siedschlag drohte:

„Es ist nicht möglich, einerseits mit einer Polizei auszukommen, die lediglich den Erfordernissen des normalen polizeilichen Alltags gewachsen ist, und andererseits die Bundeswehr nur im äußersten Notfall heranzuziehen. Eine im Hinblick auf Krisensituationen ausbildungs-; ausrüstungs- und bewaffnungsmäßig schwache Polizei setzt zwangsläufig die Schwelle für einen Bundeswehreinsatz herab!"
(„Die Polizei", 7/71)

ES IST DIE BOURGEOISIE, DIE DIE ESKALATION DER GEWALT BETREIBT!



Geplanter Terror

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" offenbarte am 17.3.72 in einem Kommentar:

„Anders als in Frankreich oder England stehen bei uns weder paramilitärische Polizeikräfte noch Berufsarmee-Einheiten bereit, die geeignet wären, einzuspringen, ohne schon am ersten Tag innenpolitisches Porzellan zu zerschlagen. Die Frage ist, wie man mit Maßen die Absicherung des inneren Friedens betreibt und zugleich jener Zuneigung zur Gewalttätigkeit, die sich sympathisierend in den Köpfen einnistet, entgegenwirkt. Das sind Führungsaufgaben. In die Arbeit unserer nichtmilitärischen Ordnungshüter müssen wir derweil ein geduldiges Vertrauen setzen."

Die Bourgeoisie geht planvoll und „behutsam" vor. Ihre Ideologen bemühen sich, den reibungslosesten Weg zur terroristischen Unterdrükkung der Arbeiterklasse auszutüfteln. Der kommunistischen Bewegung („Zuneigung zur Gewalttätigkeit") muß „entgegengewirkt" werden. Aber dabei soll der Staat aufpassen, daß er seine Methoden nicht von Anfang an zu rüde wählt. Sonst kann es passieren, daß der „innere Friede" nicht „abgesichert" bleibt. Mit anderen Worten: die Arbeiter sind auf zu großen Terror des Staates „ideologisch noch nicht genügend vorbereitet" und könnten sich zu leicht empören, wenn der Staat unvorsichtig vorgeht. Die FAZ klagt nicht gegen einen möglichen Einsatz von Militär. Sie befürchtet nur, daß „schon am ersten Tag innenpolitisches Porzellan . . . zerschlagen" werden könnte. Das Militär muß noch dazu „geeignet" gemacht werden, daß sein mögliches „Einspringen" so abgewickelt wird, daß die Arbeiter dabei ruhig bleiben!

KONTAKTADRESSEN DES KB

BREMERHAVEN: Arbeiterbuch Pol. Buchhandlung, 285 Bremerhaven, Bürger 198", tgl. 9.30 – 18,30 Uhr, Tel. 41 24 54

EUTIN: H. Lankau, 242 Eutin - Großmeinsdorf

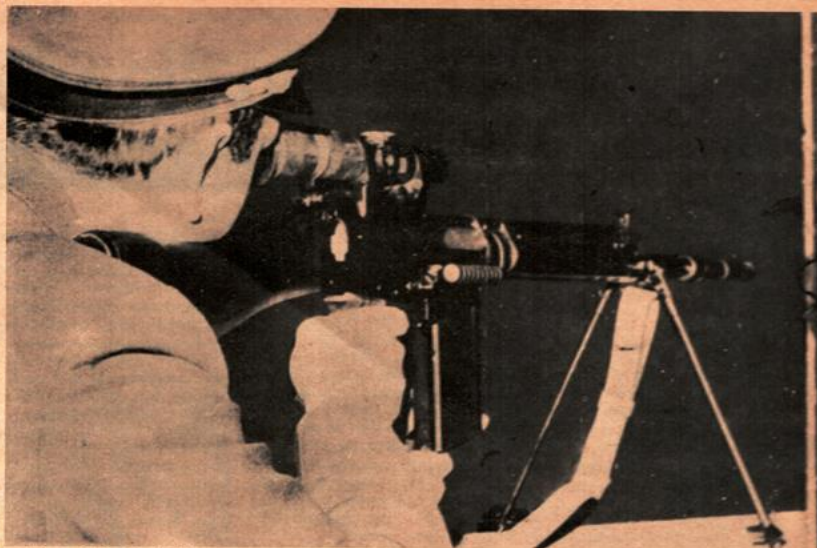
FLENSBURG: M. Göhler, 239 Flensburg, Postfach 459

FRANKFURT: D. Müller, 6232 Bad Soden, Postfach 1371, Tel. 0611 / 55 80 72, Di. 17.30 – 19 Uhr, Fr. 17 – 20 Uhr

HAMBURG: Arbeiterbuch, Pol. Buchhandlung, 2 HH 13, Grindelhof 45, Tel. 45 38 01, tgl. 9 – 18.30 Uhr

OLDENBURG: D. Seidel, 29 Oldenburg, Ziegelhofstr. 37, Tel. 1 08 88, Mi. 17 – 18 Uhr.

Scharf und schnell


Frankfurter Polizeichef Schütze

Münchens Polizeipräsident Schreiber, der am 5. August 1971 die Erschießung des Bankräubers Rammelmayr befehligte, erklärte vor kurzem:

„Polizisten, die mit gezogenen Waffen Autofahrer kontrollieren oder verdächtige Personen überprüfen, werden in Zukunft bei uns ein fast alltägliches Bild sein. Das mag martialisch aussehen. Aber wir machen in keiner Weise in Panik, und es wird auch niemand befürchten müssen, daß unsere Polizisten in Zukunft zu schnell schießen.“
(„Bild am Sonntag“, 5. 3. 72)

Schreiber hat in einem Punkt sicher recht: Die Polizei in unserem Land wird nicht erst in Zukunft zu schnell schießen, sie tut es bereits! Wir haben uns die Mühe gemacht, mal eine Liste aus der letzten Zeit zusammenzustellen, die beileibe (und leider Gottes!) noch lange kein vollständiges Bild des Schußwaffengebrauchs der Polizei gibt. Gegenüber dem Schußwaffengebrauch der Verbrecher werden die Polizeischüsse nur allzu gern von der Presse verschwiegen oder in den Hintergrund anderer „Sensationsnachrichten gedrängt.

* In der Nacht zum 31. Januar 71 erschoß der Westberliner Polizeiobermeister Horst Salzwedel einen gestellten Autodieb durch einen aufgesetzten Genickschuß (!), obwohl dieser bereits von den Insassen des gestohlenen Wagens festgehalten wurde.
* Am 15. Juli 1971 wurde Petra Schelm nach heftiger Verfolgungsjagd in einem Feuergefecht mit der Polizei durch einen gezielten Kopfschuß aus einer Maschinenpistole getötet.
* Bei einem Banküberfall auf die Filiale der Deutschen Bank in München wurde am 5. 8. 1971 der Bankräuber Rammelmayr durch MP-Garben erschossen. Seine Geisel Ingrid Reppel kam ebenfalls bei der Schießerei ums Leben.
* Am 18. 8. 71 erschoß die Polizei in Mannheim nach einem fingierten Rauschgift-Geschäft den flüchtenden Griechen Elefterius Kapotas. In der „FR“ vom 19. 8. 71 heißt es: „Plötzlich sei der Flüchtende stehengeblieben und habe einen herankommenden Polizisten mit einem Messer bedroht. Der Polizist schoß auf den Griechen und traf ihn in die Brust. Der 32-jährige starb auf der Stelle.“
* Am 25. 10. 1971 erschoß ein Zivilbeamter der Polizei den portugiesischen Gastarbeiter Jose Ferreira. Der Polizeimeister fühlte sich bedroht und glaubte in Notwehr zu handeln. Einem anderen Arbeiter schoß der Polizeibeamte durch einen Oberschenkel, ein dritter bekam einen Streifschuß am Kopf.
* Am 10. 11. 71 wurde ein Lastwagenfahrer in Sinsheim, Baden-Württemberg, durch einen gezielten Kopfschuß aus einer Maschinenpistole getötet. Er hatte mit einem (wie später bekannt wurde: gestohlenem) Lastwagen bei einer Polizeikontrolle nicht gehalten. Der Wagen wurde durch Schüsse in den Reifen zum Stehen gebracht, worauf der Fahrer flüchtete. Polizeioberrat Koch erklärte: „Einer der Polizeibeamten glaubte, daß sein Kollege in unmittelbarer Lebensgefahr sei.“ Deshalb gab er aus seiner MP einen einzelnen, gezielten Schuß ab.
* Am 4. Dezember 71 wurde Georg von Rauch von einem Westberliner Polizeibeamten durch einen Kopfschuß getötet.
* Am 30. 12. 71 wurde ein 29-jähriger Geisteskranker, der in einen Sex-Laden eingebrochen war, durch Brust- und Lungenschüsse getötet. Die Polizeidirektion teilte mit: „Notwehr.“
* Der 18jährige Robert Neumann, der an Sylvester 71 in Hamburg betrunken randaliert haben soll, so daß zwei Polizisten ihn auf die Wache bringen wollten, wurde von diesen so stark gebändigt, daß er noch vor dem Abtransport starb. Obduktionsbefund: „äußere Gewalt-Einwirkung auf die Atemorgane am Hals.“
* Bei einem Banküberfall in Bremen am 4.2.72 wurde ein Polizeibeamter lebensgefährlich verletzt. Der Seemann Lothar Höld, der in die Bank eingedrungen war, wurde ebenfalls am Kopf verletzt. Beide Verletzungen gehen auf das Konto der Polizei, die insgesamt 58 Maschinenpistolenschüsse abgegeben hatte. Höld hatte einmal gefeuert.
* Am 5. Februar 1972 wurde ein Einbrecher in einem Gartenhaus in Nürnberg von einer Polizeistreife überrascht und – wie es hieß – in „Notwehr“ erschossen. Der Einbrecher soll den Polizisten mit einer Eisenstange bedroht haben.
* Nach einer wilden Verfolgungsjagd wurde der 17-jährige Mechanikerlehrling Richard Epple in der Nacht zum 2.3.72 in Herrenberg (Baden-Württemberg) durch eine MP-Garbe durchlöchert. Der Lehrling hatte sich einer Polizeikontrolle entzogen, weil er keinen Führerschein besaß. Die Obduktion stellte 7 Schüsse in seinem Körper fest. Zehn Kugeln aus der Polizei-MP schlugen in ein Wohnhaus ein – eine davon ins Schlafzimmer und eine ins Wohnzimmer.
* Am 2. März 1972 wurde in Augsburg Thomas Weisbecker von einem Zivilbeamten erschossen. Der Zivilpolizist gehörte zu einer Sondereinheit von Todesschützen, die nach FBI-Muster auf Schießen aus der Hüfte gedrillt werden.
* In der Nacht zum 8.3.72 wurde auf der Autobahn Hamburg-Bremen ein Auto mit holländischen Touristen beschossen, weil ein Polizist „irrtümlich angenommen“ hatte, es handle sich um „Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe“ Ein Blinken im Rückspiegel will er für das Mündungsfeuer einer auf ihn gerichteten Pistole gehalten haben. Das Auto der Holländer wurde von drei Kugeln getroffen. Glücklicherweise wurde aber keiner verletzt.
Die Schwedische Zeitung „Dagens Nyheter“ warnte nach diesem Vorfall alle Touristen: „Überschreiten sie in der Bundesrepublik nicht die Höchstgeschwindigkeit. Machen sie bei Polizeikontrollen keine schnellen Handbewegungen, denn man könnte meinen, sie würden eine Waffe ziehen. Sie riskieren erschossen zu werden. Denn in letzter Zeit schießt die deutsche Polizei sehr schnell.
* Am 11.3.72 wurde der Grieche Savvas Nikolaou in Göppingen (Württemberg) durch einen Kopfschuß lebensgefährlich verletzt. Der Grieche hatte die Polizei zu sich gebeten, weil er erpreßt wurde und sich bedroht fühlte. Als der Polizist kam, will er eine Taschenlampe in der Hand von Nikolaou für eine Pistolegehalten haben und schoß.
* In der Nacht zum 14.3.72 wurde in Bremen ein Einbrecher erschossen, nachdem er eine Gaspistole auf einen von drei Kriminalbeamten gerichtet haben soll. ■

Gekaufter »Terror«



Rocker-Report in „Quick“: Presseleute besorgten Pistolen

Bei ihren Versuchen, der werktätigen Bevölkerung mit der „Welle der Gewalt“ das Gruseln zu lehren, ist der Bourgeoisie und ihren gedungenen Schreiberlingen jedes Mittel recht, wenn es nur den gewünschten Zwecken dient.

In ihrer Ausgabe 10/72 brachte die Illustrierte „Quick“ des Heinrich Bauer-Konzerns einen fünfseitigen „Report“ über den „Rockerterror in Deutschland“.
Schlagzeile auf dem Titelblatt:
„Rocker-Terror in Deutschlands Städten: Jetzt prügeln sie uns schon am hellen Tage“
Schlagzeile im Inneren des Blattes:
„Jetzt lernen die Rocker schießen!“
Was es damit auf sich hatte, enthüllte die Zeitschrift „konkret“ am 6. April:

Für ein Honorar von 150 bis 200 Mark engagierte „Quick“ eine Rocker-Gruppe aus München. Einzige Bedingung: Lederjacke und lange Haare.

Einer der angeheuerten Rocker sagte später zu „konkret“:

„Die Presseleute haben für uns schwere Maschinen besorgt. Schwere BMW. . . . Die Typen haben gesagt, sie brauchen uns mit Pistolen und Revolvern.“

„Quick“ besorgte Spielzeugrevolver und fuhr mit den Rockern in eine Kiesgrube. Dort wurden Flaschen für Zielübungen aufgestellt. Die Rocker posierten für den Fotografen, während der Textreporter mit Steinen auf die Flaschen warf. Ein Rocker zu „konkret“:

„Damit der Kies aufspritzt und man glaubt, es wird geschossen.“

Zu derartig eindrucksvollen Fotos konnte man dann Horror-Geschichten wie folgt lesen:

„Der Kerl fährt ohne Licht, dachte Rocker Joe. So 'ne Sauerei, den Misthund mach' ich fertig. Er drosselte das Tempo der 750er Honda, zog den Neun-Millimeter-Trommelrevolver aus seiner Lederjacke und schoß. Rocker Joe schoß viermal auf den Radfahrer. Der alte Mann schwankte, stieg vom Rad – er war unverletzt. Ängstlich kam er auf Joe zu. ‚Willst du ein Bier?' fragte er zitternd, denn er hatte Angst.“

Ein Polizeisprecher mußte später zugeben:

„Die Geschichte vom Rocker Joe, der auf einen alten Mann schießt, kann auf gar keinen Fall bestätigt werden. Inwieweit sich Schußwaffen im Besitz von Rockern befinden, bedarf noch der Klärung. Es dürften mehr sein, als beim gleichen Prozentsatz der sogenannten normalen Bevölkerung, aber bestimmt nicht alarmierend mehr.“

Ein anderes Beispiel: in der „Quick“ erschien ein Foto mit einem umgefallenen Grabstein. Rokker „Blues“ dazu in seinem Gespräch mit „konkret“:

„Am anderen Tag haben die Reporter gesagt, wir sollen mal durch den Ostfriedhof gehen. Nur so, für ein paar Fotos. . . . Die haben immer gesagt, wir sollen halt was machen. Nichts Genaues, oder so. Dann ist halt der eine raufgeklettert, und das Ding ist umgefallen.“

Die Bauer-Illustrierte brachte das Foto aber mit folgender Unterschrift:

„Und nicht einmal Friedhöfe sind vor ihnen sicher. Von den Gräbern stehlen sie Einfassungsketten – als Waffen.“

Gekaufter „Terror“, redlicher Journalisten – im Dienste des Kapitals! ■

Gegen die schrittweise Faschisier

Fortsetzung aus Arbeiterkampf 17

Nach 1945: Der Zug fährt in die falsche Richtung

Der deutsche Imperialismus, der nach der führenden Stellung in der Welt gegriffen hatte, wurde im Krieg 1939 – 45 von der Roten Armee der Sowjetunion und den Armeen der Westmächte geschlagen und scheinbar vernichtet.

Aber dieser Krieg hatte zwei Aspekte. Er war auf der einen Seite ein Krieg zwischen Imperialisten um die Aufteilung der Welt. Er war aber auf der anderen Seite, nachdem 1941 faschistische Truppen die Sowjetunion überfielen, auch ein Krieg zwischen Imperialismus und Sozialismus.

Dieser Doppel-Charakter des Krieges 1939 – 45 führte zu einer vorübergehenden Allianz imperialistischer Staaten mit der Sowjetunion. Nachdem der Grund dieses Bündnisses – nämlich der deutsche Faschismus – geschlagen war, fiel auch das Bündnis wieder auseinander.

Die imperialistischen Mächte, mit den USA an der Spitze, die nun die Nachfolge Hitler-Deutschlands antraten, kehrten zu ihrer alten Politik der offenen Feindschaft gegen den Sozialismus, gegen die Sowjetunion zurück.

Auf den Konferenzen der Kriegsgegner Hitler-Deutschlands in Jalta und Potsdam war der Aufbau eines demokratischen Deutschland vereinbart worden, in dem die großen Konzerne in die Hand des Volkes gelegt werden sollten und in dem die großkapitalistischen Kriegstreiber für immer von der Macht ferngehalten sein sollten.

Für seine nach 1945 eingeschlagene Politik jedoch konnte der US-Imperialismus ein solches Deutschland nicht brauchen. Was er brauchte, war genau das Gegenteil der Vereinbarungen von Jalta und Potsdam: nämlich ein Deutschland unter der Herrschaft der wiederhergestellten Kriegsverbrecher-Konzerne, ein wiederbewaffnetes Deutschland als Teil einer antisozialistischen, antisowjetischen Front.

Der US-Imperialismus konnte schon nicht mehr verhindern, daß in einem Teil Deutschlands, nämlich in der Sowjetischen Besatzungszone eine neue Gesellschaftsordnung entstand, in der Faschismus und Kapitalismus verbannt wurden.

Aber im anderen Teil Deutschlands, in den westlichen Besatzungszonen, ging der US-Imperialismus an die Verwirklichung seiner Pläne. Er spaltete zu diesem Zweck Deutschland, indem er die ursprünglich als provisorisch geplante Teilung Deutschlands durch die Gründung der Bundesrepublik 1949 zementieren ließ. Kriegsverbrecher aller Art wurden amnestiert und rückten erneut in Führungspositionen der Wirtschaft und des Staatsapparates auf. Die westdeutsche Wirtschaft erhielt erhebliche Unterstützung zum zügigen Wiederaufbau.

Welche Lage ergab sich nach 1945 für den Klassenkampf in der Bundesrepublik?

Die Kapitalisten hatten ihre wirtschaftlichen und politischen Positionen in einem großen Teil Deutschlands vollständig eingebüßt, nämlich in der Sowjetischen Besatzungszone (spätere DDR) und in den Gebieten östlich der Oder-Neiße, die zu dieser Zeit unter polnischer Verwaltung standen und später Teil der VR Polen geworden sind.

In den westlichen Besatzungszonen waren zwar große Teile der Industrie zerstört. Allerdings waren wichtige Großbetriebe, wie z. B. die chemischen Werke Ludwigshafen (jetzt BASF) und die Hochöfen des Ruhrgebiets offenbar bewußt bei den Bombenangriffen geschont worden. Eine Untersuchung kam daher schon 1946 zur Einschätzung, daß etwa 75 % der westdeutschen Industrie „intakt oder unschwer wiederherzustellen" seien.

Die Macht in den westlichen Besatzungszonen wurde zunächst von den Besatzungsbehörden ausgeübt. Diese setzten aber recht bald die Kapitalistenklasse und deren alte Handlanger in Eigentum und Amt wieder ein. Äußerer Abschluß dieser Etappe war die Gründung der Bundesrepublik 1949.

Außenpolitisch war die Stellung des deutschen Imperialismus schwer erschüttert, und ebenso im Welthandel. Unter den Imperialisten der anderen Länder gab es vorübergehend Tendenzen, den deutschen Imperialismus überhaupt als Konkurrent auf dem Weltmarkt für alle Zeiten auszuschalten. 1945/46 wurde allerdings klar, daß sich das Interesse an einem wirtschaftlich und politisch starken deutschen Imperialismus als Verbündeter im Kampf gegen die Sowjetunion, gegen den Sozialismus, durchsetzte.

Der Imperialismus in Deutschland war also angeschlagen. Aus einem Teil Deutschlands war er vertrieben worden. Er hatte aber die wirtschaftlichen und politischen Kräfte auf seiner Seite, um mit Unterstützung des US-Imperialismus in



KPD-Demonstration gegen den Generalvertrag 1952

den westlichen Besatzungszonen seinen alten Einfluß wiederherzustellen.

Die Arbeiterklasse Deutschlands hatte im Krieg 5-6 Millionen Menschen verloren. Der bewußteste Teil der Arbeiterklasse, in erster Linie die Kommunisten, war in den faschistischen KZ's und Zuchthäusern nahezu ausgelöscht worden. Der Faschismus hatte gerade die erfahrensten proletarischen Kader systematisch vernichtet. Von den Überlebenden war ein großer Teil körperlich ruiniert und seelisch demoralisiert, für den Kampf des Proletariats weitgehend verloren.

Es ist daran zu erinnern, daß die deutsche Arbeiterklasse in der Vergangenheit einen sehr hohen Grad politischen Bewußtseins gehabt hatte. Heftige Klassenkämpfe während der ganzen Zeit 1918-33 hatten wichtige Erfahrungen und ein klares Verständnis von der Menschenfeindlichkeit und Überlebtheit des Kapitalismus geschaffen.

Dieses politische Bewußtsein war 1945 kaum noch vorhanden. Faschismus und Krieg hatten die Arbeiterbewegung um Jahrzehnte zurückgeworfen. Relativ zur Bourgeoisie war die Arbeiterklasse viel schwächer als vor der Nazi-„Machtergreifung" 1933.

Verglichen mit den Jahren des Faschismus allerdings hatte sich die Situation der Arbeiterklasse erheblich verbessert. Die demokratischen Rechte des Streiks, der Rede- und Versammlungsfreiheit u.a. m. konnten wieder wahrgenommen werden. Das faschistische Gesetz „zur Ordnung der nationalen Arbeit" von 1934 und ähnliche Gesetze waren gefallen. Es gab recht und schlecht sogar wieder eine legale Kommunistische Partei mit Möglichkeiten der Agitation und Propaganda. In den Betrieben konnten z. T. weitgehende Mitbestimmungsrechte durchgesetzt werden.

Ziel der kapitalistischen Politik war es, die Arbeiterklasse wieder zurückzudrängen, die von den Arbeitern errungenen Rechte einzuschränken und in einem Zustand weitgehender innenpolitischer Ruhe ihren früheren wirtschaftlichen und politischen Einfluß nach innen und außen wiederherzustellen.

Abbau errungener Rechte im Betrieb, Freilassung von Kriegsverbrechern, das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 und die Wiederaufrüstung Mitte der 5oer-Jahre riefen immer wieder Streiks und Demonstrationen der Arbeiterklasse hervor. So nahmen z. B. mehr als 2 Millionen Menschen an Streiks und Demonstrationen gegen das arbeiterfeindliche Betriebsverfassungsgesetz teil. 150 000 demonstrierten in Hamburg, jeweils 80 000 in Dortmund und Nürnberg.

Eine ähnliche Massenbewegung gab es zu Ende der 5oer Jahre gegen die Stationierung von Atomwaffen in der Bundesrepublik.

Diese Auseinandersetzungen waren aber schon nur mehr reine Verteidigungskämpfe; sie waren nicht gerichtet auf die Erkämpfung neuer sondern ausschließlich auf Verteidigung alter Positionen der Arbeiterklasse.

Die Kapitalistenklasse setzte ihre innenpolitischen Absichten Schritt um Schritt durch. Letzten Endes führten die politischen Kämpfe der Arbeiterklasse in jenen Jahren zu Niederlagen. Betriebsverfassungsgesetz und Remilitarisierung, die allseitige Restauration des deutschen Imperialismus in der BRD, wurde gegen den Willen der Arbeiterklasse erzwungen. Dabei kam es den Kapitalisten zugute, daß die Arbeiterklasse in den Spitzen von SPD und DGB keine konsequenten Führer ihrer wirtschaftlichen und politischen Kämpfe, sondern von den Kapitalisten bezahlte Streikbrecher hatte.

Das KPD-Verbot

Das Kräfteverhältnis verschob sich immer stärker zugunsten der Kapitalisten. Indem die Arbeiterbewegung Niederlagen erlitt und ihre Kämpfe an Schwung verloren, konnten die Kapitalisten nun auch daran gehen, die letzte antikapitalistische Organisation der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei, auszuschalten. 1956 wurde die KPD verboten, nachdem sie seit 1950 durch Verbot der FDJ und ständige Repressalien immer mehr ins Vorfeld der Illegalität abgedrängt worden war und nur noch beschränkt legal wirken konnte.

Das Verbot traf die KPD tödlich. Hatte sie ohnehin seit 1949 ständig an Mitgliedern, Wählern und Sympathisanten verloren, so verschwand sie nach dem Verbot völlig von der Bildfläche, spielte keine Rolle mehr in der westdeutschen Arbeiterbewegung.

Im Urteil gegen die KPD vom 17. August 1956 heißt es:

- 1. Die KPD ist verfassungswidrig
- 2. Die KPD wird aufgelöst
- 3. Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die KPD zu schaffen oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzusetzen.

Das Gericht ging davon aus, daß die KPD auf der Grundlage der Theorie von Mrax, Engels, Lenin und Stalin die Errichtung einer „sozialistisch - kommunistischen" Gesellschaftsordnung auf dem Wege über die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats anstrebt. Das Gericht faßte die grundsätzliche Entscheidung, daß diese Ziele - proletarische Revolution und Diktatur des Proletariats - unvereinbar seien mit der sogenannten „freiheitlich demokratischen Grundordnung".

Es liegt auf der Hand, daß damit jede Organisation verboten werden könnte, die sich das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft gestellt hat.

Das Gericht ging in seiner Auslegung aber noch erheblich weiter. Es behauptete nämlich, für die „Verfassungswidrigkeit" sei nicht einmal eine tatsächliche Handlung („konkrete Aktion") notwendig. Ausreichend sei allein schon, „wenn der politische Kurs der Partei durch eine Absicht bestimmt ist, die grundsätzlich und dauernd tendenziell auf die Bekämpfung der freiheitlichen und demokratischen Grundordnung gerichtet ist."

Mit diesem Urteil über sogenannte „tendenzielle Absichten" bewegt sich das Bundesverfassungsgericht eindeutig auf dem Boden einer reinen Gesinnungsjustiz.

Wie soll denn entschieden werden, ob irgendjemand vielleicht im Kopf die Absicht zu irgendetwas hat? Das Gericht erklärte unverfroren:

„Eine Dokumentation der Zielsetzung in dem Sinne, daß alle Ziele schriftlich niedergelegt oder sonstwie fixiert sein müßten, verlangt Artikel 21 des Grundgesetzes nicht . . . im Einzelnen mag es schwierig sein, den wahren Inhalt der offenen und das Bestehen verborgener Ziele zu erkennen. Ohne weiteres leuchtet ein, daß Ziele, aus denen sich die Verfassungswidrigkeit einer Partei ergeben könnten, niemals offen verkündet werden."

Das bedeutet in klares Deutsch übersetzt: das Bundesverfassungsgericht braucht gar keine konkreten Beweise, keine tatsächlichen Handlungen, um eine Organisation oder Partei als „verfassungswidrig" zu verbieten. Der Spekulation über sogenannte „wahre Inhalte" und „verborgene Ziele" ist Tür und Tor geöffnet.

Noch größeren Spielraum für die Willkür der bürgerlichen Gerichte bietet die im KPD-Verbot von 1956 ausgesprochene Zusatzbestimmung, über das Verbot sogenannter „Ersatzorganisationen" der KPD. In einem Musterprozeß stellte der Bundesgerichtshof dazu fest:

„Eine Ersatzorganisation ist ein Personenzusammenschluß, der anstelle der aufgelösten Partei deren verfassungsfeindliche Nah-, Teil- oder Endziel ganz oder teilweise, kürzere oder längere Zeit örtlich oder überörtlich, offen oder verhüllt, weiter verfolgt oder verfolgen will."

Es liegt auf der Hand, daß ein derart weitgehend gefaßtes Urteil eine Waffe nicht nur gegen die KPD, sondern gegen alle fortschrittlichen Gruppierungen und Persönlichkeiten darstellt.

Hier seien nur einige Maßnahmen genannt, die während der 50er Jahre im Windschatten des KPD-Verbots von der CDU/CSU-Regierung gegen nichtkommunistische Demokraten und gegen Aktionen für die Erhaltung des Friedens durchgeführt wurden.

- Im März 1957 wurde der Sozialist Dr. Viktor Agartz verhaftet. Agartz war ehemaliger Leiter des gewerkschaftlichen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB in Köln gewesen. Von der DGB-Führung wegen seiner kritischen Tendenz gefeuert, hatte Dr. Agartz eine eigene sozialistische Zeitung herausgegeben. Ihm wurde nun 1957 vorgeworfen, für diese Zeitung Geld aus der DDR erhalten zu haben. Da dieser Vorwurf natürlich haltlos war, mußte Dr. Agartz im Dezember des Jahres freigesprochen werden. Der Zweck der Diffamierung aber war erreicht worden.
- Ebenfalls 1957 wurde die IG-Metall wegen angeblicher Verletzung eines Schlichtungsabkommens zu einem Schadenersatz in enormer Höhe verurteilt. Hintergrund war der Streik von 34.000 Metallern Schleswig-Holsteins, der mit größter Zähigkeit und Ausdauer vom 24. Oktober 1956 bis Mitte Februar 1957 geführt worden war. Dieses Urteil diente zur Einschüchterung der Arbeiter und zur noch engeren Fesselung der DGB-Führer an die Interessen des Großkapitals.
- Im April 1958 erklärte die CDU/CSU-Regierung den Gesetzentwurf der SPD zur Durchführung einer Volksbefragung über die Atombewaffnung für „verfassungswidrig". Dennoch beschlossen die SPD-Regierungen in den

ung von Staat und Gesellschaft

Bundesländern Hamburg, Bremen und Hessen die Durchführung dieser Befragung. Auf Antrag der CDU/CSU erklärte das Bundesverfassungsgericht am 30. Juli 1958 diese Befragung für „verfassungswidrig" und verfügte ihr Verbot.

Im KPD-Verbot gipfelte 1956 zunächst der Versuch der Kapitalisten jedes Wiedererwachen der Arbeiterbewegung, jedes Wiedererstarken ihrer Organisation im Keime zu ersticken.

Die Notstandsgesetze

Die Kapitalisten waren von Anfang an der Meinung, daß die Verfassung der Bundesrepublik nicht genug Spielraum lassen würde für eine Zeit verschärfter Klassenkämpfe. Sie wünschten sich mehr Vollmachten, wie sie z.B. die alte Weimarer Verfassung vorsah, mit der dann 1933 die faschistische Diktatur errichtet werden konnte – Verordnungen nämlich, mit denen die Kapitalisten im „Notfall" Gesetze außer Kraft setzen könnten, Streiks und Demonstrationen verbieten, diktatorische Regierungen einsetzen u.a.m.

Das Kräfteverhältnis, die relative Stärke der Arbeiterbewegung nach 1945 und während der ersten Hälfte der 50er Jahre ließen es zunächst nicht geraten erscheinen, offen mit den Plänen einer „Notstands-Gesetzgebung" aufzutreten.

Erstmals im Oktober 1958 forderte der damalige CDU-Innenminister Schröder auf einem Gewerkschaftstag der Polizei (!) in Stuttgart ein „umfassendes Notstandsrecht". Anfang 1960 legte Schröders Ministerium einen ersten Entwurf für eine entsprechende Korrektur des Grundgesetzes vor. Im Oktober 1962 – inzwischen war Höcherl (CSU) Innenminister geworden, folgte der zweite Entwurf. In den folgenden Jahren wurde zwischen CDU/CSU und SPD in geheimen Verhandlungen ein Entwurf erarbeitet, von dem angenommen wurde, daß er mit gütiger Hilfe der DGB-Führer keinen allzugroßen Protest der werktätigen Bevölkerung hervorrufen würde. Im Oktober 66 wurde die berüchtigte NATO-Übung „Fallex 66" durchgeführt. In „Fallex 66" wurden die Notstandsgesetze vorweggenommen. Minister Abgeordnete aller Parteien probten in einem atomsicheren Bunker den „Notstand".

Wenige Wochen später wurde der tatsächliche Notstand offenbar; die CDU/CSU-Regierung brach zusammen angesichts einer total gescheiterten Außenpolitik und der ersten großen Wirtschaftskrise seit 1945. Die SPD wurde in die Regierung mitaufgenommen, die „Große Koalition" mit Alt-Nazi Kiesinger als Kanzler wurde gebildet.

Nun ging es auch mit den Notstandsgesetzen zügig voran. Mitte 1968 waren sie über die parlamentarische Bühne gegangen. Die Gewerkschaftsführer, die bis zuletzt wortradikal ihre Ablehnung der Gesetze erklärt hatten, taten in Wahrheit alles, um es nicht zu Massenaktionen gegen die Notstandsgesetze kommen zu lassen.

Die Notstandsgesetzgebung sieht vor allem die folgenden Fälle vor:

Verteidigungsfall (Zustand äußerer Gefahr): ist gegeben, wenn der Bundestag mit Zweidrittel-Mehrheit (66 %) erklärt, „daß das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht", Ob gegebenenfalls ein „Angriff unmittelbar droht", liegt in der Willkür der Abgeordneten oder richtiger, der Parteiführungen, die ihrerseits Befehlsempfänger der Kapitalisten sind. Es sei hier nur daran erinnert, daß die faschistischen Angriffskriege gegen Polen 1939 und gegen die Sowjetunion 1941 ebenso mit einem angeblich unmittelbar drohenden Angriff dieser Länder begründet wurden.

Im Übrigen kann statt der Abgeordneten auch ein sogenannter „Gemeinsamer Ausschuß" der Parteien oder der Bundespräsident im Alleingang entscheiden, wenn der Bundestag nicht in der Lage oder nicht bereit ist, „sofort" den Notstand zu erklären.

Spannungsfall: kann ebenfalls vom Bundestag mit Zweidrittel–Mehrheit beschlossen werden. Der „Spannungsfall" ist im Gesetz nicht näher definiert. Spannungsfälle sind offiziellen Erklärungen zufolge vor allem internationale Krisen wie z.B. die Blockade Kubas durch die USA 1962, oder politische Unruhen in einem Nachbarland der Bundesrepublik (z.B. Mai 68 in Frankreich).

Innerer Notstand: ist gegeben im Falle einer „drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes".

Die Bundesregierung (bzw. die Länderregierungen) können danach eigenmächtig und ohne Befragen des Bundestages (bzw. der Länder-Parlamente) Polizei und Streitkräfte zur Niederschlagung des „inneren Notstands" einsetzen.

Im „Notstands"-Fall kann die Aufhebung der demokratischen Rechte ausgesprochen werden, wie etwa der Versammlungsfreiheit, der freien Wahl des Arbeitsplatzes und des Wohnorts, des Streikrechts, des Post- und Telefon-Geheimnisses.

Ausbeuter haben Angst

Die Jahre 1966/1967 leiteten eine Wende in der Politik des BRD-Imperialismus ein. Die Politik des „Kalten Krieges" war in jeder Hinsicht gescheitert. Für den BRD-Imperialismus wurde das besonders deutlich, als 1956 die arabischen Staaten den erpresserischen Versuch, eine Reise Ulbrichts nach Ägypten zu verhindern, mit Abbruch ihrer diplomatischen Beziehungen zur BRD beantworteten. Eine Fortsetzung dieser Politik hätte nur noch weiter in die Isolierung geführt, eine „neue Ostpolitik" wurde im Interesse der Kapitalistenklasse zwingend notwendig. Diese Politik konnte glaubwürdig nur von der SPD vertreten werden.

Weiterhin war der Mythos des kontinuierlichen „Wirtschaftswunders" zusammengebrochen, nachdem der westdeutsche Kapitalismus 1966/67 seine erste schwere wirtschaftliche Krise durchmachte. Die Krise selbst konnte noch relativ leicht überwunden werden, weil der BRD-Imperialismus seine Exporte erheblich steigern konnte und weil außerdem die DGB-Führung ein lohnpolitisches Stillhalten garantierte. Was sich aber hinter der Krise von 1966/67 abzeichnete, war eine allseitige Verschärfung der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Mächten im Kampf um die Absatzmärkte und von daher weit schwerere Krisen als diejenige von 1966/67. Somit zeichnete sich aber auch deutlich das Ende jener Periode ab, wo es den Kapitalisten gelungen war, die Klassenkämpfe durch eine relativ gute, zumindest erträgliche Lage der Arbeiterklasse zu dämpfen.



SALZ/KB-Demonstration gegen das KPD-Verbot 1971

Die Kapitalisten gingen angesichts dieser Perspektive zunächst den Weg von „Zuckerbrot und Peitsche." Außenpolitisch, indem sie die Politik der „Ostverträge" betrieben, während sie gleichzeitig die Rüstungsausgaben erheblich steigern ließen und den direkten Einfluß der Rüstungs-Industrie auf die Regierungs-Politik erhöhten. Innenpolitisch durch eine Lockerung des KPD-Verbots einerseits und durch Vorbereitung einer allgemeinen Unterdrückung der Arbeiterbewegung andererseits. Dies ist der Zusammenhang, in dem sowohl die Zulassung der DKP wie auch die Notstandsgesetze zu sehen sind – beides innerhalb weniger Monate des Jahres 1968.

Wie sehen die Kapitalisten der Bundesrepublik heute ihre Lage?

Otto A. Friedrich, einer der einflußreichsten Führer der Kapitalistenverbände, erklärte am 25. Januar dieses Jahres, „einigen wichtigen Institutionen" der Bundesrepublik drohe das „Schicksal, überrollt zu werden." „Überrollt" nämlich von wachsendem Widerstand gegen die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Zwar habe die „Welle der Kritik ... bisher noch keine revolutionäre Stimmung in der Arbeiterklasse ausgelöst", jedoch gebe es in den Betrieben schon einen „gewissen Wandel", nämlich auch dort eine wachsende „Kritik an unserer Wirtschaftsordnung."

Diese Sätze Friedrichs widerspiegeln die zunehmende Angst der Kapitalistenklasse, daß die Kritik am Kapitalismus, der Kampf gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, in der Arbeiterklasse um sich greift und an Stärke und Bewußtheit gewinnt.

Ganz offen traten diese Befürchtungen auf einer Konferenz des BDA (einer der größten Kapitalistenverbände der BRD) Anfang Dezember 1971 zutage:

„Der CSU-Vorsitzende Strauß und der Präsident der Arbeitgeberverbände, Otto A. Friedrich, äußerten sich auf der Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung besorgt darüber, daß die Grundlagen der Marktwirtschaft (d.h. des Kapitalismus – Anm. der Redaktion) beseitigt werden könnten. Friedrich erklärte, es sei ein sich immer weiter ausbreitendes Unbehagen gegen unsere Wirtschaftsordnung zu beobachten . . . Ebenso wie Friedrich rief auch Strauß die Unternehmer zur Abwehr derartiger Bestrebungen auf . . ." (Stuttgarter Zeitung, 9. Dezember 71)

Die Kapitalisten bemerken erschreckt, „daß sich die gesellschafts- und sozialpolitische Situation" für sie selbst „bemerkbar verdunkelt hat", nämlich durch „zunehmend agressive Tendenzen gegen unsere Wirtschaftsordnung" wie das Vorstandsmitglied der Allianz-Versicherung, Eversmann, am 7. Juli 71 erklärte.

Die „Auseinandersetzung um die Zukunft des Unternehmers" sei in
ihre "politische, und damit in
ihre entscheidende Phase getreten", so sagte der Vorsitzende der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH. am 9. Juli 71. Es drohe ein „Generalangriff auf den Unternehmer." „Seit den sechziger Jahren" sei nämlich „ein Wiederaufleben des dogmatischen Marxismus in zunehmend militanter Ausprägung" – also ein Aufschwung der kommunistischen Bewegung! – zu beobachten, was die „volle Aufmerksamkeit nicht nur der Unternehmer, sondern auch des Staates verdient."

Es liegt auf der Hand, daß die Kapitalisten ihre Befürchtungen noch stark übertreiben, um schwankende Elemente in den eigenen Reihen „auf Linie zu bringen" und so eine noch größere Geschlossenheit der eigenen Klasse für die geplanten Maßnahmen zu erreichen. Aber sichtbar wird doch, daß die Kapitalistenklasse sich einige Sorgen macht, daß es mit ihrer Ausbeuterordnung in gar nicht ferner Zeit zu Ende sein könnte. Es sind vor allem der französische Mai von 1968 und die Klassenkämpfe in Italien, die den Kapitalisten schwer in die Knochen gegangen sind, zusammen mit den Septemberstreiks 1969 in der Bundesrepublik selbst.

Bemerkenswerterweise richten die Kapitalisten ihren Angriff keineswegs nur auf die Kommunisten, sondern auch gegen die SPD, gegen die Jusos u.ä. – So erklärte etwa Friedrich auf der oben erwähnten BDA-Tagung Ende 1971: Politische Kräfte seien am Werk, „um die Ordnung, auf der unsere so erfolgreiche (ach ja?) Leistungsgesellschaft beruht, zu zerstören." Diese Kräfte seien nicht nur in den kommunistischen Organisationen und in der DKP zu finden, „sondern sie bemühten sich, auch in staatstragenden Parteien und verschiedenen Gruppen unserer Gesellschaft an Einfluß zu gewinnen." Es besteht nach Friedrichs Erklärungen die „Gefahr", daß die „stabilisierenden" Kräfte und Gruppen von „System-Kritikern" verdrängt würden.

Zwar könne niemand einen „Frontalangriff gegen diese Ordnung mit irgendeiner Aussicht auf Erfolg wagen", jedoch sei ein „Wühlen und Verketzern" in Gange, das „Unterhöhlen" der Ausbeuterordnung nach der „Salami-Taktik".

Für die Zeit nach 1973 (dann werden Bundestagswahlen stattfinden) seien „Ideologien zu erkennen, die vorsätzlich oder fahrlässig die Rentabilität der Unternehmen auf dem Altar von Reformillusionen opfern und die aktiven mittelständischen (!) Leistungsgruppen die Sache der progressiven Politik zahlen lassen." – So heißt es in einer Sonderbeilage der Kapitalisten-Zeitung „Industrie-Kurier/Handelsblatt vom 15. Dezember 1971.

Sogar aus den Reihen der SPD selbst heraus läßt das Großkapital derartige Theorien vortragen. Erklärte doch der SPD-Bundestagsabgeordnete Müller (München) Mitte April: „Brandt scheint offenbar nicht sehen zu wollen, was in diesem Land vor sich geht. Die Gefahr liegt nicht in der Außenpolitik und nicht in den Ostverträgen. Die innenpolitische Lage treibt der Katastrophe entgegen. Immer stärker setzen sich die Kräfte durch, die den Rechtsstaat ins Zwielicht geraten lassen und die eine ‚andere Republik' wollen . . . Wenn sich diese SPD nicht ganz hart von den totalitären Bestrebungen absetzt, ist sie nicht mehr die SPD. Die Regierungspartei dieses Landes kann es nicht zulassen, daß Radikale unser Land zerstören und dem Kommunismus ausliefern, unsere Gesellschaftsordnung zerstören und dazu noch den Segen von Regierungsmitgliedern bekommen." (zitiert nach BILD vom 20. April)

Es sei schließlich daran erinnert, daß Strauß vor einigen Monaten die Gewerkschaften in einer öffentlichen Rede zu seinen „Hauptfeinden" rechnete, und daß am 14. Dezember auf einem Kongreß des Bundes der Kriminalbeamten in Hamburg (wo Strauß als Gast teilnahm) der Hamburger BdK-Chef Grunert die Gewerkschaften in typisch faschistischer Manier als „Totengräber unseres Staates" angriff (vgl. „Arbeitskampf Nr. 14)

Es zeigt sich, daß die Kapitalistenklasse einen Angriff selbst gegen die allergemäßigsten, sanftesten „Reform-Politiker" vorbereitet, indem sie diese demagogisch zu Revolutionären abstempelt. Was hier vorbereitet wird, ist schon nicht mehr „einfach" eine Kommunisten - Verfolgung, sondern ist die totale Unterdrückung jeder demokratischen, antikapitalistischen Regung mit den

Forts. nächste Seite

Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft

Forts. von Seite 9

Mitteln der Demagogie und des Terrors.

Es handelt sich auch nicht einfach darum, daß die Kapitalistenklasse zu den Methoden des KPD-Verbots der fünfziger Jahre zurückkehren will. Wir wollen diese These zunächst an einigen besonders typischen Äußerungen bestimmter Kapital-Vertreter erläutern und danach die materielle Grundlage dieser Politik aufzeigen.

Im „Unternehmerbrief" vom 24. Juni 71 erklärte Fritz Berg, Präsident des Kapitalistenverbandes BDI, daß es angeblich „bei vielen Vertretern des Staates und anderer Bereiche an der notwendigen Entschlossenheit fehlt", den Kapitalismus zu verteidigen. Deshalb müßten die Kapitalisten selbst verstärkt aktiv werden.

Die Kapitalisten müßten einsehen, daß sie jetzt „einfach in dem Kampf um das Sein oder Nichtsein unserer gesellschaftlichen Ordnung stehen." Deswegen müßten sie sich „mit allen Mitteln und überall, wo wir können, zur Wehr setzen." – Das erklärte Evermann vom Vorstand der Allianz-Versicherung am 7. Juli 71.

Besonders bezeichnend die folgenden Äußerungen der bereits zitierten Vorsitzenden der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH. vom 9. Juli 71:

Die Kapitalisten müßten zu einem „Gegenangriff übergehen", um „Aussichten für das Bestehen des Kampfes" (gegen die Arbeiterbewegung!) zu haben. Eines Kampfes, „über dessen Härte noch nicht überall eine klare Vorstellung besteht." Die Kapitalisten sollten sich bemühen, „der Weltanschauung des dialektischen Materialismus ein ebenso geschlossenes in sich widerspruchsfreies System der menschlichen und wirtschaftlichen Wertvorstellungen der Marktwirtschaft herauszustellen." „Es müßte uns gelingen, der Öffentlichkeit gegenüber überzeugend darzulegen, daß der Unternehmer nicht nur seiner Pflicht zu wirtschaftlichem Handeln gerecht wird, viel mehr auch . . . die sittliche Größe aufbringt, die erforderlich ist, um dem Gespenst der Diktatur (des Proletariats! – Anm. der Redaktion) die abendländische Idee der personalen Freiheit gegenüberzustellen."

Und Friedrich erklärte am 10.1. 71: „Wir brauchen das politische offensive Gegenprogramm der vernünftigen Gesellschaft und der soliden Reform."

Was ergibt sich aus diesen Äußerungen? Die führenden Kreise des Großkapitals tendieren zu Lösungen, für die sie noch keine ausreichende Unterstützung der gesamten Kapitalistenklasse haben und sie werben um diese Unterstützung. Immer wieder ist zu hören, daß sich noch gar nicht alle Kapitalisten über den „Ernst der Lage" im Klaren seien. So auch, wenn Strauß vor einigen Monaten erklärte, „daß das Selbstverständnis der Unternehmer hinsichtlich ihrer Existenzberechtigung . . . noch lange nicht in unserem Lande so klar und überzeugend



Wehe wenn er an den Drücker kommt

ist, wie es für das Fortleben der Marktwirtschaft und diese für sie unentbehrliche Schicht (die Kapitalisten – Anm. der Redaktion) notwendig ist."

Diese Äußerungen lassen darauf schließen, daß eine Formierung der Kapitalistenklasse betrieben wird, deren Ziele über die bisherigen traditionellen, vorstellbaren Maßstäbe in der Bundesrepublik (Kommunisten-Verfolgung der 50er Jahre) weit hinausgehen sollen. Weiterhin wird deutlich, daß die bisherigen ideologischen Anstrengungen der Kapitalisten nicht für ausreichend gehalten werden, um den Bestand des Kapitalismus auf Dauer zu garantieren. Es wird an einer neuen Ideologie gearbeitet, mit deren Hilfe die Kapitalisten ihre eigene Unentbehrlichkeit auch in den kommenden Jahrzehnten „beweisen" wollen, ein „Gegenprogramm" gegen den Sozialismus. Die zu diesem Thema zitierten Äußerungen einiger führender Kapitalisten erinnern nun allerdings sehr stark an entsprechende Ausführungen Hitlers. Schreibt dieser doch in „Mein Kampf":

„Jeder Versuch, eine Weltanschauung mit Machtmitteln zu bekämpfen, scheitert am Ende, solange nicht der Kampf die Form des Angriffs für eine neue geistige Einstellung erhält. Nur im Ringen zweier Weltanschauungen miteinander vermag die Waffe der brutalen Gewalt, beharrlich und rücksichtslos eingesetzt, die Entscheidung für die von ihr unterstützte Seite herbeizuführen. Daran aber war bislang noch immer die Bekämpfung des Marxismus gescheitert" (S. 189). Aus dem „Fehlen eines brauchbaren Ersatzes für diese Lehre" (den Marxismus) schloß Hitler auf die Notwendigkeit einer „grundsätzlichen, dem Marxismus entgegengesetzten neuen Weltanschauung von stürmischem Eroberungswillen" (S. 190).

Heute nennen die Kapitalisten die Sache „politisch offensives Gegenprogramm" (Friedrich).

Es ist klar, daß die Kapitalisten in diesem Gegenprogramm zum Sozialismus nicht einfach die alte nazistische Ideologie wieder aufwärmen werden. Andererseits scheint es aber auch nicht nur um eine Neuauflage der „Sozialpartnerschaftsideologie" zu gehen.

Die „Sozialpartnerschaftsideologie" paßte in eine Zeit des kontinuierlichen wirtschaftlichen Aufstiegs, die den Arbeitern eine ständige Verbesserung ihrer sozialen Lage vorspiegelte. Mit Blick auf eine kommende Verschärfung der Widersprüche scheint aber dem Großkapital eine neue Ideologie notwendig. Ein zentraler Bestandteil dieses „offensiven Gegenprogramms" soll die sogenannte „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" werden.

Die „Politik der soliden Reform" von Seiten der Kapitalisten setzt den Kampf gegen alle Gruppierungen voraus, die auch nur entfernt eine Gefahr fürs Großkapital darstellen könnten, indem sie für wirkliche Reformen eintreten. So kommt es, daß auch die Jusos und die SPD-Linke immer stärker ins Schußfeld geraten, und daß versucht wird, sie zu „staatsfeindlichen", „Verfassungsfeindlichen" Kräften abzustempeln, die entweder überhaupt schon selbst getarnte Kommunisten sind, oder doch wenigstens „dem Kommunismus in die Hände arbeiten." Demselben Zweck dienen die inhaltlich absurden Angriffe gegen SPD-Regierungsmitglieder, als würden diese eine anti-kapitalistische Politik betreiben oder wenigstens unterstützen.

Es ist wichtig, zu erkennen, daß das Großkapital seine Politik der „soliden Reform" nicht durch die SPD machen lassen will und kann, sondern ohne und gegen die SPD. Was die SPD-Führer angeht, so bemühen sie sich zwar recht und schlecht, die Faschisierung von Staat und Gesellschaft im Interesse des Großkapitals voranzutreiben, aber sie machen es den Herren nicht gut genug. Andererseits ist auch die CDU noch nicht vollständig die Partei, die sich die Kapitalisten wünschen; das kam u.a. in den Jahresberichten des BDA 1970 und 1971 zum Ausdruck. Nur die CSU des Franz Josef Strauß erhält immer wieder volles Lob von den Kapitalisten. Es liegt auf der Hand, was für „solide Reformen" die Kapitalisten von Strauß durchsetzen lassen wollen. Das würde bedeuten: völlige Vorherrschaft der Korruption, wie sie vor allem Franz Josef Strauß in den verschiedenen Skandalen um FIBAG, Schützenpanzer HS-30 und Starfighter vorexerziert hat – Korruption als Prinzip der Regierungspolitik! – Es würde bedeuten: völlige Gleichschaltung der „Massenmedien" (Fernsehen, Presse usw.) auf die schwarze Linie, wie es heute schon die CSU in ihrem Machtbereich mit dem Bayrischen Rundfunk macht (vgl. „Arbeiterkampf Nr. 17"). Es würde bedeuten: Brutale Unterdrückung nicht nur der Kommunisten – deren Verbot CDU/CSU fordern –, sondern Unterdrückung auch der gewerkschaftlichen Bewegung, die Strauß zu seinen „Hauptfeinden" rechnet. Es würde bedeuten: noch stärkere Einmischung kirchlicher und anderer reaktionärer Institutionen in das Privatleben der Werktätigen (Scheidungsgesetze, § 218, „Pornographie" usw.). Es würde bedeuten: Rückkehr zur Politik des Kalten Krieges, erheblich verstärkte Rüstungslasten, gesteigerte Tendenz zu militärischen Abenteuern, die unser Volk in den dritten, diesmal vernichtenden Krieg führen sollen.

Warum stellt unserer Meinung nach das Vorgehen der Kapitalisten heute und in der Zukunft eine neue Stufe gegenüber der Kommunistenverfolgung der 50er Jahre, sodaß wir die Bezeichnung „Faschisierung" dafür verwenden? Die Kommunistenverfolgung der 50er Jahre hatte bestimmte innere und äußere Voraussetzungen, nämlich die relativ leichte Isolierbarkeit der Kommunisten vor dem Hintergrund des Kalten Krieges, gewisser Rückschläge in den sozialistischen Staaten (DDR 17. Juni 1953, Verdammung Stalins auf dem XX. Parteitag der KPdSU Frühjahr 1956 und der Ereignisse in Ungarn und Polen Herbst 1956) und einen beständig erscheinenden wirtschaftlichen Aufschwung.

Heute dagegen verschärfen sich die wirtschaftlichen Krisen des Kapitalismus im Weltmaßstab, der Konkurrenzkampf zwischen den imperialistischen Mächten. Die langfristige wirtschaftliche und politische Perspektive des Kapitalismus ist viel schlechter als sie noch Ende der 50er Jahre scheinen mochte. Der französische Mai 68 – und teilweise auch der „heiße Herbst" in Italien 1969 – haben bewiesen, daß es trotz der klassenverräterischen Politik der Gewerkschaftsführungen und der Spitzen der „Arbeiterparteien" zu spontanen Ausbrüchen des Klassenkampfes kommen kann, die mit großer Schnelligkeit massenhaften Charakter gewinnen können. Das sind Klassenkämpfe, wie der Imperialismus Westeuropas sie seit den 30er Jahren nicht mehr erlebt hat, und die zum Teil sogar über diese historischen Erfahrungen schon hinausgegangen sind. Durch das Verbot der einen oder anderen „ML"-Partei (die in der Arbeiterbewegung ohnehin kaum eine Rolle spielen) vermag die Kapitalistenklasse die Entwicklung zunehmender Bewußtheit in der Arbeiterklasse nicht aufzuhalten. Was ihr notwendig erscheint und was sie anstrebt, ist eine Zurückdrängung der Arbeiterbewegung insgesamt durch eine Kombination von gezieltem Terror und Durchsetzung einer bürgerlichen Ideologie in Teilen der Arbeiterklasse.

Die von uns bereits mehrfach zitierte Heidelberger Studentenzeitung „Neues Rotes Forum" schrieb im Gegensatz zu unserer Einschätzung der Entwicklung in der Nr. 6/71:

„In einer Phase, wo die westdeutsche Arbeiterklasse sich in der Defensive befindet, wo reale Klassenkämpfe erst allmählich ihren spontanen Aufschwung nehmen und wo die politische Organisierung der Arbeiterklasse in ihren ersten Ansätzen steckt, von der ‚drohenden faschistischen Lösung' durch die Bourgeoisie zu reden, ist leichtsinnig (!). Es kann keine Rede davon sein, daß die parlamentarische Form der Herrschaft sich in der Krise befände, solange sich der Klassencharakter des bürgerlichen Staates nicht im Bewußtsein der werktätigen Massen entlarvt. Nirgendwo offenbart sich eine politische ‚Schwäche' der herrschenden Klasse, die im Gegenteil ihre Stärke dadurch beweist, daß sie auf der Grundlage der bürgerlichen Demokratie sich die Waffen schaffen kann, die zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und zur Zerschlagung kommunistischer Organisationen notwendig sind."

Wir stimmen mit dem Verfasser durchaus darin überein, daß sich die Arbeiterbewegung insgesamt in der Defensive befindet und daß die politische Organisierung der Arbeiterklasse gerade erst begonnen hat. Das spricht aber nach unserer Einschätzung nicht gegen eine Gefahr faschistischer Lösungsversuche der Kapitalistenklasse.

Die Besonderheit der Politik der Kapitalistenklasse besteht ja heute gerade darin, daß sie Maßnahmen durchführt, die in keinem realen Verhältnis zum aktuellen Stand der Klassenkämpfe stehen und die eindeutig vorbeugenden Charakter haben. Erinnert sei nur an die Notstandsgesetze und an den polizeitechnischen Zirkus um die „Baader-Meinhof-Gruppe." Die Kapitalisten haben mit den „Notstands"gesetzen nicht gewartet, bis sie solche Gesetze tatsächlich brauchen. Sie haben mit der Verstärkung des Polizeiapparats und dem Ausbau des „Bundesgrenzschutzes" zur Bürgerkriegsarmee nicht gewartet, bis die tatsächlichen Klassenkämpfe solche Maßnahmen im Interesse des Kapitals erfordert hätten. Insgesamt wird klar, daß die Kapitalisten mit ihren Maßnahmen keineswegs bis zur „letzten Minute" warten, sondern daß sie ihre Vorbereitungen zu einer Zeit zu treffen versuchen, wo ihnen die geselllschaftliche Situation einen ausreichenden Spielraum läßt.

Wir setzen die Beiträge zur Faschismusfrage fort mit einem Artikel über „Italien nach den Wahlen" in ARBEITERKAMPF Nr. 19 und Beiträgen zu den Standpunkten anderer Organisationen und einer Dokumentation über die CSU und andere rechtsradikale Organisationen in den nächsten Nummern.

Fortschrittliche Intellektuelle unter Beschuß

Fortschrittliche Intellektuelle wurden in der letzten Zeit in stärkerem Maße durch Angriffe der reaktionären Presse, durch Maßnahmen des Staatsapparats und durch Repressalien in ihrem Beruf getroffen. Diese Angriffe werden mit der „Gefahr des Linksradikalismus" begründet, die angeblich besonders von den Universitäten her drohe, aber immer mehr auch über die Universitäten hinausgreife und durch die Agitation „linksradikaler Studenten" auch schon Eingang in die Betriebe gefunden habe. Auffällig daran ist, daß die Bourgeoisie einen Schwerpunkt ihrer Offensive offenbar gegen eine gesellschaftliche Schicht gewählt hat, die sich von ihrer sozialen Lage und von ihrer Tradition her gar nicht einmal als konsequentester und erfolgreicher Gegner der Kapitalherrschaft erwiesen hat. Die Hamburger CDU behauptete nichtsdestoweniger in einer am 7. Dezember vorigen Jahres vorgelegten „Untersuchung" über die politische Situation an der Hamburger Universität sogar, daß die Universität „der am stärksten gefährdetste Sektor unserer Gesellschaft" sei. Auffällig ist zum zweiten, daß es sich - wie im Fall Heinrich Böll - bei den von der Reaktion angegriffenen „linksradikalen" Intellektuellen durchaus nicht nur um Sozialisten handelt, die erklärtermaßen der Bourgeoisie den Kampf angesagt haben. Auch sozialreformerische und liberale Kritiker des politischen Kurses „unseres Staates" oder einzelner Mißstände geraten immer mehr in die Schußlinie übelster Demagogie und Verleumdung.

Worauf zielen die Angriffe ab?

Seit Anfang der 60er Jahre entwickelte sich in der Intelligenz – besonders unter den Studenten – eine militante Opposition gegen die Verschlechterung ihrer Ausbildungsbedingungen, gegen die zunehmende Einschränkung demokratischer Rechte in unserem Land und gegen die Verbrechen des Imperialismus in der „Dritten Welt". Es gelang zeitweise mehrere tausend Studenten zu demokratischen und antiimperialistischen Demonstrationen und Kundgebungen zu mobilisieren – etwa gegen die USA-Aggression in Vietnam, gegen die Notstandsgesetze und gegen die Presseherrschaft des Springer-Konzerns.

Lenin hat einmal davon gesprochen, daß die Studentenschaft „der am feinsten reagierende Teil der Intelligenz" ist und politische Ausbrüche unter den Studenten oftmals größere Schlachten zwischen den beiden großen Klassen des Kapitalismus – Proletariat und Bourgeoisie – ankündigen. Dies scheint auch heute für die Entwicklung in Westdeutschland zuzutreffen.

Die Studentenrevolte entwickelte sich und erreichte ihren Höhepunkt zu einer Zeit (1967 –69), in der einerseits eine neue Entwicklungsphase des westdeutschen Imperialismus hin zu verstärkter Unterdrückung eingeleitet wurde (Ende des „Wirtschaftswunders" und Krise 66/67; Ausbau des Bundesgrenzschutz als „Teil der bewaffneten Macht der BRD" ab 1965; Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968; Vorbeugehaft-Pläne; usw.) und auch international die imperialistischen Verbrechen ungeheuer zunahmen (1965 Beginn des ständigen Bombenkrieges der USA gegen die Demokratische Republik Vietnams; seit 1965 Ermordung von über 500.000 Menschen, vorwiegend Kommunisten, in Indonesien; 1967 Krieg Israels gegen die arabischen Staaten; 1967 Errichtung des faschistischen Militärregimes in Griechenland; usw.).

Andererseits durchschritt die westdeutsche Arbeiterbewegung nach ihren Niederlagen in den Kämpfen Ende der 40er und 50er Jahre gerade zu dieser Zeit einen Tiefpunkt, wo es kaum größere Kämpfe gab, vor allem keine Kämpfe die über ökonomische Forderungen hinausgingen.

Die Ideologie der Studentenrevolte war ein Sammelsurium von Bruchstücken verschiedener Theorien, in dem Feindschaft zu den Verbrechen des Imperialismus und Geringschätzung und z.T. deutliche Verachtung des Proletariats miteinander koexistierten. Dennoch ist es ein Verdienst der Studentenrevolte, einen entscheidenden Anstoß zur Verbreitung sozialistischer Ideen vor allem unter der Jugend gegeben zu haben.

Sehr bald zeigte sich nämlich, daß der Kampf der Studenten kurzfristig, und vor allem allein von Studenten geführt, aussichtslos war. Es wurde daher versucht, sich an die Arbeiterklasse zu wenden – freilich zunächst noch mit vielfältigen kleinbürgerlich-unsinnigen Vorstellungen, die Arbeiter irgendwie als „Hilfskräfte für eine studentische Avantgarde" einzusetzen. Natürlich mußten derartige Versuche scheitern.

So konnte der damalige CDU-Innenminister Benda ein Jahr nach den „Oster-Unruhen" (April 1968, aus Anlaß des Mordanschlags auf Rudi Dutschke) im März 1969 noch befriedigt feststellen, daß die Gewerkschaften sich deutlich von den Studenten distanziert hätten. In seinem Bericht über den „Linksradikalismus" hieß es weiter:

„Auch in der Arbeiterschaft selbst sind keine Ansätze für eine Solidarisierung zu erkennen. Für eine ähnliche Aktionseinheit (wie in Frankreich im Mai 68) zwischen Arbeiter- und Studentenschaft fehlt in der BRD gegenwärtig noch jede Grundlage."

„Gegenwärtig noch" – schrieb Benda im März 69. Aber die Bourgeoisie hat die „Gefahr" eines solchen Bündnisses erkannt und ergreift vorbeugende Maßnahmen dagegen. Das ist die Zielrichtung ihrer Angriffe. Ihr kommt dabei zugute, daß die Interessenslage der Intelligenz zwiespältig ist, daß sie einerseits zwar auch unter der Kapitalherrschaft steht, sich andererseits aber auch durch ihr Privileg der Kopfarbeit, durch ihre Stellung in der Produktion und durch ihre ganzen Lebensgewohnheiten zumeist stärker an die Bourgeoisie gebunden fühlt als an das Proletariat.

Besonders günstig ist die Situation für die gegenwärtigen Angriffe auf fortschrittliche Intellektuelle auch deswegen, weil die Arbeiterklasse selbst noch nicht wieder in politischen Massenkämpfen steht und den schwankenden und unentschlossenen Elementen der Mittelschichten somit kaum die nötige Orientierung geben kann.

Seit die westdeutschen Arbeiter im September 1969 und teilweise auch in den nachfolgenden Lohnkämpfen sozusagen ein kleines Intermezzo des langfristig zu erwartenden Wiederauflebens ihrer Massenkämpfe vorgeführt haben und kommunistische Zirkel sich wieder herausgebildet haben, die ihre vornehmste Aufgabe in der Verbreitung des Sozialismus unter den Arbeitern und dem Wiederaufbau einer klassenkämpferischen Partei der Arbeiter sehen, hat die Bourgeoisie ihre Anstrengungen zur Sicherung ihrer Herrschaft weiter verstärkt. Dies führt unweigerlich zu polizeilicher und politischer Willkür gegen die gesamte Bevölkerung, die alle demokratischen Menschen empört. Fortschrittliche Intellektuelle (keineswegs nur Studenten) nehmen hier häufig die Aufgabe eines Anklägers des kapitalistischen Unrechts wahr, wenngleich ihr Protest nur allzu oft das ganze Dilemma ihrer zwiespältigen Klassenlage widerspiegelt und über eine liberale Kritik an den gröbsten Mißständen nicht hinausgeht.

In Zeiten, wo das Kapital die Arbeiterklasse noch mit dem Mittel des Betruges, der Scheinreformen und dosierter Zugeständnisse regiert, beläßt es normalerweise auch die Freiheit liberaler und moralischer Proteste – die bürgerliche Demokratie soll eben in den Augen der ganzen Bevölkerung auch „gut funktionieren".

Aber je mehr das Kapital wie gegenwärtig in der Bundesrepublik seine Regierungsmethoden durch die Methode der brutalen Unterdrückung ergänzt, weil es sich so besser auf die kommende Klassenauseinandersetzungen vorzubereiten meint – desto weniger duldet es selbst die Kritik eines Liberalen an den „Auswüchsen" der Kapitalherrschaft und antwortet mit unerbittlicher Strenge. Nicht nur Heinrich Böll mußte dies erfahren.

Ganze Schritte erzwingen!

Wie müssen die Kommunisten und die fortschrittlichen Arbeiter sich zu den Protesten der fortschrittlichen Intelligenz verhalten? Gegenüber Angriffen auf die sozialistische Intelligenz ist die Haltung der verschiedenen kommunistischen Zirkel eine nahezu einmütige Solidarität.

Aber wie steht es mit unserer Haltung gegenüber den liberalen Kritikern des Kapitalismus? Der Fall Heinrich Böll wurde z.B. –soweit uns bekannt ist – von keiner einzigen Zeitung der kommunistischen Bewegung aufgegriffen, obwohl Böll in einer geradezu widerwärtigen Weise von der gesamten reaktionären Presse fertiggemacht wurde. Obwohl die Kampagne gegen Böll heute vor mehr als einem Vierteljahr einsetzte und durch die breite Behandlung in der Presse viele Gespräche in der Bevölkerung entfachte. Obwohl diese Pressekampagne gegen Böll das Überschreiten einer neuen Schwelle hin zur hemmungslosen Hetze im Stil der Nazi-Presse einleitete.

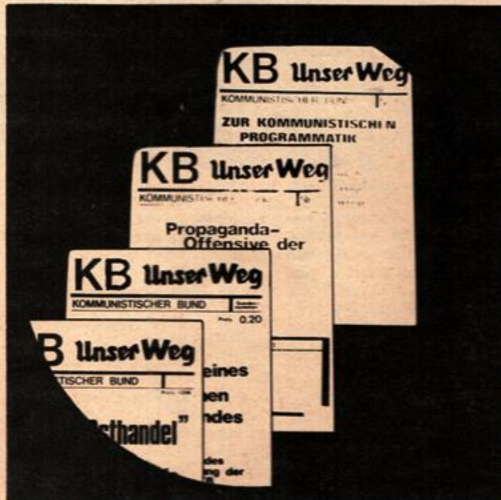
Böll hat dieser Verleumdungskampagne nicht zuletzt deswegen so wenig standhalten können und sehr schnell kapitulieren müssen, weil er nur wenig Solidarität erfuhr. Wenn aber schon die kommunistische Bewegung, die sich als entschiedenster Gegner der kapitalistischen Willkürherrschaft versteht, zu diesen Geschehnissen schwieg: von wem erwarten wir denn mehr Mut, daß er Böll zu Hilfe eilt? Ganz recht: es hätte die Pflicht einer Unterstützung bestanden! Wir verstehen es leider noch viel zu wenig, eine solche Empörung, wie die Heinrich Bölls aufzugreifen, tatsächlich jeden Protest gegen die bestehende Ordnung zu unterstützen, unter den Arbeitern bekannt zu machen und in eine revolutionäre Richtung voranzutreiben.

Lenin schrieb 1902 in einem ähnlichen Fall:

„Diese Worte werden häufig zu eng aufgefaßt, werden nicht auf die Unterstützung der liberalen Opposition ausgedehnt. Man darf jedoch nicht vergessen, daß es Zeiten gibt, in denen jeder durch fortschrittliche gesellschaftliche Interessen hervorgerufene Zusammenstoß mit der Regierung, wie klein er an sich auch sein mag, unter gewissen Bedingungen (und unsere Unterstützung ist eine dieser Bedingungen) zu einem allgemeinen Brand auflodern kann. ... Wer verächtlich die Nase rümpft, weil einige dieser Zusammenstöße zu winzig sind oder die Versuche, sie zu einem allgemeinen Brand zu entfachen, „hoffnungslos" erscheinen, der versteht nicht, daß die allseitige politische Agitation eben der Brennpunkt ist, in dem die lebenswichtigen Interessen der politischen Erziehung des Proletariats zusammentreffen mit den lebenswichtigen Interessen der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung und des gesamten Volkes, d.h. aller seiner demokratischen Elemente. Es ist unsere direkte Pflicht, uns in jede liberale Frage einzumischen, unsere, die sozialdemokratische * Haltung zu ihr festzulegen und Maßnahmen zu treffen, damit das Proletariat an der Entscheidung dieser Frage aktiv teilnimmt und ihre Entscheidung in seinem Sinne erzwingt. Wer sich von solcher Einmischung fernhält, der streckt in Wirklichkeit (welches seine Absichten auch sein mögen) die Waffen vor dem Liberalismus, überläßt ihm die politische Erziehung der Arbeiterklasse und tritt die Hegemonie im politischen Kampf an solche Elemente ab, die letzten Endes Führer der bürgerlichen Demokratie sind. ... Die Partei des Proletariats muß jeden Liberalen gerade in dem Augenblick zu fassen wissen, wenn er sich anschickt, einen Zollbreit vorzurücken, und muß ihn zwingen, einen ganzen Schritt vorwärts zu tun. Sträubt er sich – dann gehen wir vorwärts, ohne ihn und über ihn hinweg".

* Die revolutionäre Partei des russischen Proletariats hieß zu dieser Zeit noch: Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR)

★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★



"Volksfeinde"?

In einem vom „Spiegel" am 10.1.72 veröffentlichten Aufsatz hatte sich der Schriftsteller und Präsident des internationalen Schriftstellerverbandes PEN Heinrich Böll mit der Hetzjagd auf die sog. „Baader-Meinhof-Gruppe" („Rote Armee Fraktion" – RAF) auseinandergesetzt. In diesem Zusammenhang griff er besonders den Springer-Zeitungskonzern scharf an. Böll forderte „Gnade oder wenigstens freies Geleit" für Ulrike Meinhof:

„Es ist eine Kriegserklärung von verzweifelten Theoretikern, von inzwischen Verfolgten und Denunzierten, die sich in die Enge begeben haben, in die Enge getrieben worden sind und deren Theorien weitaus gewalttätiger klingen, als ihre Praxis ist. ... Es kann kein Zweifel bestehen: Ulrike Meinhof hat dieser Gesellschaft den Krieg erklärt, sie weiß, was sie tut und getan hat, aber wer könnte ihr sagen, was sie jetzt tun sollte? Soll sie sich wirklich stellen, mit der Aussicht, als die klassische rote Hexe in den Siedetopf der Demagogie zu geraten? ... Für einen so abscheulichen Satrapen wie Baldur von Schirach, der einige Millionen Deutscher in die verschiedensten Todesarten trieb und zu den verschiedensten Mordarten ermutigte, sogar für ihn gab es Gnade. Ulrike Meinhof muß damit rechnen, sich einer totalen Gnadenlosigkeit ausgeliefert zu sehen. Baldur von Schirach hat nicht so lange gesessen, wie Ulrike Meinhof sitzen müßte. Haben die Polizeibeamten, Juristen, Publizisten je bedacht, daß alle Mitglieder der Gruppe um Ulrike Meinhof, alle, praktische Sozialarbeit getan haben und Einblick in die Verhältnisse genommen, die möglicherweise zu dieser Kriegserklärung geführt haben? "

Über die Springer-Presse schrieb Böll: „Die Überschrift 'Bader-Meinhof-Bande mordet weiter' * ist eine Aufforderung zur Lynchjustiz. Millionen, für die 'Bild' die einzige Informationsquelle ist, werden auf diese Weise mit verfälschten Informationen versorgt". Böll brachte den Mut auf, die Berichterstattung der Springer-Presse öffentlich als nackten Faschismus, Verhetzung und Lüge zu bezeichnen.

Die gesamte reaktionäre Presse begann daraufhin, Gift und Galle gegen Böll zu speien – ein Mann, dessen literarische Fähigkeiten auch vom Großteil dieser Presse bislang zumindest noch anerkannt wurden.

„Bild", 11.1.72:
"Böll, dieser christliche Dichter, bedient sich im 'Spiegel' einer Sprache, die Gemeinschaftswerk Karl-Eduard von Schnitzlers und Josef Goebbels sein könnte".

* Diese Überschrift brachte „Bild" am 23.12.71, nachdem bei einem Bankraub in Kaiserslautern der Polizist Herbert Schoner erschossen wurde. Daß Schoner von der „Baader-Meinhof-Gruppe" erschossen worden sei, war von „Bild" frei erfunden und stützte sich nicht einmal auf Behauptungen der Polizei.

Wilfried Scharnagl in einem Kommentar im „Bayernkurier" vom 15.1.72:
„Bölls Meinhof-Plädoyer im Spiegel liefert den ideologisch-intellektuellen Hintergrund für die Ansicht der Polizei, die Baader-Meinhof-Bande könne sich nur dank umfänglicher Unterstützung gutbürgerlicher Kreise so lange der Freiheit erfreuen".



Schriftsteller Heinrich Böll

„Berliner Morgenpost", 26.1.72:
„Eines Tages wird der Spuk der Baader-Meinhof-Bande vorüber sein. Doch die Bölls und die Brückners werden bleiben. Und von ihnen droht der Demokratie langfristig die größte Gefahr".

Gerhard Löwenthal in seinem „ZDF-Magazin" vom 26.1.72:
„Der rote Faschismus ... unterscheidet sich in nichts von dem braunen Faschismus. Und die Sympathisanten dieses Linksfaschismus, die Bölls und Brückners und all die anderen sogenannten Intellektuellen sind nicht einen Deut besser als die geistigen Schrittmacher der Nazis, die schon einmal so viel Unglück über unser Land gebracht haben".

„Frankfurter Allgemeine Zeitung", 2.2.72:



Bild

Baader-Meinhof-Bande mordet weiter

Bankraub: Polizist erschossen

Eine Witwe und 2 kleine Kinder bleiben zurück

Viel Geld für viel Prügel

Nachrichten

„BILD" fordert zur Lynchjustiz auf

„Reden wir nicht mehr von Baader und Meinhof, von Gruppe oder Bande! Reden wir von Heinrich Böll! Dieser Schriftsteller ist eine Macht im Lande ... Er stellt eine Macht dar, er hat Macht. Wer weiß, was er täte, wenn er noch mehr hätte? ... Mönch, wach auf! ... Gib dem Staate, was des Staates ist, Böll!"

Die massive öffentliche Hetze verfehlte nicht ihre Wirkung, daß einige Leute glaubten, es mit einem „Volksfeind" zu tun zu haben. So erhielt Böll Drohbriefe, die bis zu Morddrohungen gingen. Sogar ein Rentner aus Düsseldorf, der mit dem Schriftsteller Heinrich Böll nicht verwandt ist, aber den gleichen Namen trägt, erhielt solche Drohbriefe. In einem der Briefe heißt es u.a.:

„Du verfluchter Rot-Faschist ... als ehemaliger Amateurboxer werde ich Dich zusammenschlagen, wenn ich es für richtig erachte. ... Merke Dir, Du verdammter Schweinehund und Volksverhetzer, nimm Dich in acht und wisse, daß es noch Männer gibt in genügender Zahl, die darauf achten, daß solche Banditen wie Böll nicht überhandnehmen!"

Böll selbst hat noch unterschätzt, zu welchem Grad an öffentlicher faschistischer Hetze die reaktionäre Presse schon bereit ist. Er wurde systematisch fertig gemacht, so daß er im „Spiegel" vom 31.1.72, also drei Wochen nach seinem ersten Aufsatz, bereits erklärte: „Nach meinen bisherigen Erfahrungen ... verspreche ich allen Politikern, mich vorläufig in nichts mehr einzumischen, zu nichts mehr zu äußern, jedenfalls so lange nicht, bis ich mir selber klar darüber geworden bin, wo sich in diesem Falle die Grenzen der vielgepriesenen Liberalität gezeigt haben".

Böll wurde also zum Schweigen gebracht.

Kontaktschuld

Sympathisant der „RAF" zu sein wurden auch andere fortschrittliche Intellektuelle beschuldigt. Einerseits erhoben Polizei und Staatsanwaltschaft solche Vorwürfe, andererseits kamen sie z.B. von Karl-Heinz Ruhland, der früher mit der „RAF" zusammengearbeitet hat. Ruhland wurde in über 13 Monaten Untersuchungshaft so mürbe gemacht, daß er jetzt in einem Schauprozeß zu allerlei „Aussagen" bereit war, um sein Strafmaß möglichst gering zu halten. So sollen nach Ruhlands Behauptungen der Psychologe Prof. Brückner, der dpa-Redakteur Bornheim und seine Frau, der WDR-Redakteur Gerhard Reitschert aus Köln die Psychologin Monika Seifert, der kath. Pfarrer Kurt Kaiser aus Beuenkirchen bei Oldenburg und eine Lehrerin aus Hessen „RAF-Mitglieder" Unterschlupf gewährt haben. Eine Studentin, Beate Sturm, die von sich behauptet, selbst kurze Zeit bei der „RAF" mitgearbeitet zu haben, brachte im Ruhland-Prozeß gleiche Anschuldigungen vor gegenüber dem Soziologen Prof. Altvater, dem persischen Arzt Dr. Schirani und dem Stuttgarter Kunsterzieher Stoller. Die Beschuldigten sehen sich jetzt nur aufgrund dieser zweifelhaften Behauptungen und ohne weitere Überprüfung zahlreichen Repressalien und einer Hetzkampagne in der Presse ausgesetzt. Brückner und Bornheim wurden sofort von ihren jeweiligen Dienstherren suspendiert. Gegen den Politologen Prof. Seifert (Ehemann der Beschuldigten Monika Seifert), der



Peter Brückner

zusammen mit Brückner an der technischen Universität Hannover gelehrt hatte und dort auf einer Solidaritätsveranstaltung für Brückner gegen die Verfolgung fortschrittlicher Intellektueller protestierte, wurde ein „dienstrechtliches Vorermittlungsverfahren" eingeleitet.

Als Brückner am 17. Februar zu einem Vortrag in die Universität Heidelberg eingeladen wurde, wollte der baden-württembergische Kultusminister Hahn dies zunächst durch einen Polizeieinsatz verhindern. Fünf Hundertschaften ließ er bereitstellen. Angesichts von über 2000 versammelten Studenten gab Hahn seinen Plan dann aber auf. Eine Gastprofessur, die Brückner nach seiner Suspendierung in Hannover von einer Heidelberger Fakultät angeboten wurde, will das Kultusministerium allerdings mit allen Mitteln verhindern. Der baden-württembergische Vorsitzende der „Gewerkschaft der Polizei" (GdP), Siemann (CDU), hat angedroht, daß er im Falle einer Berufung Brückners an die Heidelberger Uni 10.000-Mann-starke Polizeidemonstrationen dagegen organisieren werde.

Im Falle des ebenfalls beschuldigten Soziologen Prof. Altvater hat der Westberliner Wissenschaftssenator Stein dem Universitätspräsidenten Kreibich vorgeworfen, daß er bislang noch keine disziplinarischen Maßnahmen gegen Altvater ergriffen habe.

Exemplarische Warnung

Die Repressalien und öffentlichen Hetzkampagnen gegen Böll, Brückner, Seifert und andere sind als exemplarische Warnungen gegen eine fortschrittliche Intelligenz gedacht, die gegen die zunehmende Willkür der Staatsgewalt öffentlich demokratischen Protest erhebt. In der Art der NS-Presse hetzten die reaktionären Zeitungen nicht nur gegen Heinrich Böll und Peter Brückner, sondern gegen „die Bölls" und „die Brückners".

Der reaktionäre Schriftsteller und Springer-Freund Hans Habe ermahnte in Springers „Welt" vom 30.1.72 die „kritische Intelligenz" zur Einhaltung ihrer Pflichten als bürgerlicher Intelligenz, gegen die Böll, Brückner, Seifert und andere so grob verstoßen hätten:

„Der hohe Rang der Intellektualität beginnt und endet nicht mit der Summe gelesener Bücker. Intellektualität ist ein Bekenntnis. Sie heißt Hoffnung auf Besserung durch Überzeugung, auf Belehrung durch das Wort, auf Änderung durch Kritik. Der Pazifismus des Intellektuellen ist nur glaubhaft, wenn er sich dem Bürgerkrieg wie dem Völkerkrieg widersetzt. Eine kritische Intelligenz, die Menschenraub nicht kritisiert, ist keine. Der Intellektuelle, der der Gewalt das Wort redet, hat die Sprache verloren. Wer im Namen der Intellektualität spricht und das Prinzip des geistigen Kampfes über Bord wirft, hat die Intellektualität verraten. Doktoren und Dorktranden der Gewalt sind nicht nur Verräter an der Gesellschaft. Sie sind Verräter an allen anderen Intellektuellen".

Habe fordert die Intelligenz auf, „der Gewalt" nicht das Wort zu reden. Aber Böll und Seifert haben gerade gegen „die Gewalt" protestiert, gegen die Gewalt des kapitalistischen Staates!

Böll hat nichts anderes getan, als etwas mehr Zurückhaltung, etwas mehr Mäßigung im Gebrauch der kapitalistischen Staatsgewalt zu fordern. Er erinnerte gerade an die vielgepriesene bürgerliche Demokratie und Liberalität und forderte vom Staat im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung nichts weiter, als etwas mehr Humanität gegenüber einigen „verzweifelten Theoretikern" zu üben, „deren Theorien weitaus gewalttätiger klingen, als ihre Praxis ist". Böll tat damit allerdings mehr als die DKP in diesem Fall, die am liebsten ganz zur Jagd auf die „Baader-Meinhof-Gruppe" schweigt oder sogar selbst in das Angriffsgeheul der bürgerlichen Presse gegen das Phantom „Baader-Meinhof" mit einstimmt.

Und Seifert? Seifert hatte sich auf der Solidaritätsversammlung am 25. Januar nur dagegen gewandt, daß „in Zukunft die bloße Behauptung genügt, dieser oder jener habe Kontakt zu jemand gehabt, der ein Staatsfeind sei, um ihn in Acht und Bann zu tun, um ihn öffentlich zu diskriminieren". Er erinnerte an die Parallelität dieser Methode zum Nazi-Regime, wo der Satz galt: „Wer beim Juden kauft, ist wie ein Jude zu behandeln".

Seifert zeigte auf, daß es in dem Prozeß gegen Ruhland in erster Linie nicht um diesen Angeklagten, sondern um die Diffamierung und Kriminalisierung Dritter und der politischen Linken insgesamt geht. Das ist alles, wogegen er protestierte. Seifert erklärte nämlich andererseits, daß er die Praxis der „RAF" für falsch halte. Mehr noch: er beabsichtigte mit seiner Kritik an den Methoden des Ruhland-Prozesses und an der Verleumdungskampagne gegen die Linken sogar, eine Hilfe zu leisten im Vorgehen gegen die „RAF". Es kam ihm darauf an – wie das folgende Zitat zeigt – vom bewaffneten Kampf gegen das kapitalistische System (prinzipiell?) abzuhalten:

„Wenn es jetzt nicht gelingt, die liberale Öffentlichkeit gegen diese Kampagne und gegen die Prozeßführung zu mobilisieren, werden morgen erneut verzweifelte Sozialisten diesen Prozeß als Beweis dafür ansehen, daß wir in einem faschistischen System leben. – Jeder, der sich nicht gegen diese Prozeßführung wendet, ist mitverantwortlich (!) dafür, wenn sich dieser oder jener zu fragen beginnt: Was bleibt in einem solchen System noch anderes als der bewaffnete Kampf".

Böll wie auch Seifert taten also im Grunde nichts anderes, als auf „Besserung durch Überzeugung", auf „Belehrung durch das Wort",

Forts. nächste Seite

'Säuberung' des Staatsdienstes

Die Ministerpräsidentenkonferenz der Bundesländer hat am 28. Januar eine „Säuberung" des öffentlichen Dienstes (insbesondere des Lehramtes) von „Verfassungsfeinden" beschlossen. Offiziell richtet sich dieser Beschluß gegen „Rechts- und Linksextremisten". Erfahrung und Praxis zeigen aber, daß mit der „Bekämpfung des Extremismus" durch den Staat immer die sog. „Linksextremisten" gemeint sind. Es gibt z.B. sowohl an den Universitäten als auch an den Schulen nicht wenige Lehrer und Professoren, die faschistisches Gedankengut verbreiten, ohne daß sie je vom Staat deswegen behelligt wurden. In den letzten Monaten (und zwar nicht erst seit dem Beschluß der Ministerkonferenz) werden demgegenüber haufenweise Berufsverbote gegen „Linke" ausgesprochen. Bereits seit 1968, als erstmals von der Studentenrevolte politisierte Studenten die Hochschulen verließen, stieg die Disziplinierung fortschrittlicher Lehrer sprunghaft an. Mittlerweile ist die Disziplinierung der Berufsverbote und Disziplinierungen schon nicht mehr überschaubar.

Volker Müller, ehemaliger Heidelberger AStA-Vorsitzender, bekam keine Stelle als Lehrer. Er soll nach Meinung des Schulamtes Nordbaden an einer ungenehmigten Demonstration gegen das imperialistische Bauprojekt Cabora-Bassa-Staudamm teilgenommen haben. Ein Ermittlungsverfahren lief gegen Müller nicht.

Karl-Heinz Henne wurde wegen seiner DKP-Mitgliedschaft die Aufnahme in den Schuldienst verweigert.

Marion Nürnberg bekam keine Stelle als Lehrerin, weil sie für den MSB/Spartakus bei Studentenparlamentswahlen kandidiert hatte.

Henning Sell verlor seine Lehrerstelle im Jugendgefängnis Vierlande, weil gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen Demonstrationsbeteiligung eingeleitet wurde.

Der Lehrer Peter Gohl mußte das Amt des Kreisfachberaters für Politik aufgeben, weil er nach Meinung des Hamburger Landesschulrates Neckel für die „Mehrheit der Bevölkerung, die die parlamentarische Demokratie bejaht, unerträglich sei.
Bernhard Laux wurde die Aufnahme in den Schuldienst verweigert, weil er in einer DKP-Lehrergruppe mitgearbeitet hat, ohne allerdings selbst DKP-Mitglied zu sein.

Helmut Lethen wurde nicht an der Bremer Universität eingestellt, weil er zu den Gründern der „Ad-hoc-Gruppe Germanistik" zählt, einer Vorläuferin der „Roten Zelle Germanistik" Westberlin.

Rudi Schmidt bekam ebenfalls an der Bremer Universität keine Stelle, weil er bei den Auseinandersetzungen innerhalb der Berliner SPD auf dem linken Flügel stand.

Der Lehrer Hans Czichovski wurde an eine andere Schule versetzt. Andere Lehrer hatten ihm eine „subversive antidemokratische Verschwörung" vorgeworfen, die darin bestand, daß er die Schüler an der Unterrichtsplanung mitbeteiligte, sie zur Kritik am Unterricht aufforderte und die Zensuren mit ihnen diskutierte und eingehend begründete.
Studienreferendar Helmut Kommer wurde aus dem Schuldienst entlassen, weil er „mit einem kleineren Teil der Schülerschaft aktiv gegen den Schulleiter (agierte) und . . . sich unter erschwerenden Umständen an der Herstellung und Verteilung eines Flugblattes gegen ihn (beteiligte)". Kommer hatte den Protest der Schüler gegen den Direktor des Gymnasiums unterstützt, der die Wahl eines Sprechers der Schüler nicht akzeptieren wollte. Die Schulbehörde warf Kommer u.a. noch vor, daß er bei einer Diskussion über „autoritäres Verhalten" mit seinen Schülern es abgelehnt habe, „auch auf die Gefahren des Freiheitsmißbrauchs hinzuweisen."

Forts. nächste Seite

BESCHLUSS DER MINISTERPRÄSIDENTENKONFERENZ VOM 28.1.1972 ÜBER „GRUNDSÄTZE ZUR FRAGE DER VERFASSUNGSFEINDLICHEN KRÄFTE IM ÖFFENTLICHEN DIENST":

Nach den Beamtengesetzen in Bund und Ländern darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt. Sind Beamte verpflichtet, sich aktiv innerhalb und außerhalb des Dienstes für die Erhaltung dieser Grundordnung einzusetzen. Es handelt sich hierbei um Vorschriften. Jeder Einzelfall muß für sich geprüft und entschieden werden. Von folgenden Grundsätzen ist dabei auszugehen:
Bewerber: Ein Bewerber, der verfassungsfeindliche Aktivitäten entwickelt, wird nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt. Gehört ein Bewerber einer Organisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet diese Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten wird. Diese Zweifel rechtfertigen in der Regel eine Ablehnung des Anstellungsvertrages.
Beamter: Erfüllt ein Beamter durch Handlungen oder wegen seiner Mitgliedschaft in einer Organisation verfassungsfeindlicher Zielsetzung die Anforderungen des § 35 Beamtenrechtsrahmengesetz nicht, aufgrund derer er verpflichtet ist, sich durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten, so hat der Dienstherr aufgrund des jeweils ermittelten Sachverhaltes die gebotenen Konsequenzen zu ziehen und insbesondere zu prüfen, ob die Entfernung des Beamten aus dem Dienst anzustreben ist.
Für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst gelten entsprechend den jeweiligen tarifvertraglichen Bestimmungen dieselben Grundsätze."

Polit-Fragebögen in Griechenland

Stellenbewerber für den öffentlichen Dienst müssen politische Ansichten kundtun

Athen (dpa)

Wer sich in Griechenland um eine Anstellung im öffentlichen Dienst bewirbt, muß in Zukunft zwar keine Bescheinigungen über seine „soziale Gesinnung" mehr vorweisen, jedoch in einem detaillierten Fragebogen Auskunft über seine politischen Ansichten und seine Vergangenheit zurück bis zum 18. Lebensjahr geben. Sogar über die politischen Meinungen seiner Verwandten muß der Bewerber Zeugnis ablegen. In der Liste werden vor allem etwaige Verbindungen des Bewerbers zu Vereinigungen erfragt, die dem Kommunismus nahestehen oder allgemein auf einen Sturz der Regierung hinarbeiten. Die Anwärter müssen sich im übrigen verpflichten, den „nationalen Idealen und der legalen Gewalt mit Treue und Hingabe" zu dienen und „stets den Willen des Staates" zu erfüllen.

„Süddeutsche Zeitung", 4.2.72

LESERBRIEF

Genossen!
In der letzten Ausgabe des „Arbeiterkampfes" stellt ihr die Beschlüsse vom 28.1. als Berufsverbot für sozialistische Lehrer dar. Einen wesentlichen Punkt aber, der sich in der scheinbar harmlosen Formulierung „Für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst gelten entsprechend den jeweiligen tariflichen Bestimmungen die selben Grundsätze" verbirgt, habt ihr nicht beachtet.
Die tariflichen Bestimmungen sehen bei Arbeitern im öffentlichen Dienst „nur" vor, daß diese sich zur demokratischen Staatsauffassung bekennen müssen, während von den Beamten laut Beamtengesetz weitere Einschränkungen verlangt werden („Eintreten für die freiheitl.-demokratische Grundordnung").
Die Beschlüsse stützen sich aber nicht auf die tarifvertraglichen Bestimmungen.
Da Tarifverträge bindend für beide Seiten sind, handelt es sich hier also um eine einseitige Änderung des Tarifvertrages!
Da die Regierungschefs gleichzeitig Vertreter des Staates sind, handelt es sich hier um einen bedeutenden Eingriff in die Tarifautonomie!
Die Beschlüsse vom 28.1. stellen also einen exemplarischen Fall für

a) das einseitige Lösen von Tarifverträgen
b) für Eingriffe in die Tarifautonomie dar.

Dies sollte unbedingt im „Arbeiterkampf" klargestellt und betont werden.

mit sozialistischem Gruß
P., Flensburg

Volksfeinde?

Forts. von Seite 12

auf „Änderung durch Kritik" zu hoffen. Aber ihre letztlich liberale Kritik wurde dennoch mit Verhetzung und Demagogie beantwortet. Im Hinblick auf sich verschärfende Klassenauseinandersetzungen erklärt das Kapital besonders eine Angelegenheit immer eindeutiger für absolut tabu gegen jede Art von Kritik: den zunehmenden Ausbau und Einsatz des Polizei- und Militärapparats und die wachsende faschistische Demagogie in der bürgerlichen Presse. Die Geschehnisse um Böll und Seifert sind selbst lebendige Beispiele dafür, daß „Belehrung durch das Wort" ein hoffnungsloses Unterfangen ist gegen den zunehmenden Terror einer hochgerüsteten Kapitalistenklasse.

Das „Hamburger Abendblatt" hat bereits am 7. August letzten Jahres, nach den Polizeischüssen auf den Bankräuber Rammelmayr und seine Geisel Ingrid Reppel, sehr klar ausgesprochen:

„Auf keinem Gebiet unseres Lebens darf zweifelhaft werden, daß es in einem demokratischen Rechtsstaat nur eine Gewalt geben darf, die der einzelne wie die Gruppen zu fürchten haben – dann, wenn sie von den ‚Spielregeln' abweichen, die den Bestand und das Funktionieren des Gemeinwesens garantieren: Die durch Verfassung und Gesetz gebundene und von Parlament und Justiz kontrollierte Ordnungsgewalt des Staates. Wo der Staat das fraglich werden läßt, gräbt er sich selbst sein Grab!"

Der Pazifismus, den Habe zum heiligen Prinzip der „kritischen Intelligenz" erhebt, erweist sich als nichts anderes als die bedingungslose Anerkennung und Unterwerfung unter die staatlich organisierte Herrschaft des Kapitals.

"Säuberung" des Staatsdienstes

Forts. von Seite 13

Der Jurist Jochen Michels wurde nicht in den Staatsdienst aufgenommen, weil er eine „Rechtsfibel für Demokraten" mitverfaßt hatte, in der dazu aufgefordert wurde, „die bürgerliche Rechtsargumentation ... nach allen Seiten hin als Mittel des demokratischen Kampfes (auszunutzen)".

Der schleswig-holsteinische CDU-Ministerpräsident Stoltenberg hat öffentlich erklärt, daß bei einer Ablehnung als Beamter die Beweislast auf Seiten des Bewerbers liege. Das heißt: die Behörde kann ohne eingehende Beweise eine Beschuldigung gegen den entsprechenden Bewerber erheben und seine Nichteinstellung verfügen – und wenn dieser nicht auf seinen Berufsantritt, zu dem er ausgebildet wurde, verzichten will, so hat er nach Meinung des Herrn Stoltenberg gefälligst selbst nachweisen, daß er „verfassungstreu" ist! Das wird aber meistens schon deswegen nicht gelingen, weil in der Regel nicht einmal eine Begründung für die Ablehnung mitgeteilt wird, sondern nur: „als Beamter nicht geeignet"!

Vorbild für den neuen Ministerpräsidenten-Beschluß ist ein Erlaß der Adenauer-Regierung vom 19.9. 1950. Mit Hilfe dieses Erlasses wurde damals im Vorfeld des KPD-Verbots (1956) eine Gesinnungsjagd im gesamten öffentlichen Dienst durchgeführt. Im Juni 1951 folgte das Verbot der FDJ. Am 11.7.51 verabschiedete der Bundestag dann das 1. Strafrechtsänderungsgesetz (sog. „Blitzgesetz"), womit die vom Hitler-Regime eingeführte strafrechtliche Verfolgung der Gesinnung wieder aufgenommen wurde. Bis 1954 wurden mit Hilfe des „Blitzgesetzes" mehr als 8000 Verfahren gegen „Verfassungsfeinde" angestrengt. Betroffen waren nicht nur Kommunisten, sondern es erwies sich wieder einmal, daß mit Antikommunisten-Beschlüssen eine Jagd gegen alle demokratischen Kritiker der kapitalistischen Gesellschaft eingeleitet wird. Vom jetzigen Beschluß der Ministerpräsidentenkonverenz ist leider nichts anderes zu erwarten. Die bisher bekanntgewordenen Fälle zeigen dies schon.

Die herrschenden Gesetze sind immer die Gesetze der herrschenden Klasse

In zahlreichen Großstädten gab es Demonstrationen und Protestversammlungen gegen diesen Beschluß und gegen bereits verhängte Berufsverbote. Einige dieser Veranstaltungen wurden von der DKP bzw. von der mit ihr zusammenarbeitenden Studentenorganisation MSB/Spartakus durchgeführt. Diese Organisationen kritisierten durchgängig nur die „Grundgesetzwidrigkeit" des Beschlusses: Die Verfassung der BRD „verbietet" bei der Berufswahl und auch ansonsten jede Benachteiligung aufgrund einer politischen Überzeugung. Demzufolge richten DKP und MSB zahlreiche Resolutionen und Appelle an SPD-Parlamentsfraktionen und SPD-Regierungen. Diese sollten für die Verhinderung des von ihnen selbst eingeleiteten und durchgeführten Rechtsbruchs sorgen.

Das Grundgesetz der BRD ist die Verfassung eines kapitalistischen Staates und es gibt darin neben einigen gutklingenden Paragraphen eine Menge anderer Bestimmungen, die einen „Schutz" der kapitalistischen Ordnung mit allen denkbaren Mitteln gegen die sozialistische Bewegung ausdrücklich möglich machen. Diese Bestimmungen sind jederzeit gegeneinander auslegbar. Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung lehren an genügenden Beispielen, daß die herrschende Kapitalistenklasse alle demokratischen Rechte bedenkenlos außer Kraft setzt, wenn sie sich dadurch in ihren Interessen gestört sieht.

Der Präsident des Verfassungsgerichts und ehemalige CDU-Innenminister Benda, unter dessen Federführung 1968 die Notstandsgesetze verabschiedet wurden, und der weiter durch seine Vorbeugehaft-Pläne als einer der reaktionärsten CDU-Politiker bekannt wurde, erklärte am 18.10.71 offen:

„Wenn man das Ziel, das ich politisch erreichen möchte, aufgrund der heute geltenden Rechtslage nicht erreichen kann, sollten die politisch Verantwortlichen sich zusammensetzen und überlegen, in welcher Weise man die rechtlichen Regelungen so ändern kann."

Es muß sich in der Tat schon um eine kuriose „Kommunistische Partei" handeln, die die Rechtmäßigkeit des Kampfes der Arbeiter und ihrer Verbündeter an die Verfassung eines kapitalistischen Staates fesseln will. ‚Haltet ein! Euer Beschluß ist Unrecht gegenüber der bestehenden Ordnung', rufen sie der Regierung zu. Aber sie verheimlichen dabei, daß die ganze bestehende Ordnung auf Unrecht gegenüber den Arbeitern aufgebaut ist. So erklärte der DKP-Vorsitzende Bachmann in einem Interview mit einer holländischen Wirtschaftszeitung:

„Die DKP vertritt eindeutig die Ziele der Verfassung. Sie steht auf dem Boden jener Verfassung, die 1948 von den Ländern angenommen wurde. ... Wir glauben, daß unsere Verfassung es nicht zuläßt, zweierlei Recht zu schaffen, wie es die Bundesregierung mit diesen Maßnahmen (gemeint ist das Berufsverbot; AK-Red.) getan hat." („UZ", 18.2.72)

Das bestehende Recht ist noch nie etwas anderes gewesen, als die juristische Form der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Es ist das bürgerliche Recht, das den Arbeitern ihr lebenlang Ausbeutung und Unterdrückung beschert und den Kapitalisten die Sicherung ihrer Profite – eben „zweierlei Recht". Bachmann scheint mehr in seinen klassenromantischen Träumen, als in der Klassenwirklichkeit zu leben,


Protestversammlung gegen Berufsverbot in der Hamburger Universität ...


... und anschließende Demonstration

‚Vertraut auf „unsere (kapitalistische!) Verfassung"! Sie läßt es nicht zu, „zweierlei Recht" zu schaffen!' Die „Väter des Grundgesetzes" waren leider nicht die westdeutschen Arbeiter, sondern ein „Parlamentarischer Rat", der von der Besatzungsmacht des US-Kapitals eingesetzt wurde, um gegen die antifaschistischen Massenkämpfe der Arbeiter in den ehemaligen drei Westzonen wieder die alte kapitalistische Ordnung zu restaurieren. Die westdeutschen Arbeiter haben nach 1945 Forderungen erhoben, die ihren Klasseninteressen entsprachen. So stimmten in einer Volksabstimmung am 1. Dezember 1946 in Hessen 71,9 % für die Enteignung der Kohlen-, Kali- und Erzbergwerke, der Eisen- und Stahlwerke sowie der Kraftwerke und forderten eine entsprechende Regelung in der Landesverfassung. So erbrachten die Abstimmungen in den Schachangelegenheiten des Ruhrgebietes eine überwältigende Mehrheit für die „entschädigungslose Enteignung der kriegsverbrecherischen Kohlebarone an Rhein und Ruhr". Am 4. März 47 überbrachten 95 Delegationen, die von über 100.000 Bergarbeitern und Angestellten gewählt worden waren, diese Forderungen dem Landtag von Nordrhein-Westfalen. Mehrere hunderttausend Arbeiter streikten im 1947 allein in Nordrhein-Westfalen. und zogen mit der Hauptlosung „Die Gruben in des Volkes Hand!" durch die Straßen.

Aber die Kämpfe der westdeutschen Arbeiter konnten damals niedergeschlagen und abgewürgt werden; die Volksabstimmungen wurden nicht anerkannt und die Enteignungen verhindert. Die amerikanische Militärregierung drohte streikenden Arbeitern eine Kürzung ihrer Lebensmittelration und sogar die Todesstrafe an (US-Gouverneur Newman in einer Rundfunkansprache an die Bevölkerung in Hessen am 16.5.47)

Bachmann scheint vergessen zu wollen, daß in Westdeutschland die Forderungen der Arbeiter nicht in das Grundgesetz und in die Länderverfassungen aufgenommen wurden, daß unter der militärischen „Obhut" der Westmächte eine bürgerliche Ordnung wiederaufgebaut wurde, zu der „unsere Verfassung" keineswegs in Widerspruch steht.

Wie steht es übrigens mit den Notstandsgesetzen, die Teil des Grundgesetzes sind und der Regierung sogar den Einsatz von Militär gegen streikende Arbeiter „verfassungsrechtlich erlaubt", wenn sie es für erforderlich hält?! Wahrscheinlich sind sie in den Augen eines Bachmann auch „verfassungswidrig" und die Regierung hat es nur noch nicht bemerkt? !!

Der Sozialreformismus hat die deutsche Arbeiterbewegung oft genug in schmerzliche Niederlagen geführt. Gerade heute ist die sozialreformistische Orientierung auf die bürgerliche Verfassung wieder viel zu stark in der Arbeiterklasse verwurzelt, als daß die Kommunisten auch nur eine Gelegenheit auslassen sollten, mit solchen Illusionen unter den Arbeitern grundlegend aufzuräumen. Die Arbeiterbewegung fordert von den Kommunisten heute mehr als zuvor, größere Klarheit über ihre Klasseninteressen und ihre tatsächlichen Kampfbedingungen. Anders läßt sich kein Sieg erringen. ■

Arbeiterkampf
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

ARBEITERKAMPF
Herausgeber · Druck · Verlag:
J. Reents Verlag Arbeiterkampf
2 Hamburg 13 Rutschbahn 35
Presserechtlich verantwortl.:
K. Ehlers, Hamburg
Auflage 14.000

Verlagskonten = Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents
Postscheckkonto Hamburg 240 595 J. Reents

Für die Emanzipation der Arbeiterin — Für die Einheit der Arbeiterklasse

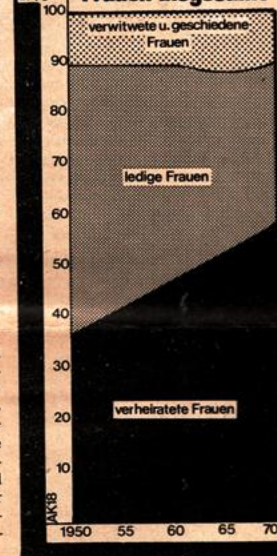
Die Lage der Arbeiterin im Kapitalismus ist noch weitaus schlechter als die Lage ihrer männlichen Kollegen: Schlechte Ausbildung, weniger Geld und dazu die Doppelbelastung als Arbeiterin und gleichzeitig Hausfrau; das sind die Bedingungen unter denen die Arbeiterin im Kapitalismus lebt!
Nach dem Artikel 3 des Grundgesetzes sind Männer und Frauen gleichberechtigt. „Niemand darf wegen seines Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt werden." Artikel 3 des Grundgesetzes ist bis heute nicht verwirklicht.
Als das Grundgesetz 1949 verabschiedet wurde, hatte man eine Übergangszeit von vier Jahren angesetzt, während der alle Gesetze, Verordnungen und Verträge dem Grundgesetz angeglichen werden sollten.
Aber 1953 war immer noch nichts geschehen. Es gab immer noch den Paragraphen im Bürgerlichen Gesetzbuch, der den Frauen das allgemeine Recht auf Arbeit absprach. „Die Frau ist berechtigt, erwerbstätig zu sein, soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist." Und es gab auch noch die Frauenlohngruppen.
1954 verklagte eine Arbeiterin ihren Kapitalisten, weil sie 20 % weniger Lohn bekam als ihre männlichen Kollegen.
Das Bundesarbeitsgericht erklärte die Frauenlohngruppen für verfassungswidrig. Aber die Richter bauten gleich eine Möglichkeit ein, die es den Kapitalisten ermöglichte, weiterhin 25 % der Lohnkosten einzusparen.

„Es ist notwendig, daß die Tarifparteien einen **gewissen Umbau** (!) vornehmen, der aber keineswegs zu einer **ungebührlichen(!)** oder **wirtschaftlich nicht tragbaren** Belastung der Unternehmer führt. Es ist möglich **genauere Lohnkategorien** zu bilden, insbesondere auch für **leichtere** und **schwerere Arbeiten**, die näher bezeichnet werden. Diese Lohnkategorien müßten aber für Männer und Frauen gleich sein. **Sollte eine solche Methode dazu führen, daß die Frauen alsdann deshalb geringer entlohnt werden, weil gerade sie es sind, die die leichtere Arbeit leisten, so bestehen dagegen keine rechtlichen Bedenken.**"
(Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 15. 1. 55)

Ein Salto der Klassenjustiz: Wir bescheinigen Männern und Frauen die Gleichheit. Wenn es trotzdem Unterschiede zwischen Männern und Frauen gibt, weil die Frauen nicht die gleiche Muskelkraft haben wie die Männer, oder wenn der Kapitalist den Frauen eben nur „leichte" Arbeit gibt, so geht uns das nichts an.
Daß die neu geschaffenen Leichtlohngruppen nichts anderes sind als die alten Frauenlohngruppen, ist jedem klar und das ist sogar in einigen Tarifverträgen niedergelegt. „Die in diesen Gruppen (01 bis 03) einzustufenden Arbeiten werden im allgemeinen wegen ihrer körperlichen Belastung von Frauen ausgeführt." (Metallverarbeitende Industrie, Tarifgebiet Rheinland-Pfalz, Tarifvertrag vom 30. 9. 70)

Mit dem bißchen Lohn, den die Arbeiterin bekommt, kann sie kaum sich selbst ernähren, geschweige denn ihre Kinder. 53 % der Industriearbeiterinnen (einschließlich Teilzeitbeschäftigte) verdienten 1970 weniger als 500,– DM, nur 8 % hatten über 800,– DM in der Lohntüte. Diese ökonomischen Gründe zwingen die Frau zu heiraten. Ledig zu sein gilt als Schande. („Die hat keinen abgekriegt") Die meisten jungen Mädchen wollen so schnell wie möglich heiraten, denn sie erhoffen sich davon die Erlösung aus ihrem elenden Arbeiterleben. Heiraten, noch 1 bis 2 Jahre arbeiten bis die Raten bezahlt sind und dann 'raus aus der Fabrik, nur noch Hausfrau und Mutter sein, das ist ihr Ideal.
Wie trügerisch diese Hoffnung ist, zeigt die ständig steigende Zahl der verheirateten Frauen, die gezwungen sind zu arbeiten, damit die Familie ernährt werden kann, damit sie sich diesen oder jenen kleinen Luxus leisten können.

Anteil der verheirateten Frauen an erwerbstätigen

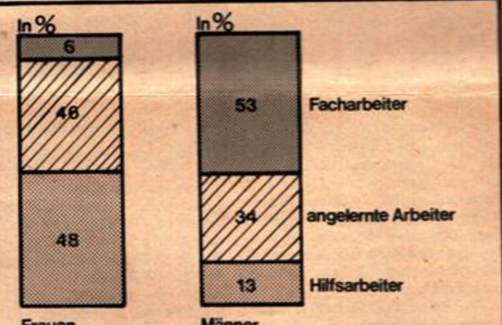


Bei einer Umfrage der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute gaben 94 % der arbeitenden Frauen an, sie seien aus ökonomischen Gründen aufs Mitverdienen angewiesen.

»Bild«: „Weniger im Kopf"

Der Kapitalismus zwingt die Frauen in immer größerem Maße in seine Fabriken, aber er schafft nicht die Voraussetzungen, die eine gleichberechtigte Frauenarbeit erst ermöglichen würden.
Sehen wir uns nur einmal die Erziehung der Mädchen an. Schon in den ersten Schuljahren wird ihnen eingeredet, ein Mädchen sei „beinahe so gut wie ein Junge" (Deutsches Lesebuch) und es sei ihre Aufgabe, „sich von allem was Hosen hat, kommandieren zu lassen" (Kamp Lesebuch)' Die Frau sei von Natur aus weniger intelligent als der Mann (Bild Schlagzeile: „Die Frau hat weniger im Kopf").
Die Bourgeoisie hat genug „Wissenschaftler", die sich dazu hergeben, das zu bestätigen. Sie werden dafür gut bezahlt. So zum Beispiel die Arbeitgeber-Expertin für industrielle Frauenarbeit, Helga Läge, die behauptet: „Arbeiterinnen mit geringer geistiger Beweglichkeit, genügen die einförmigen, unterteilten und sich stets wiederholenden Handgriffe meist vollauf", denn „die Frau neigt mehr zur Passivität, zum Mit-Sich-Geschehen-Lassen".
Zu noch größeren Frechheiten versteigen sich Hofmann und Kersten in ihrem Buch „Frau zwischen Familie und Fabrik". „Die Frau aber als Hüterin des Lebens weiß, wie sehr der Mensch eine Bindung braucht. Sie steht auch Gott näher, weil sie von Natur einen besonderen Spürsinn für das Übernatürliche . . . erhalten hat."
Diese reaktionäre Ideologie in all ihren verschiedenen Erscheinungsformen und Schattierungen wird den Frauen – und auch den Männern – von Kindheit an vermittelt.
Es ist kein Wunder, daß sie die Menschen beeinflußt. Die meisten Arbeitertöchter halten darum eine Ausbildung für sich nicht für erforderlich und trauen es sich auch nicht zu, genau wie ein Mann einen Beruf zu erlernen.
Nur 6 % der Industriearbeiterinnen sind Facharbeiterinnen, nur 0,5 % der Studenten sind Arbeitertöchter!
Diese beiden Zahlen zeigen wohl am deutlichsten, wie groß die Unterdrückung der Frau und speziell der Proletarierin in unserer Gesellschaft ist.
Die Arbeiterinnen kennen natürlich diese Situation selbst am besten. Aber die meisten ziehen die falsche Schlußfolgerung.
Sie setzen ihre ganze Hoffnung darauf, einmal nicht mehr in die Fabrik gehen zu müssen, nicht mehr diese diskreminierende Arbeit verrichten zu müssen, für die sie obendrein noch einen Hungerlohn bekommen, sondern sich zurückziehen in den Bereich, der ihnen von der kapitalistischen Ideologie zuerkannt wird, in die Familie.
Und so fühlen sich die meisten Frauen, selbst wenn sie jahrelang gearbeitet haben, in erster Linie als Hausfrau, die nur „dazu"-verdient.
Das ist es aber gerade, was die Kapitalistenklasse mit ihrer Propaganda erreichen will.
Sie propagiert ein Familienideal, das eigentlich gar nicht mehr in die kapitalistische Gesellschaft gehört. Denn durch die Frauenarbeit wurde die die alte Familienidylle zerstört.
Als der Kapitalismus aber in sein imperialistisches Stadium hinüberwuchs, und die Ausbeutung der Arbeiter der dritten Welt den Kapitalisten Extraprofite einbrachte, ergab sich für die Bourgeoisie die Möglichkeit, einen Teil der Arbeiterklasse zu bestechen.
Die Frauen dieser Gruppe von „Spitzenverdienern" unter den Arbeitern sind nicht gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Für sie existiert heute noch die alte patriarchalische Familie, in der der Mann herrscht. Sie kann aber nur noch für einen sehr kleinen Teil der Arbeiterklasse bestehen.

Stand der Ausbildung in der Industrie 1968



Die Bourgeoisie versucht nun, den Frauen vorzugaukeln, daß die Flucht zurück in die Familie nicht nur möglich, sondern auch wünschenswert für sie sei.
Auf diese Weise nacht sie sich die Tradition früherer Gesellschaftsordnungen zu nutze, um die Frauen in ihrem politischen Bewußtsein zurückzuzerren und damit die Arbeiterklasse zu spalten.

Das politische Bewußtsein der Arbeiterin

Inwieweit diese Spaltertaktik der Bourgeoisie bisher erfolgreich war, zeigen einige Zahlen, die Indizien sind für das politische Bewußtsein der Frauen verglichen mit dem der Männer.

- Frauen wählen reaktionärer als Männer: Von je 100 Stimmen, die für eine Partei abgegeben wurden, entfielen auf weibliche Wähler:

CDU	FDP	SPD	KPD
58,5%	51%	49,6%	40%

(Bundestagswahl 1953)

- Die Wahlbeteiligung der Frauen ist um durchschnittlich 10 % niedriger als die der Männer und größeren Schwankungen unterworfen.
- Die gewerkschaftliche und politische Organisierung der Frauen ist weitaus geringer als die der Männer:
  Nur 16 % der arbeitenden Frauen sind gewerkschaftlich organisiert. Ca. 20 % der Mitglieder von bürgerlichen Parteien sind Frauen. In den kommunistischen Organisationen dürfte der Prozentsatz nicht wesentlich höher liegen.

Wir sehen also, daß das Bewußtsein der Frauen relativ niedrig ist. Und die Bourgeoisie rechnet mit diesem Faktor.

Kapitalistentraum: Arbeiterfrauen gegen Arbeitersolidarität

So gibt zum Beispiel der Gesamtverband der Metallindustriellen Arbeitgeberverbände in seinen „Richtlinien für das Verhalten der Firmen bei wilden Streiks" den Kapitalisten den Rat, schriftliche Aufforderungen zu schicken „an die Privatadresse der Arbeitnehmer, die Arbeit wieder aufzunehmen . . . **Eine beginnende Streikmüdigkeit kann durch Einfluß der Familienangehörigen verstärkt werden.**" Weiterhin empfehlen sie: „Informationsbesuche in den Wohnungen, Hausbriefe, Flugblätter, Lautsprecherwerbung. **Ehefrauen besonders ansprechen.**"

So also stellt sich die Bourgeoisie die Früchte ihres politisch-ideologischen Kampfes vor. Die Frauen sollen ihren Männern in den Rücken fallen und sie vom Kampf gegen die Kapitalisten abhalten! Das ist ein alter Trick: Teile und herrsche.

Kampf der Frau gegen den Mann?

Wir kennen eine bessere Lösung: Wir ziehen die Grenze nicht zwischen Männern und Frauen, wir sagen wie sie wirklich verläuft, nämlich zwischen den Klassen, zwischen Kapitalisten und Arbeiter, zwischen Bourgeoisfrau und Arbeiterin.
Es gibt keine Emanzipation der Frau im Kampf gegen die Männer, wie uns die sogenannten „fortschrittlichen" bürgerlichen Ideologen weismachen wollen.
Die Bourgeoisfrau ist nicht für die Abschaffung der Leichtlohngruppen, denn sie lebt genau wie ihr Mann von dem Extraprofit, der aus der Frauenarbeit gezogen wird.
Sie ist auch nicht für die Einheit der Arbeiterklasse, denn sonst könnten Arbeiter und Arbeiterinnen gemeinsam sie eines Tages aus ihrer Villa vertreiben und dort einen Kindergarten einrichten, den die Arbeiter für ihre Kinder so dringend brauchen.

Bourgeoisfrau und Arbeiterin haben keine gemeinsamen Ziele!
Da die Frage der Gleichberechtigung nun einmal von den Intellektuellen angesprochen worden ist, und die Bourgeoisie sich den Argumenten nicht völlig entziehen kann, versucht sie die Emanzipation als einen über den Klassen stehenden Prozeß zu kennzeichnen.
Sie will uns einreden, daß der Grad der Emenzipation gemessen werden könne z.B. an der Zahl der weiblichen leitenden Angestellten oder an der Zahl der weiblichen Minister.
Das ist ein ungeheures Betrugsmanöver, denn eine Arbeiterin wird nie zur leitenden Angestellten aufsteigen.
Sehen wir uns zum Beweis noch einmal die Zahlen der Studenten an. 31 % der Studenten sind Frauen. Sollte diese Zahl einmal auf 50 % steigen (und selbst das ist im Kapitalismus nicht möglich), würde die Kapitalistenklasse jubeln: „die völlige Gleichberechtigung ist erreicht."
Doch was würde das für die Arbeitertöchter bedeuten? Heute stellen sie 0,5 % der Studenten, dann würden sie vielleicht 1 % ausmachen.
Solange die Bourgeoisie herrscht, wird sie versuchen, die Arbeiterklasse zu spalten.

Forts. nächste Seite

Chemierunde '72:

Ohne die Kollegen

Am 1. April begann die Lohnrunde für die Chemie-Kollegen der ersten drei Tarifbezirke. Inzwischen liegen die Ergebnisse vor: Durchschnittlich 6,4% Lohn- und Gehaltserhöhung für die Kollegen in Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein. Die Gewerkschaftsführung stellte zuvor Forderungen von rund 8% auf. Für die anderen Tarifbezirke, für die die Lohnrunde am 2. Mai, bzw. 1. Juni beginnt, hat die Gewerkschaftsführung ähnliche Forderungen aufgestellt. Man darf auch für diese Bezirke Abschlüsse um 6,4% erwarten. Ebenfalls kann erwartet werden, daß die Tarifrunde auch dort „sang- und klanglos" von der Gewerkschaftsführung über die Bühne gezogen wird. Es entspricht den Erwartungen der Chemie-Kapitalisten, diese Tarifrunde möglichst schnell durchzuziehen und Streiks zu vermeiden. So hoffen die Chemie-Kapitalisten ihre Ende 1971 eingeleitete Gewinn-Explosion nicht zu gefährden. Die Chemie-Kapitalisten sind über die erzielten Abschlüssen in Hessen usw. hoch erfreut. In ersten Stellungnahmen in der „WELT" und im „HANDELSBLATT" lassen sie dazu folgendes verbreiten: „Zufrieden äußern sich die Arbeitgeber der chemischen Industrie über den ersten Tarifabschluß in Hessen ... " (HB) vom 19.4) und „Die Arbeitgeber äußerten sich befriedigt darüber, daß die Abschlüsse ohne Einschlatung der Schlichtungsinstanz erzielt werden konnten." (WELT 19.4.)

Die Kapitalisten haben allen Grund zum jubeln. Die Chemie-Kollegen können mit diesen 6,4 % nicht einmal die letzten Preissteigerungen sowie Miet- und Gebühren-Erhöhungen auffangen. Von einer tatsächlichen Erhöhung der Löhne und Gehälter kann überhaupt nicht gesprochen werden.

Am 1. April begannen für die Kollegen der chemischen Industrie die neuen Tarifverhandlungen, zunächst für die Bezirke Hessen, Nordrhein und Rheinland-Pfalz. Für die Kollegen der Tarifbezirke Berlin, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Nordbaden-Nordwürttemberg, Südwürttemberg-Hohenzollern und Westfalen läuft der alte Tarifvertrag noch einen Monat länger, nämlich bis zum 31. April. Einen weiteren Monat noch müssen die Chemie-Kollegen aus Bayern, Südbaden und dem Saarland warten.

In völliger Mißachtung von Lohn-Forderungen, wie sie aus Betrieben und Vertrauenskörpern kamen, haben die Gewerkschaftsführer überall Forderungen von ungefähr 8 % aufgestellt. Diese Lohnforderungen waren zweigeteilt, nämlich Erhöhung um einen Sockelbetrag von 30 Mark und darauf basierend eine Erhöhung von 5,5 % bzw. 5 % – je nach Tarifbezirk.

Die prinzipiell fortschrittliche Forderung nach einem einheitlichen Sockelbetrag um 30 Mark, wurde in den Verhandlungen mit den Kapitalisten gleich wieder fallengelassen. Zuvor diente diese Forderung noch dazu, einheitliche Forderungen z.B. von 110,- DM für alle, wie sie von Vertrauensleuten vorgeschlagen wurden, vom Tisch zu wischen.

Zu Beginn der Lohnrunde kündigten die Gewerkschaftsführer an, daß diese „Lohnrunde eventuell noch härter wird als die letzte" und daß man diesmal versuchen wird eine „einheitliche Kampffront aller Chemie-Kollegen" herzustellen. Aber diese Ankündigung sollte offensichtlich nur einer anfänglichen Beschwichtigung der Kollegen dienen. Genau das Gegenteil wurde dann gemacht: Noch bevor für alle Kollegen von Berlin, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen usw. die Tarifrunde überhaupt begann, lag der miese Abschluß für Hessen usw. bereits fix und fertig auf dem Tisch und sollte für die anderen Bezirke „Orientierung" sein.

Die Lage der Chemie-Kapitalisten

Wie war die wirtschaftliche Lage der Chemie-Kapitalisten vor der Tarifrunde? Betrachten wir dazu einmal die 3 größten Chemie-Monopole in Westdeutschland: BASF Bayer und Höchst.

Die Monopole hatten 1971 im Rahmen des allgemeinen konjunkturellen Abschwungs und aufgrund erheblicher Fehlplanungen (besonders im Chemiefaser-Geschäft) einen Rückgang der Gewinne um ca. 30 % hinnehmen müssen.

Dies war denn auch die Grundlage ihres Wehgeschreis vor der Tarifrunde im letzten Jahr. Den Gewerkschaftsführern diente dieses Wehgeschrei der Kapitalisten wiederum dazu, notwendige Forderungen aus Betrieben und Vertrauenskörpern (z.B. 120,- Mark für alle oder 15 % für alle) zu unterdrücken und Forderungen zwischen 11 % und 12 % aufzustellen.

Der Tarifabschluß im letzten Jahr fiel zur vollständigen Zufriedenheit der Chemie-Kapitalisten aus. Für die Chemie-Kollegen brachte er eine Senkung des Real-Lohns, da die Teuerungsrate im letzten Jahr wesentlich höher lag als die Lohnerhöhung.

Aufgrund dieses für die Kapitalisten günstigen Abschlusses im letzten Jahr, konnten sie im letzten Quartal 71 wieder eine erhebliche Gewinn-Explosion einleiten. Die Gewinne in den letzten 3 Monaten 1971 waren so bedeutend, daß die Gewinn-Einbußen der ersten 9 Monate des Jahres 71 praktisch wieder wettgemacht wurden.

So machten die BASF-Bosse im letzten Quartal 71 insgesamt 131 Millionen Mark Gewinn. Im selben Zeitraum 1970 wurden „nur" 12 Millionen Mark verdient. Das bedeutet für die BASF-Bosse sage und schreibe 1092 Prozent. Der Gesamtgewinn für 1971 für BASF betrug – dank der im letzten Quartal eingeleiteten Gewinn-Explosion – 448 Millionen. Das sind nur 4,5 % weniger Gewinn als 1970. (nach „Spiegel" Nr. 15, 3. April 72)

Bei den beiden anderen Chemie-Monopolen sieht es nicht anders aus. Bei Beyer wurde sogar nur 0,7 % weniger verdient als 1970.

Dank der enormen Gewinne sind die Aktienkurse der 3 Chemie-Monopole in die Höhe geschnellt. Bei BASF um 48 %, bei Beyer um 30 % und bei Höchst um 43 %. Die Chemie-Bosse reiben sich die Hände – vor allem auch deswegen, weil für 1972 und 1973 noch viel gewaltigere Gewinne erwartet werden.

So kündigen die Frankfurter Börsenbriefe an, daß die „Farbengewinne 1972 kräftig steigen" werden und die Münchner Anlageberatung Portfolio Management spricht sogar ganz unverholen von einer „Profitexplosion der Chemiegewinne" in den nächsten Jahren.

Im Gegensatz dazu stimmen die Chemie-Kapitalisten vor und in der diesjährigen Tarifrunde ihr übliches Gejammer an. Sie sprachen von „Ertragsrezession", „schlechter Geschäftslage" und behaupten: „Für Rücklagen bleibt keine einzige Mark". (so Höchst-Boß Rolf Sammet) Die einzige Funktion dieses Gejammers war es, Druck auf die Höhe der zu erwartenden gewerkschaftlichen Lohnforderungen auszuüben. Entsprechend forderte Glanzstoff-Boß und „Arbeitgeber-Präsident" der Chemie-Kapitalisten, Otto Esser: „die Berücksichtigung der objektiven wirtschaftlichen Daten sollte Vorrang haben vor subjektiven gewerkschaftlichen Wünschen und Absichten."

Die Taktik der Gewerkschaftsführung

Der schlechte Tarifabschluß 1971, wie zuvor die viel zu niedrige Lohnforderung gehen klar auf das Konto der Verrätereien der Gewerkschaftsführung. Diese hatte zwar radikale Sprüche geklopft, aber durch ihre „spezielle" Streiktaktik (Punktstreiks) die Kampffront der Chemie-Kollegen im Sinne der Kapitalisten deutlich geschwächt. Nach dem Willen der Chemie-Kapitalisten sollten in diesem Jahr nach Möglichkeit alle Streikkämpfe vermieden werden, um die gerade richtig in Schwung gekommene Profit-Explosion nicht aufzuhalten. Die Verhandlungen sollten schnell geführt werden. So hofften die Kapitalisten die Grundlage für weitere intensiven Kapitalexport zu legen. Die Gewerkschaftsführer organisierten die Tarifrunde 72 nach Wunsch der Kapitalisten. Der Kapitalisten-Forderung nach zügigen Verhandlungen kam der IG-Chemie-Chef Hauenschild eifrigst nach. So ließ er in der Aprilausgabe der „GEWERKSCHAFTSPOST" der IG-Chemie verbreiten, „die Gewerkschaft sei nachdrücklich gewillt, von der Methode des ‚orientalischen Teppichhandels' wegzukommen." Aus der orientalischen Ausdrucksweise Hauenschilds ins klare deutsch übersetzt, heißt das: „wir Gewerkschaftsführer wollen die Sache schnell und ohne Zeitverlust durchziehen und uns nicht mit langen Verhandlungen aufhalten. Sonst besteht womöglich Gefahr, daß Kollegen mit Streiks uns unser Konzept durchkreuzen!"

In derselben Zeitung bot Hauenschild den Kapitalisten noch „neue Formen der Tarifverhandlungen" an (nämlich keine Streiks!) und forderte sie auf, wozu er von ihnen zuvor selbst aufgefordert wurde, nämlich „unnötige Konflikte (Arbeitskämpfe nach Möglichkeit zu vermeiden." (Zitate aus Gewerkschaftspost Nr. 4) Auch der zweiten Kapitalisten-Forderung nach möglichst geringen Forderungen sind die Gewerkschaftsführer nachgekommen. So sucht man vergebens in den Veröffentlichungen der IG-Chemie nach Informationen, über die tatsächliche Gewinn-Lage der Chemie-Monopole. Kein Wort von der steilen Anstiegskurve der Gewinne im letzten Quartal 71. Kein Wort über die Profit-Explosion zu Anfang 72. Kein Wort über die noch viel größeren Gewinne, die die Chemie-Bosse in nächster Zeit erwarten. Im Gegenteil. Liest man die Veröffentlichungen der IG-Chemie, so glaubt man an eine besonders schwierige Situation gerade der Chemie-Industrie („chemiespezifische Lage"). Dagegen stellen die Gewerkschaftsführer die von ihnen aufgestellte beschämend niedrige Forderung dar als „abgewogen", „konjunkturpolitisch vernünftig" und „durchsetzbar", wenn in dieser Tarifrunde „auch die Unternehmer vernünftig" sind. Die Gewerkschaftsführer hatten es nicht immer leicht, ihre Forderungen den Chemie-Kollegen unterzujubeln. In der Regel versuchten sie Diskussionen in Vertrauenskörpern über die Tarifrunde gänzlich auszuschalten. Nicht überall war dies möglich: Auf der VLK-Sitzung vom 21. 3. bei der Reichhold-Albert-Chemie-AG in Hamburg z.B. wurde von Vertrauensleuten anfänglich eine Forderung von 110,– Mark für alle vorgeschlagen. Es bedurfte dort der gesamten „Überredungskunst" des anwesenden Gewerkschafts-Sekretärs Phillip v. Kodolitsch, diese Forderung unter den Tisch zu wischen. Nach langer Diskussion einigte man sich schließlich auf eine Forderung von DM 60,– für alle und darauf basierend eine Erhöhung von 6 %. Auch die für den 4. 4. 72 einberufene zentrale Funktionärs-Versammlung in Hamburg für die Vertrauensleute und Betriebsräte der 4 größten Hamburger Chemie-Betriebe (Norddeutsche Affinerie, Beiersdorf, Colgate und Reichhold) verlief nicht nach Geschmack der Gewerkschaftsführer:

- Für die Norddeutsche Affinerie forderte ein Kollege unter stürmischen Beifall der Anwesenden 110,– Mark mehr für alle und eine Handwerker-Zulage von 25 Pfg/Stunde.

Die VLK-Vorsitzende von Colgate, Kollegin Sonja B. schloß sich dieser Forderung an und forderte zusätzlich die Angleichung der Frauenlöhne an die Männerlöhne.

- Der ehemalige VLK-Vorsitzende und jetzige Betriebsrats-Vorsitzende von Reichhold, Kollege Heinz V. forderte gemäß einhelligem Beschluß im VLK, 60,– Mark für alle und darauf basierend 6 %. Als der bei den Chemie-Kollegen in Hamburg berüchtigte Arbeiter-Verräter Max Ganschow (BR-Vorsitzender, und Vorsitzender der SPD-Betriebsgruppe bei Beiersdorf, sowie Mitglied in der Großen Tarifkommission, in die er von niemandem gewählt wurde) im Auftrag der Gewerkschaftsführung abwiegeln wollte, wurde er so stark ausgepfiffen und ausgebuht, daß er seine Rede abbrechen mußte.

Die Lage der Chemie–Kollegen

Die Situation der Chemie-Kollegen vor und in der Tarifrunde war von vorn herein sehr ungünstig.

Sie wurden von ihrer Gewerkschaftsführung über die wirtschaftliche Lage in der Chemie–Industrie nach Strich und Faden belogen. Die SPD-Betriebsgruppen stimmten in das allgemeine Krisengejammer mit ein und riefen zur „Mäßigung" auf. Demagogisch wurde behauptet, daß bei zu hohen Forderungen, die SPD-Regierung gefährdet" sei und damit auch die von ihr eingeleitete „neue Ostpolitik" sowie das angebliche „Reformprogramm der SPD. Wenn man die „Unternehmer jetzt mit zu radikalen Forderungen" verärgere, würden sie – wie in der Metallrunde – wieder auf die SPD-Regierung einschlagen. Die DKP hat mit ihrer betrügerischen Propaganda für die „Ostverträge" diese breite Stimmung in der Arbeiterklasse noch genährt, wenn sie auch – wie in Hamburg – keinerlei direkten Einfluß in der Chemiearbeiterschaft hat.

Die Chemie-Kollegen wurden von der Gewerkschaftsführung über diese Trifrunde nicht oder kaum informiert. Kein Flugblatt. Keine Mitteilung in Vertrauens-Körpern. Selbst auf einer Betriebsversammlung bei der Norddeutschen Affinerie in Hamburg am 20.4., auf der Gewerkschafts-Sekretär Holst ein ausschweifendes Referat über die „ Vorteile des neuen BVG" hielt, wurde kein Wort über die anstehende Tarifrunde erwähnt, obgleich für Hamburg die Forderung bereits am 5.4. von der Großen Tarifkommission festgelegt wurde. Die Chemie-Kollegen werden bewußt im Unklaren gelassen, damit ein Abschluß im Sinne der Kapitalisten durchgepeitscht werden kann, noch ehe die Kollegen überhaupt merken, was gespielt wird.

Wo bei aktiven und gewerkschaftsoppositionellen Kollegen die Taktik der Gewerkschaftsführer ganz oder teilweise durchschaut wird, ist eine starke Resignation zu bemerken. Die Ursache hierfür ist die krasse Mißachtung der betrieblichen Forderungen durch die Gewerkschaftsführung und die niedrige Höhe der schließlich durchgedrückten Forderung. „Für eine solche Forderung lohnt es sich doch nicht zu streiken" – dies ist eine weit verbreitete Stimmung gerade unter den aktivsten und fortschrittlichsten Arbeitern.

Dazu kommt, daß das Augenmerk der aktiven Gewerkschafter in den Chemiebetrieben derzeit wesentlich auf Betriebsräte-Wahlen und die demnächst anstehenden Vertrauensleute-Wahlen, bzw. Nachwahlen gerichtet ist. Diese Ereignisse treffen – zumindest in Hamburg – zusammen mit einem Neuaufbau von reaktionären SPD-Betriebsgruppen, deren Mitglieder derzeit versuchen (mit Unterstützung der Geschäftsleitungen und der Gewerkschafts-Sekretäre) möglichst viele Plätze in in Betriebsrat und VLK mit ihren Leuten zu besetzten.

In der diesjährigen Tarifrunde ist das Zusammenspiel von Kapitalisten, Gewerkschaftsführern und SPD-Betriebsgruppen wesentlich deutlicher geworden, als das bei der Tarifrunde 1971 der Fall war. Für die fortschrittlichsten und aktivsten Kollegen gilt es daraus den Entschluß zu ziehen, sich in gewerkschaftsoppositionellen Gruppen zusammenzuschließen, um einen langfristig angelegten Kampf gegen die arbeiterverräterische SPD-Linie in den Gewerkschaften, Vertrauenskörpern und Betriebsräten zu führen. Die Kommunisten müssen solche Ansätze unbedingt unterstützen und ihr Schwergewicht dabei auf den ideologischen Kampf legen, d.h. jede Form der Sozialpartnerschafts-Ideologie entlarfen und zurückkämpfen.

Forts. von Seite 15

Gleichberechtigung kann es darum im Kapitalismus nicht geben.

Aber selbst die sozialistische Gesellschaftsordnung wird eine sofortige Lösung des Problems nicht bringen können.

Erniedrigung, Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen und Mädchen haben eine jahrtausendealte Tradition, die nur sehr langsam überwunden werden kann. Erst mit der Erkämpfung des Sozialismus und der Beseitigung der Kapitalistenklasse sind die Voraussetzungen geschaffen für eine wirkliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Der Emenzipationskampf der Arbeiterinnen ist notwendiges Bestandteil des Kampfes der gesamten Arbeiterklasse für eine sozialistische Gesellschaftsordnung.